



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Idealisten und Realisten in den USA über die US-Außenpolitik in den Konflikten in Libyen und Syrien“

verfasst von / submitted by

Thomas Schaffer (BA)

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG	1
1.1 FORSCHUNGSFRAGEN	2
2 FORSCHUNGSSTAND	3
2.1 DIE US-AUßENPOLITIK	3
2.1.1 <i>Rechtliche und politische Grundlagen</i>	3
2.1.2 <i>Geschichte der US-Außenpolitik</i>	5
2.2 PRÄGENDE DENKSCHULEN	10
2.2.1 <i>Amerikanischer Idealismus: Liberalismus</i>	12
2.2.1.1 Neoliberalismus	20
2.2.1.2 Neokonservatismus	23
2.2.2 <i>Realismus</i>	29
2.2.2.1 Neorealismus	32
2.3 UNTERSCHIEDE DER DENKSCHULEN BEZÜGLICH INTERVENTIONEN	36
2.3.1 <i>Internationale Institutionen</i>	36
2.3.2 <i>Sicherheitskonzept</i>	38
2.3.3 <i>Souveränität von Staaten, Interventionen und Regime Change</i>	39
2.4 AKTUELLE RELEVANZ DER DENKSCHULEN IN DEN USA	43
2.4.1 <i>Die Stimmung in der Bevölkerung</i>	43
2.4.2 <i>Aktuelle Vertreter der Denkschulen</i>	45
2.4.2.1 Neoliberale	45
2.4.2.2 Neokonservative	46
2.4.2.3 Neorealisten	47
3 EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ZU SYRIEN UND LIBYEN	49
3.1 ZU METHODE UND PROZESS	49
3.2 DIE KONFLIKTE IN SYRIEN UND LIBYEN	50
3.2.1 <i>Libyen</i>	50
3.2.1.1 Libyen laut den Neoliberalen	52
3.2.1.1 Libyen laut den Neokonservativen	54
3.2.1.2 Libyen laut den Neorealisten	57
3.2.1.3 Libyen laut der US-Regierung von Barack Obama	62
3.2.1.4 Fazit zu Libyen	64
3.2.2 <i>Syrien</i>	67
3.2.2.1 Syrien laut den Neoliberalen	69
3.2.2.2 Syrien laut den Neokonservativen	73
3.2.2.3 Syrien laut den Neorealisten	79
3.2.2.4 Syrien laut der Regierung Obamas	88
3.2.2.5 Fazit zu Syrien	91
4 FAZIT	94
5 LITERATURVERZEICHNIS	95
5.1 BÜCHER, E-BOOKS, UNIVERSITÄRE ARBEITEN	95
5.2 ESSAYS, KOLUMNEN, JOURNALE, MAGAZINBEITRÄGE	97
5.3 INTERVIEWS, VORTRÄGE, MEDIENBEITRÄGE	106
5.4 DOKUMENTE, NACHRICHTENMELDUNGEN, TRANSKRIPTE. UMFRAGEN	108

1 Einleitung

Es herrscht in der allgemeinen Meinung - und besonders gerne bei mit antiamerikanischem Zynismus beseelten ZeitgenossInnen - ein Urteil vor, dass es für die Weltpolitik keinen Unterschied mache, wer im Weißen Haus sitzt - dass das Verhalten der USA im Endeffekt eine historische Konstante ist, erklärbar durch immer gleiche Mechanismen. Politikwissenschaftlich ist das natürlich nicht so ganz haltbar. Ich möchte mit dieser Arbeit einen Beitrag zum Verständnis leisten, wie unterschiedlich sich US-amerikanische Regierungen verhalten können, wenn sie unterschiedlichen Denkschulen anhängen.

Dazu untersuche ich die Meinungen einflussreicher außenpolitischer Traditionen sowie das Verhalten der Regierung von Barack Obama bei den Krisen in Syrien und Libyen. Ich stelle die Konzepte der meiner in der Folge begründeten Ansicht nach wesentlichen Denkschulen gegenüber und gleiche sie mit Obamas Denken und Handeln ab. Zuerst unternehme ich eine historische und theoretische Einordnung präsidentieller Außenpolitik in den USA. Dann erarbeite ich ein Framework zur Klassifizierung unterschiedlicher Strömungen, mit dem ich im dritten Teil die Positionen der Denkschulen zur Außenpolitik unter Barack Obama anhand der Krisenfälle in Syrien und Libyen erarbeite und diese anschließend mit seiner eigenen Argumentation vergleiche.

Am Ende dieser Arbeit wird nicht stehen, “Obama ist ein Realist” oder “Obama ist ein Idealist”. Eine eindeutige, konsequente Zuordnung würde auch nicht möglich sein. Präsidenten sind einerseits keine perfekten Theoretiker, wollen es andererseits auch meist nicht sein und ändern auch ihre Überzeugungen gelegentlich. Als Beispiel dafür kann etwa Obamas Vorgänger George Bush Jr. dienen. Ihm wird etwa von vielen Beobachtern bescheinigt, mit einer klaren, realistischen Agenda ins Amt gegangen zu sein:

“The Bush administration did herald a remarkable turn in American foreign policy: a conservative American president—perhaps the most conservative in the postwar era—who campaigned for office seeking a return to a “realist” philosophy of foreign policy but who, in the course of events, invoked liberal internationalist ideas to justify a controversial war and an expansive global agenda.”¹

1 Ikenberry 2009, S. 5

Die Anschläge vom 11. September 2001 und der darauffolgende “War on Terror” haben Bush Jr. und seine Regierung aber in Neokonservative verwandelt: “During the 2000 campaign, President Bush sounded very much like a realist, with his suspicions of “nation building” and his warnings about American hubris. Then along came 9/11.”²

All das zeigt die Unmöglichkeit, Präsidenten als Praktiker konsequent und endgültig einer monolithischen Denkschule zuzuordnen. Und doch steckt hinter jedem Handeln eine Theorie, meint etwa Mearsheimer:

“Indeed, all students and practitioners of international politics rely on theories to comprehend their surroundings. Some are aware of it and some are not, some admit it and some do not; but there is no escaping the fact that we could not make sense of the complex world around us without simplifying theories.”³

Statt einer den Rahmen sprengenden vollständigen Beurteilung wird es um die Einordnung sehr konkreter Handlungen im Kontext sehr konkreter Probleme gehen, nämlich um die Frage der Intervention bei zwei bewaffneten internationalen Konflikte, die innerhalb der Amtszeit von Barack Obama entbrannt sind: Die Bürgerkriege in Syrien und Libyen. Welche Theorien prägten sein Handeln und welche denkbaren Handlungsalternativen hätte der außenpolitische, US-amerikanische Mainstream hierfür gekannt? “It is the job of the analyst, not the theorist, to determine where a particular theoretical logic applies in the real world.”⁴

Dieser Aufgabe widme ich diese Arbeit.

1.1 Forschungsfragen

Drei Forschungsfragen leiten diese Arbeit:

1. Welche Denkschulen spielen in der heutigen US-Außenpolitik eine prägende Rolle?
2. Wie stehen diese Denkschulen zur US-Außenpolitik in den Konflikten in Libyen und Syrien?
3. Wie viel Übereinstimmung mit diesen Denkschulen lässt sich in der Politik der Regierung Obama jeweils finden?

2 Boot 2002

3 Mearsheimer 2001, Par. 11.30

4 Donnelly 2005, S. 40

2 Forschungsstand

2.1 Die US-Außenpolitik

2.1.1 Rechtliche und politische Grundlagen

Obwohl der Prozess der Entstehung der Außenpolitik der USA im späteren Verlauf dieser Arbeit vor allem als “Black Box” behandelt wird (es zählen Ergebnisse, die der Präsident als Staatsoberhaupt zu verantworten hat, nicht Entscheidungsprozesse), lohnt es sich, einen sehr kurzen, einführenden Blick auf ihn zu werfen und die Struktur der US-Außenpolitik zu verstehen. Was können Präsidenten eigentlich? Wie viel Einfluss haben sie?

Die Grundlagen der US-Außenpolitik basieren auf einem komplexen Geflecht aus “Checks and Balances” der drei Gewalten des politischen Systems, wobei Exekutive und Legislative dominieren. Der Präsident ernennt mit Zustimmung des Senats die für Außen- und Verteidigungspolitik zuständigen Minister und Botschafter. Er ist auch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er verhandelt als oberster Diplomat unter anderem Verträge, ist aber auch hier auf die Zustimmung des Senats angewiesen, der zudem Möglichkeiten zur Modifizierung dieser Verträge hat. Der Senat erstellt auch das Militärbudget und erklärt als Kongress gemeinsam mit dem House of Representatives anderen Ländern den Krieg.

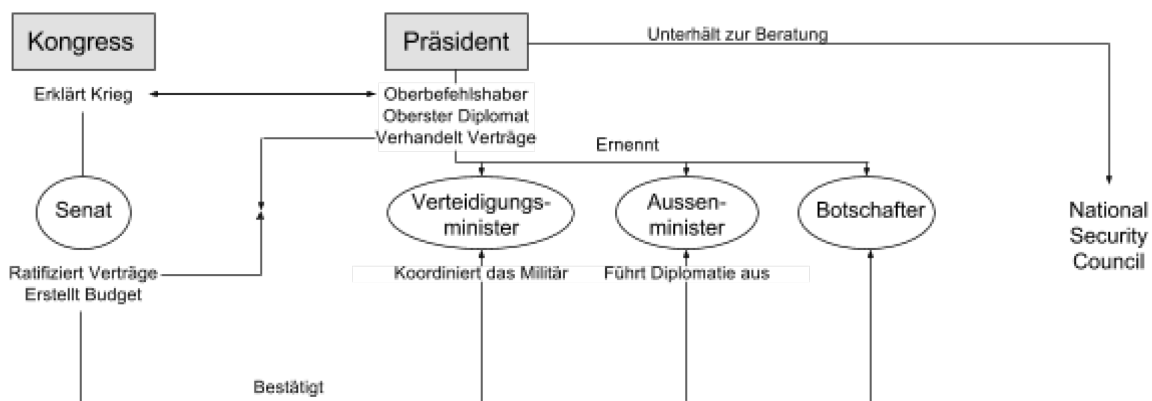


Abbildung 1: Theoretischer Aufbau der US-Außenpolitik

In der Praxis wird dieses Geflecht allerdings noch deutlich vielfältiger. So hat der Kongress beispielsweise erst fünf Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten einen Krieg erklärt und das seit dem Zweiten Weltkrieg offiziell nicht mehr getan. US-Militäreinsätze finden meist als “Militäraktionen” auf Initiative des Präsidenten statt, werden vom Kongress allenfalls autorisiert und gebilligt. Ähnliches gilt für internationale Abkommen und Verträge, die als “Sole Executive

Agreements” ebenfalls oft unilateral vom Präsidenten beschlossen werden können. Über die Legitimität und Legalität dieser Aktionen wird oft kontrovers diskutiert.

Das zeigt, dass der Präsident keine uneingeschränkte aber doch sehr dominante Rolle in der US-Außenpolitik einnimmt. An seiner Seite entstand nach dem zweiten Weltkrieg zudem ein im Weißen Haus angesiedeltes Beraternetzwerk, das National Security Council. Kritik am NSC orientiert sich an seinem Einfluss, da seine Rolle zwar gesetzlich geregelt ist, aber ursprünglich in der Verfassung nicht deklariert wird und es in seiner informellen Rolle keiner parlamentarischen Aufsicht unterstellt ist.⁵

Eine wichtige und nicht darstellbare Rolle spielt auch die öffentliche Meinung, von der Legislative und Exekutive natürlich ihre Legitimation beziehen. Die Judikative (v.a. der Supreme Court) achtet auch die Rechtmäßigkeit der Außenpolitik.

Wichtige personelle Besetzungen in der Regierung Obama waren während der Konflikte in Libyen und Syrien als Verteidigungsminister Robert Gates (bis Juli 2011), Leon Panetta (bis Feb 2013), Chuck Hagel (bis Feb 2015) und Ashton Carter (aktuell). Als Außenminister dient John Kerry (seit 1. Feb 2013), davor hatte Hillary Clinton diesen Posten inne.

Andere wichtige BeraterInnen, die im Laufe dieser Arbeit auch noch vorkommen werden, sind die als sehr liberal geltenden⁶ National Security Advisor Susanne Rice, Samantha Power und Ben Rhodes. Seit Anfang 2015 wird der Senat mehrheitlich von der zu Obama oppositionellen Republikanischen Partei kontrolliert. Für das Repräsentantenhaus gilt das über den gesamten beobachteten Zeitraum.

5 vgl. Freeman jr. 2016

6 vgl. Mann 2012, Par. 2.831bzw. Par. 2.835ff

2.1.2 Geschichte der US-Außenpolitik

Prägend in der frühen Phase der US-Außenpolitik war im 19. Jahrhundert die sogenannte Monroe-Doktrin. Diese wurde 1823 von James Monroe formuliert und teilte die Welt aus Sicht der USA in Einflussphären. Die europäischen Großmächte sollten sich aus Nord- und Südamerika („westliche Hemisphäre“) heraushalten, die USA wiederum würden dafür eine Nichteinmischungspolitik gegenüber Europa verfolgen. Die USA bauten auf dieser Denkweise einen Isolationismus gegenüber der „Alten Welt“ und verstärkten aber gleichzeitig immer wieder ihre hegemonialen Ansprüche gegenüber „Lateinamerika“, wo es auch zu militärischen US-Interventionen kam. Einen Bruch mit dieser Haltung gab es Anfang des 20. Jahrhunderts, vor allem im Ersten Weltkrieg unter Woodrow Wilson, unter dem die USA in Europa intervenierten. Nach diesen Erfahrungen folgte allerdings eine Rückbesinnung auf die Monroe-Doktrin und teilweise bekräftigten Isolationismus, die erst mit dem späten Eintritt in den Zweiten Weltkrieg wieder endete.

Wilsons Vision einer global engagierten USA wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung, dem Beitritt und einer wesentlichen Prägung der UNO und anderer internationaler Institutionen aufgegriffen. Die Phase vom Zweiten Weltkrieg bis durch die 1960er-Jahre war geprägt durch ein „wirtschaftliches Übergewicht der United States“, das „es ihnen ermöglichte, die finanziellen Beziehungen zwischen nichtkommunistischen Ländern durch das Bretton Woods-System zu verwalten.“⁷

„[T]he United States has used its unusual power position to shape, push, and pull the international system in a liberal direction. To be sure, it has done this to advance its own long-term interests. It has tied its power to the creation of a particular type of international order – but it has been motivated by advancing its interests, legitimating its power, protecting its equities.“⁸

Der Konflikt im Kalten Krieg mit der Sowjetunion bestimmte für die folgenden Jahrzehnte die US-Außenpolitik mit einem Rüstungsrennen und Stellvertreterkonflikten. Korea, Vietnam, In der Truman-Doktrin formulierten die Amerikaner zudem die Aufgabe für sich, „freie Völker zu schützen“. Diese 1947 vor dem Kongress von Harry Truman formulierte Strategie⁹ beinhaltete das „Containment“ kommunistischer Aggressionen. Die europäischen Staaten waren nach dem Krieg

7 Keohane/Nye 2012, S. 38

8 Ikenberry 2011b

9 vgl. Trumans Rede vor dem Kongress 1947

keine Großmächte mehr und der Kontinent größtenteils in russische und US-amerikanische Einflussphäre geteilt.

Dies änderte sich erneut mit dem Zusammenbruch der UdSSR, als die USA als alleinige Supermacht auf der internationalen Bühne zurückblieben. Humanitäre Interventionen wurden in Somalia, Bosnien und im Kosovo veranstaltet. Nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 folgte der “War on Terror” mit Kriegen in Afghanistan und im Irak. Barry Posen bezeichnet die Strategie nach 1989 als eine der “Liberal Hegemony” (eine Strategie von der er als Realist stark abrät)¹⁰.

“The 21st Century began with an extraordinary imbalance in world power. The United States was the only country able to project military force globally; it represented more than a quarter of the world economy, and had the world’s leading soft-power resources in its universities and entertainment industry. America’s primacy appeared well established.”¹¹

Verschiedenste Wissenschaftler haben sich mit der Erklärung der US-Außenpolitik im besonderen Bezug auf Präsidenten beschäftigt.

Walter Russell Mead betont den Einfluss von Präsidenten und Rahmenbedingungen auf das US-Verhalten, indem er aus der Geschichte vier große Traditionen für US-Präsidenten ableitet. Die setzen sich aus der Kombination gewisser von Mead identifizierter und oftmals auch idealisierter Merkmale zusammen. Dort wo Mead auf eine Idealisierung verzichtet und wechselnde Meinungen mit derselben Schule identifiziert, verlieren die Kategorien oft ihre Trennschärfe und sind daher für die wissenschaftlichen Verwendung etwas problematisch. Mead benennt die vier Traditionen nach den seiner Analyse nach jeweils prägenden Präsidenten dieser Schulen: Jeffersonians, Jacksonians, Hamiltonians und Wilsonians.

Thomas Jeffersons AnhängerInnen, die “Jeffersonians”, seien bedacht darauf, die Freiheit und Demokratie in den USA zu sichern, ohne diese aktiv in die Welt zu exportieren. Sie sind SkeptikerInnen eines starken Militärs, das eben diese Werte “zu Hause” gefährden würde.

10 vgl. Posen 2014

11 Nye 2013b

“Jacksonians”, benannt nach Andrew Jackson, sind demokratische PopulistInnen mit einer pessimistischen Einstellung gegenüber der Möglichkeit internationaler Stabilität. Sie bevorzugten es, ein starkes Militär zu haben, um Feinde damit im Zweifel zerschmettern zu können.

Die verbleibenden beiden Kategorien haben mehr Bedeutung für die heutige Politik. Die nach Alexander Hamilton benannten “Hamiltonians” fallen im Groben mit der Theorie des Realismus zusammen, die im späteren Verlauf der Arbeit noch genauer behandelt werden wird. Rationale Überlegungen zur Sicherheit der USA werden als zentrales nationales Interesse gesehen. Mead identifiziert mit dieser seiner Ansicht nach stark von einer speziellen Beziehung zu Großbritannien geprägten Tradition zuerst auch die Sicherung des Export-Außenhandels bei gleichzeitigem Import-Protektionismus für die USA. Durch die Erfahrung der Great Depression hätten Hamiltonians aber den Protektionismus aufgegeben.

Die hohe Zeit des Hamiltonianismus hätte damit zwar geendet (“The Zenith of Hamiltonian power lasted from Abraham Lincoln’s election [Anm.:1861] to the outbreak of the Great Depression [1929]”¹²), Mead stellt aber fest:

"The vital role of oil and energy policy in shaping American foreign policy and military strategy today points to the continuing importance of these considerations in our policy"¹³.

Während der Welt- und Außenhandel also wie globale, idealistische Prinzipien aussehen könnten, verfolgen Hamiltonians wie RealistInnen sie also aus klar pragmatischen Gründen, solange sie dem nationalen Interesse dienen.

Die vierte Tradition nach Mead kommt nach Woodrow Wilson und lässt sich großteils mit dem internationalen Liberalismus identifizieren, wo derartige Überlegungen idealistischere Begründungen haben. „Wilsonians“ seien liberale InternationalistInnen und InterventionistInnen, mit einem Glauben an einen American Exceptionalism. Auf diese insbesondere ab dem Zweiten Weltkrieg bedeutende Tradition, werde ich aufgrund ihrer auch noch immer aktuellen Wirkung im späteren Verlauf der Arbeit noch genauer eingehen.

12 Mead 2001, S. 109

13 ebd., S. 110

Stephen Sestanovich meint, amerikanische Außenpolitik werde oft zu Unrecht als im Groben konsensuell dargestellt. Er beschreibt sie aber als ein rationales Wechselspiel zwischen expansiven, maximalistischen (original: “Maximalist”) und zurückziehenden, einsparenden (original: “Retrenchment”) Vorstellungen der präsidentiellen US-Außenpolitik - also zurückgeführt auf Faktoren wie die jeweilige Einschätzung der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kapazitäten der USA.¹⁴

Dabei sieht Sestanovich durchaus persönliche Einflüsse der Präsidenten. Und diese würden oft durchaus die passende Selbsteinschätzung und das Bemühen aufbringen, diese Tendenzen abzuschwächen. MaximalistInnen seien keine Verrückten, EinsparerInnen nicht tatenlos. Sie seien aber meist schlecht darin, ihr eigenes Naturell zu managen.

Er sieht diese gegensätzlichen Strömungen als zyklische Tradition der US-Politik. MaximalistInnen würden auf Krisen reagieren, die aus einem zu geringen Engagement der US-Politik entstünden, während EinsparerInnen das “Overcommitment” früherer Regierungen korrigieren und es mit den tatsächlichen Ressourcen in Einklang bringen würden. “Retrenchment is not isolationism, but an adjustment of strategic goals and means”, wie Nye festhält.¹⁵ Es muss auch nicht mit “Decline” einhergehen, sagt Sestanovich. In Wahrheit seien es diese ständigen Kurskorrekturen zwischen MaximalistInnen und EinsparerInnen, die für den Erfolg der USA am internationalen Parkett verantwortlich wären.

Seit den 1940ern hätte es mindestens drei solcher Zyklen gegeben. Das Downsizing von Dwight Eisenhower nach Harry Trumans großem Engagement (u.a. Korea), jenes von Richard Nixon nach Lyndon B. Johnson (Vietnam) und jetzt - zumindest möglicherweise - Barack Obama nach George Bush jr. und seinen “post-9/11 wars” (Irak, Afghanistan)) - wobei die Zyklen jeweils deutlich früher begonnen hätten.¹⁶

“It’s unclear whether Obama has drawn consciously from either Eisenhower or Nixon and Kissinger. Yet the same impulses that shaped their strategy have clearly shaped his.” Eine Rücknahme ideologischer Rhethorik, eine Reduktion der als zu teuer gesehenen Ressourcen für den

14 vgl. Sestanovich 2014, Par. 6.20ff

15 Nye 2015, Par. 45.3

16 vgl. Sestanovic 2014, Par. 6.23

Militär- und Sicherheitsapparat, das Verlangen nach einer Beruhigung des Wettbewerbs mit internationalen Gegnern und Abrüstungsversuche.¹⁷

“From the moment he took office Obama was the member of his own administration most firmly and consistently committed to rethinking both the ends and means of American foreign policy”¹⁸

Joseph Nye untersuchte den weltpolitischen Aufstieg der USA ebenfalls anhand einer Kategorisierung von Präsidenten¹⁹. “Leadership is a process of interaction between leaders, followers, and the context in which they act.”²⁰

Er spricht von Transformations- (original: “transformational”) oder Transaktions-Präsidenten (original: “transactional”). Grob gesagt sind “transformational presidents” dabei Amtsinhaber, die mit einer großen Vorstellung die US-Außenpolitik verändern wollen. “Transactional presidents” hingegen konzentrieren sich auf das unmittelbar Machbare und allenfalls inkrementelle Veränderungen.

Nye führt neben der Motivation auch eine Ebene der Fähigkeit ein, auf der gerade transformatorische Präsidenten oft aber eher schlecht beurteilt werden. Nye bezieht seine Studie ausschließlich auf die Expansion amerikanischer Macht, die für ihn unter acht verschiedenen Präsidenten geschah und bewertet diese nach ihren Zielen, Ethik, Stil und Effektivität. Für eine Bewertung und Einordnung Obamas sei es noch zu früh.²¹

Über die Interpretation der US-Außenpolitik gibt es also offenkundig und logischerweise unterschiedliche Vorstellungen. Maßgeblich die Politik bis heute beeinflussende Traditionen sollen hier in der Folge näher beschrieben werden, um später als Basis für eine Einordnung dienen zu können.

17 vgl. Sestanovich 2016

18 Sestanovich 2014, Par. 21.82

19 vgl. Nye 2013

20 Nye 2013, S. 21

21 vgl. Nye 2013, S.146

2.2 Prägende Denkschulen

In der beschriebenen Historie der US-Außenpolitik dominierten in Ermangelung einer allgemein akzeptierten, umfassenden und zweifelsfrei belegten Theorie der internationalen Beziehungen eine handvoll konkurrierender Schulen das Denken über internationale Politik. Diese entspringen heute vor allem einer Konkurrenz aus Idealismus und Realismus. Der ohnehin zum Scheitern verurteilten Vollständigkeit halber sei auch das dritte größere akademische Paradigma der internationalen Beziehungen erwähnt: der Konstruktivismus.

In einem Survey des College of William & Mary's Institute for the Theory and Practice of International Relations²² unter Lehrenden der Internationalen Beziehungen in den USA bekannten sich 20 Prozent der Teilnehmer zum Konstruktivismus, 18 Prozent zum Realismus und 15 Prozent zum Liberalismus. 32 Prozent wollten sich keiner Denkschule zuordnen. Geprägt wurden viele von einer anderen Schule, als sie derzeit "anhängen": 37 Prozent gaben an, zu Beginn ihrer Karriere RealistInnen gewesen zu sein, 25 Prozent Liberale und nur 12 Prozent KonstruktivistInnen.

Bei der Einschätzung der vier einflussreichsten ForscherInnen der vergangenen 20 Jahre nahm mit Alexander Wendt tatsächlich ein Konstruktivist die Spitzenplatzierung ein (33 Prozent), allerdings bezeichnenderweise ein Deutscher. Auf den folgenden Plätzen rangierten mit unter anderem Robert O. Keohane (28 Prozent), John J. Mearsheimer (25 Prozent), Kenneth Waltz (19 Prozent), Joseph Nye Jr. (14 Prozent) vor allem Realisten und Liberale - und diese kamen eben aus den USA.

Der Konstruktivismus spielt trotz seiner wachsenden Popularität in akademischen Kreisen in der öffentlichen und nationalen Debatte um US-Außenpolitik eben - möglicherweise noch - keine größere Rolle. Seine Konzentration auf Individuen als primäre ProtagonistInnen und seine "agnostische"²³ Haltung gegenüber Vorhersagen lässt zudem den Nutzen für diese Arbeit schwinden.

Laut Mearsheimer werden die meisten "Schlachten" zwischen Gelehrten der Internationalen Beziehungen eben entlang der Spaltung zwischen Realismus und Liberalismus oder innerhalb ihrer

22 vgl. TRIP-Umfrage 2015

23 vgl. Walt 1998, S. 38

beiden Teile gefochten. “Liberalism and realism are the two bodies of theory which hold places of privilege on the theoretical menu of international relations.”²⁴

Zu einer ähnlichen Auffassung kommt auch Steff. “The primary explanations for U.S. foreign policy are based upon two broad sets of international relations theory: realism and liberalism.” Es gebe zwar andere Theorien um die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft zu erklären “but realism and liberalism overwhelmingly dominate the discourse. They are widely studied and publicly discussed; they are the intellectual backbone of U.S. foreign policy.”²⁵

Walt beklagt darüber hinausgehend sogar, dass der mediale Diskurs praktisch eine “Realismus-freie Zone” sei - also nur Liberale (Neokonservative wie Neoliberale) die Kolumnen in großen Zeitungen und Pundit-Sitze in TV-Studios füllen würden, das “außenpolitische Establishment” folge insgesamt einem sehr “interventionistischen Denkweise.”²⁶

Liberalismus und Realismus prägen seit Jahrzehnten die Debatte über die Außenpolitik in den USA. Nicht zuletzt hat auch Präsident Obama selbst die Auswahl seines theoretischen Unterfutters auf “realism, liberal interventionism, and internationalism” beschränkt²⁷. Dieses ist, wie ich in der Folge zeigen werde, innerhalb dieses dualen Spektrums von Liberalismus und Realismus zu verorten. Es sind deshalb auch diese beiden Denkschulen, auf die sich diese Arbeit konzentrieren wird.

24 Mearsheimer 2001, Par. 11.52

25 Steff 2011, S. 99

26 Walt 2016

27 Goldberg 2016

2.2.1 Amerikanischer Idealismus: Liberalismus

IdealistInnen lassen ihre Handlungen nicht uneingeschränkt auf pragmatischen Überlegungen ohne moralische Dimension basieren, sondern auf eben idealistischen Motiven. Dazu gehört, etwa die Verbreitung oder Erhaltung einer gewissen Ideologie. Sie teilen die Staatenwelt in gute und schlechte Staaten ein, das Ziel müsse es demnach sein, die Welt mit guten Staaten zu bevölkern, um Frieden und Wohlstand zu schaffen. Der wichtigste idealistische Strang in der US-amerikanischen Außenpolitik ist der Liberalismus.

“The foundations of contemporary liberal internationalism were laid in the eighteenth and nineteenth centuries by liberals proposing preconditions for a peaceful world order. In broad summary they concluded that the prospects for the elimination of war lay with a preference for democracy over aristocracy and free trade over autarky”²⁸

Liberale verfolgen heute Konzepte wie ökonomische und politische Interdependenz zwischen Staaten, die “Democratic Peace Theory” und internationale Kooperation durch Institutionen .

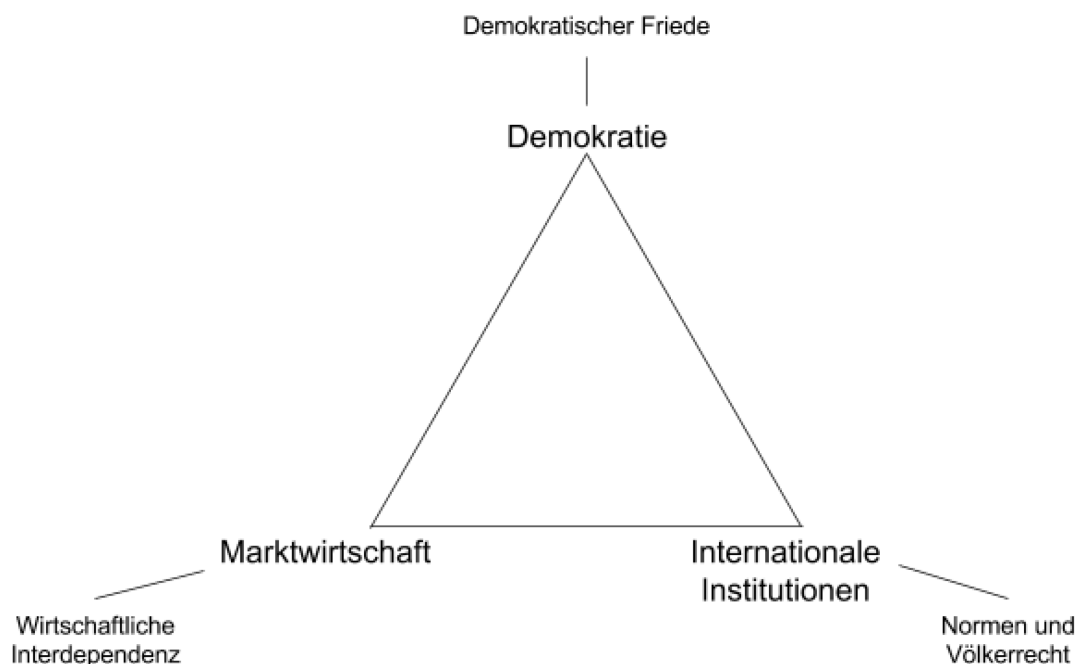


Abbildung 2: Der 'Kant'sche Tripod', die drei Grundpfeiler des Liberalismus

Liberale AutorInnen nennen diese Kombination auch den “Kantian Tripod” oder die “Kantian Triangle”, weil die Elemente schon bei Immanuel Kants Schriften vorkommen. “In 1795 Kant suggested that democracy, economic interdependence, and international law and organizations

could establish the foundations of a ‘perpetual peace.’“²⁹ Werden diese drei Elemente zusammengekommen, reduziere sich die Konfliktwahrscheinlichkeit um 72 Prozent, haben etwa Russett, Oneal und Davis errechnet.³⁰

Bei manchen AutorInnen können die drei Variablen auch etwas andere Ausprägungen annehmen, im Großen und Ganzen werden sie aber in dieser Ausprägung geteilt..

“Within the realm of Liberal IR theory there is wide debate, but that some factors can allow states to safely shift concerns from survival via self-help to welfare via mutually beneficial cooperation is a common denominator.”

Liberales Theorien in den Internationalen Beziehungen helfen Entscheidungsträgern zwischen Situationen zu unterscheiden, “in which the great benefits of international cooperation can be reaped, and those in which realpolitik and self-help must be applied”.³¹

“As indicated by the title of Immanuel Kant’s notorious essay of liberal internationalism: Perpetual Peace is the ultimate goal of liberal ideology when applied to the world. This idea can be seen as a response to the writings of Hobbes and Machiavelli, which claimed that warfare was a natural condition of humanity. Although the liberals may not fundamentally disagree with such a notion, they do reject the belief that it must always be so.”³²

Die USA nehmen bei US-Anhängern dieser Denkweise oft eine Sonderstellung ein, etwas das man oft “American Exceptionalism” nennt. Ignatieff schreibt US-Präsidenten eine oft messianische Vision der US-Rolle in der Welt zu, etwa “[...] the Wilsonian vision of U.S. power making the world safe for democracy after World War I, and Roosevelt’s crusade for the “four freedoms” in World War II.” Insbesondere nach 1945 wäre die globale Verbreitung von Menschenrechten mit dem Aufstieg der USA zusammengefallen.

“What is important here is the conflict between national interest and messianic mission. Messianism has propelled America into multilateral engagements that a more realist calculation of interest might have led the nation to avoid. In American domestic politics, this sense of mission has refigured the

29 Russett, Oneal & Davis 1998, S. 462

30 vgl. ebd.

31 vgl. Goldsmith 2014

32 Steff 2011, S. 38

ideal of a multilateral order of international law, not as a system of constraints on U.S. power, but as a forum in which U.S. leadership can be exercised and American intuitions about freedom and government can be spread across the world.”³³

Die liberale Tradition, welche die US-Außenpolitik so stark beeinflusst hat, wird oft als “Wilsonismus” summiert. Diese Tradition wird deshalb in der Folge dieser Arbeit eine zentrale Rolle spielen wird. Benannt nach Woodrow Wilson - dem 28. Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow, der zwischen 1913 und 1921 an der Spitze der Politik stand - stand diese Denkschule zu Beginn für eine Abkehr vom US-Isolationismus des 19. Jahrhunderts und stand später und bis heute immer wieder im scharfen Kontrast zur ebenfalls später behandelten “realistischen” Denkschulen zur internationalen Politik.

“As no other president before or after him, Wilson gave voice to every chord of presumption in the imperial repertoire, at messianic pitch. Religion, capitalism, democracy, peace and the might of the United States were one.”³⁴

Dabei steht die vereinfachten Konzepte, die “Wilsonismus” genannt werden, selten vollkommen im Einklang mit allen tatsächlichen Handlungen von Wilson. Das wäre auch schwierig, weil sich dessen politisches Handeln sich über seine Amtszeit zum Teil auch signifikant veränderte. Wilsonismus basiert bis zu einem gewissen Grad auf einem selektiven und manchmal widersprüchlichen Mythos von Wilsons Politik.

Wilson regierte über die Jahre des Ersten Weltkriegs. Aus diesem wollte er die USA zu Beginn gemäß des “isolationistischen”, amerikanischen Mainstream auch heraushalten und als neutrale Kraft den Mediator im europäischen Spiel der Kräfte zur Verfügung stellen.³⁵

Die imperialistischen Tendenzen Deutschlands überzeugten die Regierung Wilsons aber nach und nach von der Ergebnislosigkeit der US-amerikanischen Neutralität. Das absolutistische Deutschland wäre eine Gefahr für Demokratien nicht nur in Europa sondern im Fall eines militärischen Sieges schlussendlich auch für die USA. Wilson selbst schloss sich dieser Interpretation 1917 an und führte entgegen seiner Wahlversprechen die USA in eine Intervention am bis dahin außenpolitisch eher gemiedenen Terrain des “Alten Kontinents” Europa.

33 vgl. Ignatieff 2005, S. 13

34 Anderson 2013, Par. 10.7

35 vgl. Ambrosius 1991

Aus dieser Erfahrung entwickelte auch Wilson im Austausch mit den Alliierten die Idee eines Systems von Kollektiver Sicherheit zur Garantie des Weltfriedens. Wilson selbst war daraus resultierend später maßgeblich an der Gründung des Völkerbundes beteiligt, auch wenn er seinen eigenen Kongress nicht davon überzeugen konnte, dass die USA selbst dieser internationalen Organisation beitreten sollten.

Wilson wäre laut Nye trotz wenig Interesse an Außenpolitik zu Beginn seiner Präsidentschaft später auf diesem Feld schlussendlich mit seinem Moralismus “inspirational” und in seinen Zielen (League of Nations mit kollektiver Sicherheit) “transformational” gewesen, an der Umsetzung und Nachhaltigkeit aber vorerst gescheitert. Seine Tradition sei erst Jahrzehnte später wieder aufgegriffen worden.³⁶

Dennoch ist es gerade sein Engagement für den Völkerbund, das oft mit dem “Wilsonismus” in Verbindung gebracht wird, einen Begriff den besonders prominent Walter Russell Mead verwendete³⁷. Schon lange davor galt Wilson aber als wichtigster früher Vertreter dieses idealistischen Stranges US-amerikanischer Außenpolitik.

Mead benennt diese Strömung der amerikanischen Politik wie viele andere³⁸ zwar nach Wilson, weist aber darauf hin, dass es eine weit vor seine Amtszeit bis ins 18. Jahrhundert reichende Tradition sei. Sie resultiere besonders aus der Missionarsbewegung, welche in den USA ab dem sogenannten Haystack Prayer Meeting 1806 stark an Bedeutung gewann.

In die Welt gezogene MissionarInnen (vor allem in den Entwicklungsländern) hätten die Außenpolitik der USA auf verschiedenste Weise geprägt: Durch Lobbyismus für Entwicklungshilfe und Agendasetting in der Heimat, ihr gesammeltes Wissen über andere Länder, ihren Einfluss in diesen Ländern aber auch über militärische und diplomatische Schutzansprüche ihrer Auslands-Missionen gegenüber der US-Außenpolitik. Gleichzeitig seien sie auch die ersten ProponentInnen einer “globalen Zivilgesellschaft” gewesen, so Mead, der diesen seiner Meinung nach oft unterbelichteten Teil der zivilen Außenpolitik betont. Die Arbeit der MissionarInnen, von Hilfsorganisationen und anderer NGOs trage wesentlich zur Anziehungskraft der USA bei. Das

36 vgl. Nye 2013, S 31ff

37 vgl. Mead 2001

38 z.B. Ambrosius 1991

gelte bis heute, etwa für aus den USA finanzierte Bildungsinstitutionen im Ausland oder auch Stipendien für AusländerInnen im Inland.

Wilson selbst war ein zutiefst religiöser Mensch, dessen Denken der internationalen Politik vom Christentum stark geprägt war. Er sah die USA als Land Gottes und die Verbreitung amerikanischer Ideale - darunter verstand er die entsprechende Form von Demokratie und Freiheit - demnach als gleichbedeutend mit einer göttlichen Mission. "The world must be made safe for democracy" (wie er in einer Rede vor dem Kongress im Jahr 1917 sagte³⁹) wäre demnach quasi gleichbedeutend damit, ein Staatsreich Gottes auf Erden zu schaffen und auch ein Credo persönlicher Moral.⁴⁰

Wilsonismus war in der Folge allerdings bei weitem nicht immer religiöser Prägung, sondern wurde und wird auch durch säkulare Bewegungen und NGOs geprägt. Auch den britischen Liberalismus nennt Mead als einen wesentlichen Einfluss. Dessen Tradition zieht er von John Maynard Keynes (Kritiker von Wilson bei den Friedensverhandlungen in Versailles) bis hin zum späteren New Labour-Chef und Premierminister Tony Blair.

Wodurch definiert sich diese Denkrichtung der amerikanischen Politik nun eigentlich? In groben, vereinfachten Zügen könnte man es damit zusammenfassen, dass die Welt am amerikanischen Wesen genesen soll. Für Wilsonians geht es um eine weltweite Verbreitung von ideologischen Werten und Konzepten: Darunter finden sich die liberale Demokratie nach westlicher Prägung (da solche keinen Krieg untereinander führen würden), Marktwirtschaft, Menschenrechte (insbesondere auch für Frauen und diverse Minderheiten), Rechtsstaatlichkeit, Abrüstung, internationale Institutionen (die Kooperation erleichtern würden) und ein umfassend gültiges internationales Recht (das mehr Stabilität als ein freies Spiel der Kräfte garantieren würde).

"Wilsonians seek to align American foreign policy with the goals of these great international movements"⁴¹. Diese Bewegung sei allerdings auch fragmentiert und zum Teil im Konflikt miteinander. Das verursacht neben Richtungsstreitigkeiten auch ein anderes Problem: Die wilsonistischen Lobbies würden nach permanenter Intervention zugunsten ihrer jeweiligen Sache rufen. "Wilsonian lobbies demanding strong action against countries that [...] offend moral

39 vgl. Wilsons Rede vor dem Kongress 1917

40 vgl. Ambrosius 1991, S. 10ff

41 Mead 2001, S. 161

sensitivities of some organized American constituency create constant demands for government action”.⁴² Dies mache die Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene zudem unberechenbarer.

Viele Wilsonians bevorzugen nach Mead eine Ausbreitung ihrer Ideologie auf friedlichem Weg, durch Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie und - ohne dass Mead diese Wort verwendet - eben das, was Joseph Nye “Soft Power” nennt: Auf indirekten Einfluss durch ein attraktives System und immaterielle Reize.

VertreterInnen der Strömung schrecken aber auch vor Hard Power und Gewalt als Mittel zum Zweck im Zweifelsfall nicht zurück. Ihre Ideale stehen für sie über nationaler Souveränität (anderer Staaten). Diese Ausrichtung bringe den USA und früher auch dem britischen Imperium (als ähnlich gelagerten Vorgänger auf der Bühne der Weltpolitik) immer wieder die Kritik der Heuchelei ein.

“The Anglo-Saxon conscience may be sensitive and easily excited [...], yet it is also flexible and generally manages to concentrate its outrage on those aspects of the world’s evil that threaten to thwart some interesting project of an Anglo-Saxon state”⁴³

Die idealistische Begründung von wilsonistischer Außenpolitik sei aber eben keine pure Selbstlosigkeit, sondern diene durchaus auch dem nationalen Interesse der USA, wie Mead festhält. Die Verbreitung von Demokratie wäre ebenso ein Ziel wie ein strategisches Element und würde mehr verlässliche Partnerschaften für die USA und stabilere Verhältnisse in den internationalen Beziehungen hervorbringen. Mit dieser strategischen Denkweise unterscheide man sich auch nicht von anderen Ideologien: Es sei “the general rule, that the wars of great powers have spiritual or at least ideological importance”.⁴⁴

Aus der sicherheitspolitischen Notwendigkeit der Demokratieverbreitung ergibt sich auch die Bedeutung der Menschenrechte für Liberale bzw. Wilsonians. “[...] human rights are very important for liberals because the basic liberal elements, such as a democratic, representative government and a capitalist economy rely heavily upon individualism and individual freedom.” Wenn Liberalismus

42 Mead 2001, S. 173

43 Mead 2001, S. 137

44 ebd. S. 135

in ein neues Land eingeführt werde, beginne dieser Prozess deshalb oft mit der Etablierung der Menschenrechte.⁴⁵

Smith bricht die Tradition des Wilsonismus auf vier Grundpfeiler herunter: “[His] design for world order was premised on four concepts, whose character and interrelationship have a complexity that invites disagreement on what constitutes the heart of the Wilsonian project.”⁴⁶

1. Die Verbreitung von Demokratie im Glauben an einen Demokratischen Frieden
2. Die Etablierung freier, internationaler Märkte
3. Die Schaffung multilateraler, internationaler Organisationen
4. Eine hegemoniale Vormachtstellung der USA als Vorbild- und Ausnahme-Nation

Die Punkte 3 und 4, also die internationalen Institutionen und amerikanische Sonderrolle, stünden in potentiellen Widerspruch zueinander. Wilson selbst hätte zwar großteils ”nicht imperialistisch” gedacht, aber sein Verhalten in einigen Konflikten hätte gezeigt, dass “progressive imperialism could most certainly be a feature of his thinking”.⁴⁷ Alles andere wäre auch schwierig zu behaupten, schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte kein Präsident US-Truppen in mehr Länder entsandt, als Wilson.⁴⁸

Wilsons eigener Wandel und die partielle Widersprüchlichkeit und auch Fehlkonzeptionen mit Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit seiner Denkweise boten Boden dafür, dass auch sein politisches Erbe vielfältig und umstritten bleibt. Aus der Gewichtung dieser inneren Konflikte ergeben sich unterschiedliche wilsonistische Strömungen. Ikenberry bringt das Dilemma auf den Punkt, wenn er fragt: “Is the promotion of democracy the cutting edge of Wilsonianism, or is it international law and collective security?”⁴⁹

Die wilsonistische Tradition wurde auch nach dem Ende des Tuns ihres Begründers weiterentwickelt. Die Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Harry Truman waren etwa wichtige Nachfolger, die viele Visionen nach dem zweiten Weltkrieg weiter führten.

45 Steff 2011, S. 39f

46 vgl. Smith 2008, S. 57

47 vgl. Smith 2008, S. 57ff

48 in Mexiko, Kuba, Haiti, Dominikanische Republik, Nicaragua; vgl. Anderson 2013, Par. 10.7

49 Ikenberry 2009, S. 3

“Roosevelt and Truman were clearly sobered by the failure of Wilson but convinced that a new global order committed to human rights, collective security, and economic advancement was necessary to avoid the return to war”.⁵⁰

Sie legten größeren Wert auf Freihandel als Friedenssicherungsmaßnahme (eine Lehre aus dem Protektionismus, der Welthandel vor dem Zweiten Weltkrieg zusammenbrechen ließ) und mit Gründung und dem Ausbau der UNO wurden etwa Menschenrechte viel wichtiger, als es Wilson je für den Völkerbund geplant hatte. Die NATO als formalisierte Form von “Cooperative Security” mit US-Dominanz war etwas, das Wilson selbst nicht vorschwebte, während die internationalen Organisationen eine liberale Weltordnung aufblühen ließen:

“The United States would be the hegemonic leader of the new liberal order. The United States took the lead in organizing and running the order, but it did so on terms that were more or less mutually agreeable to states that were inside it. In effect, the United States had a special functional-operational role. America was positioned at the center of the liberal international order.”⁵¹

All dies mündete in eine Weltordnung, in der Liberale nach Ende des Kalten Krieges kurzzeitig und irrtümlich das “Ende der Geschichte”⁵² zugunsten des weltweiten Siegeszugs liberaler Demokratien westlicher Prägung ausriefen und eine Doktrin der “Responsibility to Protect” entwickelt wurde. Dies habe deutliche Auswirkungen auf den internationalen Diskurs. “Scheitern Prävention und Diplomatie, dann wird, wie die Fälle Libyen und Syrien zeigen, R2P zum Argument all jener, die nach einer Intervention rufen.”⁵³

“The doctrine upended the traditional concept of national sovereignty, and in countries like Russia and China, it quickly came to be viewed as little more than a fig leaf for Western-sponsored regime change.”⁵⁴

Ein Jahrhundert nach seiner Amtszeit hat sich die Welt ebenso wie die USA selbst verändert, die Tradition wilsonistischer Politik aber besteht weiter und seine geistigen NachfolgerInnen haben sich dementsprechend ausdifferenziert. Zwei wesentliche Denkschulen haben sich dabei herausgebildet, die unterschiedliche Prioritäten auf diverse Elemente wilsonistischer Politik legen.

50 Ikenberry 2009, S. 19

51 vgl. ebd., S. 17ff

52 vgl. Fukuyama 1992

53 Rudolf 2013

54 Leonard 2016

2.2.1.1 Neoliberalismus

Die erste dieser Denkschulen ist die (politische) Theorie des Neoliberalismus bzw. ein liberaler Internationalismus. Wesentlich geprägt wurde dieser durch die Arbeit von Robert Keohane und Joseph Nye, insbesondere mit dem erstmals 1977 erschienen Werk „Power & Interdependence“⁵⁵, das unter anderem als Antwort auf Neorealismus von Kenneth Waltz gedacht war. Er übernimmt teilweise auch Elemente dieser Denkschule und ist streng genommen weder ohne den Liberalismus noch den Realismus als Vorgeschichte verständlich.

Neoliberale leugnen die Wichtigkeit staatliches Eigeninteresses nicht, legen aber einen hohen Wert auf die Schaffung und Aufrechterhaltung von internationalen Organisationen zur Sicherstellung von mehr globaler Kooperation und dementsprechender Reduktion von Konfliktwahrscheinlichkeit.

“[Liberal institutionalism] shares with neo-realism an acceptance of the importance of the state and the anarchical condition of the international system, though liberal institutionalists argue that the prospects for cooperation, even in an anarchical world, are greater than neo-realists would have us believe.”⁵⁶

Absolute Gewinne (“absolute gains”) an Wohlstand seien für Staaten das wichtigste Ziel.⁵⁷ Damit betonen sie Wilsons Vision von einer Welt, in der Krieg und Konflikt durch Regeln und Verhandlungen vermieden werden kann, gegenüber der realistischen Vorstellung eines anarchischen, hobbesianischen, internationalen Staatensystems. Deshalb ordne ich diese Tradition primär in die Wilsonistische Tradition ein.

Kooperation sei notwendig: “If discord is to be limited, and severe conflict avoided, government’s policies must be adjusted to one another.”⁵⁸. Und diese Kooperation werde mit Existenz von internationalen Regimen und Organisationen wahrscheinlicher, da diese einen Informationsaustausch schaffen, der Staaten anders handeln lasse, als wenn es ihn nicht gebe (eine Kritik am Neorealismus durch Neoliberale ist, dass dies nicht berücksichtigt werde).

55 vgl. Keohane/Nye 2012

56 Burchill 2005, S. 64

57 vgl. Burchill 2005, S. 65

58 Keohane 1984, S. 243

Dabei gebe es ganz im Sinne von Wilsons Verbreitungsvision von Demokratie und Marktwirtschaft durchaus die Möglichkeit “hegemonialer Kooperation”, in der die Regeln der Institutionen und Regime den Interessen von Großmächten dienen, solange sie kompatibel genug mit den Interessen der anderen Staaten sind, um akzeptabel zu bleiben und auf Freiwilligkeit basieren. “Hegemonial powers do not, therefore, always exploit secondary powers economically.”⁵⁹ Nicht-hegemoniale Kooperation sei sogar schwieriger, weil ein Konsens aus mehr unterschiedlichen Interessen gefunden werden müsse. Es sei vor allem in Zeiten ohne Hegemon außerdem schwieriger neue Institutionen zu schaffen, als alte zu erhalten.⁶⁰ Wichtig ist auch die langfristige Perspektive: “Crises arise more suddenly than cooperative international regimes can be created.”⁶¹

Da Institutionen Kooperation erleichtern würden und (liberale) Kooperation im allgemeinen positive Effekte habe, seien sie in der Regel außerdem auch tendenziell ethisch und moralisch gut. Keohane kritisiert die internationalen Institutionen dieser Zeit (“After Hegemony” erschien 1984. Keohane untersuchte unter anderem den International Monetary Fund (IMF), General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) und International Energy Agency (IEA)) aber als zu vorteilhaft gestaltet für reiche Nationen und zu wenig rücksichtsvoll gegenüber Armen in Dritte-Welt-Ländern und formuliert eine klare, internationalistische Moralvorstellung, dass “sharing more generously with poor people abroad is arguably the moral duty of affluent citizens of Europe, Japan, and North America, as well as of other countries.”⁶²

Diese Institutionen zu modifizieren sei daher notwendig und es sei besser, als Tabula Rasa zu machen und unliebsame Organisationen zu eliminieren:.

“Abstract plans for morally worthy international regimes, which do not take into account the reality of self-interest, are like castles constructed in the air, or—if implemented in a fit of absentmindedness by governments—on sand.”⁶³

Neoliberalen plädieren für eine neue Wahrnehmung des Prinzips der Souveränität. Statt ein Konzept der “Alles oder Nichts”-Souveränität von Staaten sollte man eine “Abstufung von Souveränitäten” (“gradations of sovereignty”) schaffen, indem internationale Institutionen diverse Strukturen

59 Keohane/Nye 2012, S. 38

60 vgl. ebd. S. 244ff

61 ebd. S. 252

62 ebd. S. 256

63 ebd. S. 257

übernehmen, um nach einer Intervention die Transition in eine friedliche Gesellschaft zu begleiten.⁶⁴ Neorealisten wie Krasner haben als Gegenargument erklärt, dass es bereits abgestufte Konzepte von nationaler Souveränität gibt, die allerdings ihren Ursprung nicht in internationalen Institutionen, sondern im Mächtigegleichgewicht von Staaten haben: “In the absence of any well-established hierarchical structure of authority, coercion and imposition are always options that the strong can deploy against the weak.”⁶⁵

Vor Interventionen sollte laut Keohane auch die Erfolgswahrscheinlichkeit eines stabilen und friedlichen Hinterherrs berücksichtigt werden, dazu gehört auch eine Berücksichtigung der “Qualität der Nachbarschaft”. In der europäischen Nachbarschaft von Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo könne dies ein Prozess der Demokratisierung sein, in Somalia oder Afghanistan wäre hingegen schon die Herstellung eines zur Souveränität fähigen, stabilen Staates ein Fortschritt.

Ein wichtiges Prinzip im Neoliberalismus (den sie als Wilsonismus bezeichnet) sei die nationale Selbstbestimmung, argumentiert Anne-Marie Slaughter in einer Abgrenzung des dieser Schule von den Neokonservativen. Wilson habe keine militärische Demokratieverbreitung gepredigt (dieses Prinzip käme in seiner Deklaration der Fourteen Points nicht vor), sondern eigenmächtige Entwicklung.⁶⁶

Sie wehrt sich dagegen, Neoliberale und Neokonservative in derselben Tradition zu sehen (wie das Smith argumentiert⁶⁷):

“Smith’s claim, in a nutshell, is that neoliberalism, authored by people like John Ikenberry and me, differs from the Bush Doctrine of preemptive war, democratization, and U.S. primacy and unilateralism only by virtue of our preference for multilateralism over unilateralism.”⁶⁸

Dieser Unterschied existierte zwar, greife jedoch zu kurz. Ihr Engagement gelte einer kompletten liberalen internationalen Ordnung - “an integrated set of rules, institutions, and practices that allow

64 vgl. Keohane 2003, S. 275ff

65 vgl. Krasner 1999, S. 237ff

66 vgl. Slaughter 2009, S. 92f

67 vgl. Smith 2009

68 vgl. Slaughter 2009, S. 90

nations to achieve positive-sum outcomes. We support liberal democracy, but reject the possibility of democratizing peoples.“⁶⁹

Dahinter steckt auch die Überzeugung, dass Demokratie und Menschenrechte nicht einfach nur amerikanische Werte sind, sondern universell geteilt werden. “[The Universal Declaration of Human Rights] is not an adaptation of American principles to the world, but a statement of the universal principles that Jefferson and other Enlightenment philosophers and leaders adopted as their own”, schreibt Slaughter in ihrer Rezension eines Buches des Realisten Henry Kissinger (“World Order”).⁷⁰

Bei Neoliberalen stehen also ganz eindeutig internationale Institutionen im Vordergrund. Unter den Bedingungen von Regeln, Institutionen würde man wie Wilson hoffen dürfen, dass Demokratie in nationaler Selbstbestimmung entstünde.⁷¹ Slaughter vereinnahmt Wilson damit für sich und spricht der anderen in meinen Augen aus seiner Tradition heraus entstandenen Denkschule ab, sich auf ihn zu berufen.

2.2.1.2 Neokonservativismus

Das aber erscheint Neokonservativen absurd. “Neocons” beziehen sich ebenfalls oft explizit auf die wilsonistische Tradition⁷². Wie jede politische Denkart hat sich natürlich auch der Wilsonismus über die Jahrzehnte differenziert. Während liberale Internationalisten und Interventionisten oft bei den linken Demokraten zu finden sind, hat eben auch die amerikanische Rechte ihre Sonderform hervorgebracht: Den gerade bereits angesprochenen Neokonservativismus.

Das mag im ersten Moment nicht intuitiv klingen, wird der Begriff Neokonservativismus im Alltag doch heute sehr stark mit der Regierung George W. Bush Jr. in Verbindung gebracht und damit nicht mit besonders hehren, schon gar nicht liberalen Idealen. Bush’ Politik unterschied sich in vielerlei Hinsicht immerhin drastisch von Zielen heutiger Linker bzw. Liberaler.

Tatsächlich ist der Neokonservativismus aber natürlich wesentlich älter. Smith beschreibt sie als “a group of Republicans whose intellectual roots go back to the 1940s but whose emergence as a self-

69 Slaughter 2009, S. 89f

70 Slaughter 2014b

71 vgl. Slaughter 2009, S.94

72 vgl. z.B. Boot 2002

conscious public policy-making association dates from the late 1960s”⁷³. Neokonservative waren oft einstmals eher Demokraten, die sich mit dem Linksruck der Partei bei sozialen in den 1960er und 70er-Jahren nicht anfreunden konnten und ihre Zelte in der Folge zunehmend in der Republikanischen Partei aufschlugen. In den 1990ern formierten sie sich in der fortan führenden neokonservativen Organisation “Project for the New American Century” - sie sind eine organisiertere Denkschule als Neoliberale.

Ihre Wurzeln liegen heute oftmals in der religiösen Rechten. Innenpolitisch sind sie rechtskonservativ. Verallgemeinernd gesprochen ist ihre Feindbild im modernen Liberalismus zu finden, der mit einer Art überbordendem “Individualismus” eine gesellschaftliche “Dekadenz” verursacht, einen “Nihilismus” der “selbsterstörerisch” die geschätzte Gesellschaftsordnung bedrohe.⁷⁴

“The neoconservative critique of modern liberalism explains its hostility to the dominance of rationalism in contemporary social and political science—and, by extension, much of contemporary realist thinking.”⁷⁵

Diese Gesellschaftskritik haben Neokonservative schließlich auch auf internationale Politik umgelegt.

“The progression of the application of regime theory seems a logical one; from believing that changing the domestic institutions and policies of America can instigate social change, the neoconservatives came to believe that the characters and cultures of other nations could also be manipulated by forcing changes to foreign governmental structures and institutions”.

Staaten seien keine homogenen Einheiten, ihre Außenpolitik reflektiere die zugrundeliegenden Werte ihrer Gesellschaften.⁷⁶

Die abstrahierte Gemeinsamkeit zwischen neokonservativen und liberalen Wilsonians ist schlussendlich der wertgetriebene Idealismus in der politischen Motivation, der “pillar of purpose, with its assertion that with the expansion of ‘free market democracies,’ the United States possessed

73 Smith 2008, S. 55

74 Williams 2008, S 220f.

75 Williams 2008, S. 221

76 vgl. Sykes 2012

a blueprint capable of fostering global freedom, prosperity, and peace”⁷⁷ - wenn diese Werte zum Teil auch unterschiedlich oder sogar gegensätzlich ausgeprägt sein mögen.

Aus dieser idealistischen Motivision heraus entsteht auch eine prinzipielle außenpolitische Gemeinsamkeit mit dem Wilsonismus: Der Wille zur missionarischen Verbreitung des amerikanischen Gesellschaftssystems in der Welt, um diese und damit vor allem auch die USA sicherer zu machen. Damit einher geht natürlich auch jeweils eine gewisse Vereinnahmung des abstrakten Konzepts eines “nationalen Interesses” für die eigenen Wertvorstellung.

Wenn liberale Interventionisten das “amerikanische System” von Demokratie und Freiheit verbreiten wollen, meinen sie damit natürlich etwas anderes als Neokonservative. Dass dieser Wertexport aber überhaupt eine Rolle in außenpolitischen Überlegungen spielt, ist eine klare Gemeinsamkeit und Unterscheidung zu RealistInnen.

In der Kritik am Neokonservatismus wird oft betont, dass Werte nicht wirklich im Vordergrund des neokonservativen Projekts stünden, sondern nachrangig seien und manchmal sogar schlichte Feigenblätter für eine neoimperiale, eigeninteressierte Politik sind. Tony Smith widerspricht jenen, die Neokonservative von Wilson distanzieren wollen.⁷⁸ Wie man an meiner Einordnung der Neokonservativen in wilsonistische Tradition erkennt, schließe ich mich Smiths Argumentation an. Angesichts der Widersprüchlichkeit in Wilsons wirkmächtigen Ideen lässt sich sein Tun nicht von dem der Neokonservativen trennen.

Von Wilsons eigenem Handeln und auch vom Neoliberalismus unterscheidet sich der Neokonservatismus natürlich dennoch deutlich. Vor allem durch eine deutlich höhere Bereitschaft zum unilateralen Vorgehen unter dem Einsatz von “hard power” und einen dementsprechend größeren Widerwillen, sich von internationalen Institutionen und Verträgen beschränken zu lassen. Das könnte man auch als Abkehr von Wilsons Interpretation sehen, der den Willen eines Volkes zur Schaffung einer Demokratie als Vorbedingung für ein amerikanisches Engagement eben dafür sah.

Gleichzeitig lassen zum Beispiel auch die religiösen Wurzeln des Wilsonismus hier aber keine deutliche Distanzierung zu. Wenn die Demokratie und das amerikanische System mitsamt seinen Werten als Wille des christlichen Gottes gedeutet wird, so kann man diesen Willen zur

77 Smith 2008, S. 56

78 Smith 2008

Demokratisierung als gottgegebene Idee aller Menschen interpretieren. Demnach würden alle Menschen nach dem amerikanischen Vorbild streben, ob sie es nun bereits wissen oder nicht. Die militärische Verbreitung dieser Ideale erfordert also für Neokonservative keine Abkehr von Wilson.

Wilson selbst sah Demokratien als Basis für eine friedliche Weltordnung und erklärte im Ersten Weltkrieg die Notwendigkeit des Krieges gegen das imperiale, autoritäre Deutschland. Schon davor stellte er in Zentralamerika die Bereitschaft zur militärischen Intervention zur Schau (Dominikanische Republik, Haiti, Kuba, Honduras, Mexiko, Nicaragua) und bekräftigte, er werde diesen "Republiken lehren, gute Menschen zu wählen"⁷⁹. Neokonservative bekräftigen diese Handlung: Demokratie und Institutionen mögen unter den richtigen Umständen den Frieden sichern, aber dieser Kontext muss notfalls mit (auch unilateraler) Gewalt hergestellt werden und die USA seien die Schutzmacht, die dies tun sollten.⁸⁰

Darauf zu verzichten setzen Neokonservative Kritikern zufolge oft mit dem Appeasement gegenüber Adolf Hitlers NS-Deutschland gleich.

"The right, and this is especially true for Neoconservatives, tend to view the world through the lens of the 'Munich analogy'. They view all their adversaries as Adolf Hitler [...] and they think that you don't bargain with Adolf Hitler, you put the mailed fist in his face and ultimately arms race and defeat him."⁸¹

In all dem kann man wiederum Gemeinsamkeiten zum Realismus erkennen: Es geht durchaus um die Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen - nur bestehen diese in diesem Fall aus einer moralischen bis missionarischen Aufgabe - die im Prinzip über einer internationalen Rechtsordnung rangiert und diese deshalb schlussendlich auch verletzen kann.

"Neo-conservative theory – the Bush doctrine – is essentially Wilsonianism with teeth. The theory has an idealist strand and a power strand: Wilsonianism provides the idealism, an emphasis on military power provides the teeth."⁸²

79 Ikenberry 2009, S. 14

80 ebd., S. 9ff

81 Interview von Mearsheimer mit The National Interest (ab 6:20)

82 Mearsheimer 2005

Ein eindrucksvolles Beispiel ist der zweite Irak-Krieg, bei dem eine “Freiheitsagenda” ein zentrales Argumentationsmuster der Regierung von Bush Jr. war. Als die Weltgemeinschaft sich davon und angeblichen Beweisen für Massenvernichtungswaffen nicht zu einer Intervention im Irak unter Saddam Hussein verleiten ließ, nahmen die USA das Heft selbst in die Hand. Diese Tendenz zum Einsatz von “hard power” macht den Neokonservatismus zu einer Art “hartem Wilsonismus”.

“Neoconservatives believe in using American might to promote American ideals abroad. [...] The most prominent champions of this view inside the [Bush Jr.] administration are Vice President Dick Cheney and Deputy Defense Secretary Paul Wolfowitz. Their agenda is known as ‘neoconservatism’, though a more accurate term might be ‘hard Wilsonianism.’”⁸³

Die USA hätten laut der Überzeugung der “Neocons” ein quasi unantastbar mächtiges Militär. Das sei universal dermaßen akzeptiert, dass es meist nicht einmal eingesetzt werden müsse. “The key to understanding why the neo-conservatives think that military force is such a remarkably effective instrument for running the world is that they believe that international politics operate according to ‘bandwagoning’ logic”.⁸⁴

Die Neokonservativen würden davon ausgehen, dass die Androhung oder spätestens die Anwendung von Gewalt in einzelnen Fällen automatisch dazu führen würde, dass Herausforderer klein begeben und sich der jeweiligen US-amerikanischen Sache anschließen. Ein Angriff auf den Irak würde die anderen Staaten auf der “Achse des Bösen” (Iran und Nordkorea) automatisch in Angst und Schrecken versetzen und sie dazu zu bewegen, klein bei- und ihre Nuklearwaffenprogramme aufzugeben.

Ungeachtet der Tatsache, dass sich diese Vorstellung nicht erfüllte, versuchten Proponenten der Bush Jr.-Ära weiter dieser Denkart folgend auch den arabischen Frühling als Ergebnis ihrer Politik im Nahen und Mittleren Osten zu interpretieren⁸⁵ - zumindest so lange dieser noch wie eine erfolgreiche, demokratische Erhebung aussah: “The advent of the Arab spring three years ago led defenders of Bush's policies to claim this phenomenon as a positive consequence of those policies, while critics could still point to some glaring negative consequences.”⁸⁶

83 Boot 2002

84 vgl. Mearsheimer 2005

85 vgl. etwa Abrams 2012

86 vgl. Pillar 2014

Mit dem Ausscheiden von Georg W. Bush Jr. aus dem Präsidentenamt hat sich die neokonservative Ideologie freilich auch nicht aus der Politik zurückgezogen. Obamas Gegenkandidaten 2008 und 2012, John McCain und Mitt Romney, hatten in außenpolitischen Fragen neokonservative Berater. Das Commitment zum Nationbuilding nach US-amerikanischen Belieben wurde etwa durch McCain's Bekenntnis zum 100-jährigen Engagement im Irak⁸⁷ oder seiner Vorstellung eines "League of Democracies"⁸⁸ sichtbar.

Bei der laufenden Präsidentschaftswahl 2016 haben sich die republikanischen Kandidaten Ted Cruz, Marco Rubio und Jeb Bush außenpolitisch von Neocons beraten lassen, darunter Paul Wolfowitz, einem der neokonservativen Architekten der Bush jr-Außenpolitik.⁸⁹

Selbst eine mögliche Allianz zwischen der liberalen Hillary Clinton und Neokonservativen wurde mancherorts für möglich gehalten.⁹⁰ Und wiewohl man zum Zeitpunkt dieser Prognosen den kontroversen Aufstieg von Donald Trump als republikanischen Kandidaten für das Präsidentschaftsamt 2016 noch gar nicht vorhersehen konnte, haben tatsächlich einige Neoconservative später Clinton eine Wahlempfehlung ausgesprochen.⁹¹ Die Anknüpfungspunkte sind aus meiner traditionellen Ableitung beider Schulen heraus einigermaßen offensichtlich. So mancher Realist sieht immerhin ohnehin eine "enduring alliance between Democratic liberal interventionists and Republican neoconservatives".⁹²

Die breiten Gemeinsamkeiten zwischen Neokonservativen und Neoliberalen lassen eben auch einen gewissen Graubereich zwischen den Strömungen zu, in den TheoretikerInnen wie PraktikerInnen sich tummeln können, was deren Zuordnung in die hiesige modellartige Abgrenzung gelegentlich etwas erschwert.

87 vgl. CNN (15.2.2008)

88 vgl. Washington Post (30.4.2007)

89 vgl. Bloomberg (22.2.2015)

90 vgl. Heilbrunn 2014

91 z.B. Kagan 2016

92 Walt 2015f

2.2.2 Realismus

Im Gegensatz zum wertegeleiteten Idealismus wie er im Wilsonismus, Neoliberalismus und Neokonservativismus auftritt, steht der klassische Realismus als Denkschule der internationalen Politik. “Political realism, Realpolitik, ‘power politics’, is the oldest and most frequently adopted theory of international relations.”⁹³

Hier streben Staaten als zentrale Akteure des weltpolitischen Systems aus “rationalen” Gründen nach Macht um die eigene Sicherheit und in letzter Konsequenz das eigene Überleben zu sichern.

“Der Realismus nimmt an, dass sich alle Staaten und Gesellschaften in einem Zustand befinden, in dem nicht Krieg herrscht, dieser aber immer möglich ist, und jeder Staat den anderen als potentielle Bedrohung sieht.”⁹⁴

Die Wurzeln der Denkschule reichen weit in die Vergangenheit und sind in der Entstehung des westfälischen Staatensystems in Europa nach dem Dreißigjährigen Krieg ebenso zu finden, wie, in den Werken von Thomas Hobbes und Nicholas Machiavelli und in der “Realpolitik” von Bismarck.

“Bismarck rejected the proposition that power could be restrained by superior principle. His famous maxims gave voice to the conviction that security could be achieved only by the correct evaluation of the components of power.”⁹⁵

Als wichtiger akademischer Denker des Realismus gilt Hans Morgenthau mit seinem Werk “Politics Among Nations” (1948). Darin und in darauf folgenden Ausgaben dieses Werks nennt er sechs Punkte, die den klassischen Realismus ausmachen:⁹⁶

1. Es gibt eine objektive, menschliche Natur, die den Menschen nach Macht streben lässt und die die objektiven Gesetze der Politik bestimmt (aufgrund dieser Eigenschaft nennt Mearsheimer Morgenthau Realismus den “Human Nature Realism”⁹⁷)

93 Donelly 2005, S. 29

94 Gärtner 2005, S. 115

95 Kissinger 2014, Par. 2.163

96 vgl. Morgenthau 1985, S. 4-15

97 Mearsheimer 2001, Par. 11.69

2. Internationale Politik erklärt sich anhand des Interesses von Akteuren, definiert in der Form von Macht ('interest defined in terms of power')
3. Dieses Interesse ist eine universelle, objektive Größe
4. Der Maßstab politischer Moral ist das Überleben des Staates selbst. Umsicht ("Prudence") beim Abwägen politischer Optionen in Hinsicht auf dieses Überleben ist der höchste Wert politischer Moral.
5. Die moralischen Aspirationen einer bestimmten Nation können nie mit universellen moralischen Gesetzen des Universums gleichgesetzt werden
6. Politik ist auch auf internationaler Ebene eine autonome Sphäre (losgelöst von Recht, Moral und Wirtschaft) die sich mit der Macht des Staates auseinandersetzt

Das nationale Interesse ist im Realismus recht einfach als die Macht und Sicherheit des Staates zu definieren. "What money is to economics, power is to international relations", sagt Mearsheimer, ein späterer Anhänger realistischer Denkart.⁹⁸

Ideale im Sinne etwa der Verbreitung von Demokratie, Marktwirtschaft oder einer religiösen Weltordnung mögen ihren AkteurInnen persönlich und innenpolitisch wichtig sein, sie spielen hier im Gegensatz zum Wilsonismus aber keine vordergründige Rolle für die Gesetze der internationalen Politik - sie werden von Morgenthau praktisch als menschliche Notwendigkeit und Realität anerkannt (damit unterscheidet er sich von späteren RealistInnen, die derartige Einflüsse noch viel stärker leugnen), aber als legitime politische Kategorie abgelehnt:

"Political realism is based upon a pluralistic conception of human nature. Real man is a composite of 'economic man', 'political man', 'moral man', 'religious man', etc. A man who was nothing but 'political man' would be a beast, for he would be completely lacking in moral restraints. A man who was nothing but 'moral man' would be a fool, for he would be completely lacking in prudence."⁹⁹

Morgenthau analysiert: "The actions of states are determined not by moral principles and legal commitments but by considerations of interest and power". Und Robert J. Art und Kenneth Waltz meinten: "States in anarchy cannot afford to be moral. The possibility of moral behaviour rests upon the existence of an effective government that can deter and punish illegal actions"¹⁰⁰

98 Mearsheimer 2001, Par. 11.42

99 Morgenthau 1985, S. 16

100 Beide Aussagen gefunden bei Donnelly 2005, S. 48f

Morgenthau beschreibt die Proklamation solcher ideellen Werte in Konflikten als Vorwand für handfeste nationale Interessen. Im Endeffekt werde politisch entweder der Status Quo des Mächtegleichgewichts verteidigt oder durch “Imperialismus” herausgefordert.

Es lässt sich aber argumentieren, dass Realismus zumindest eine gewisse Form von Staatlichkeit bei allen anderen Akteuren voraussetzt und dementsprechend im Regelfall auch sicherstellen will. Erst dieses “Ideal” ermöglicht viele Annahmen des Realismus und ein demgemäßes “rationales” Verhaltensmuster.

Die Handlungen nicht-staatlicher AkteurInnen und ihrer Auswirkungen oder auch staatlicher KreuzfahrerInnen im Namen unterschiedlicher Ideologien sind mit dem klassischen Realismus oft nur schwer zu erklären bzw. sind in seinem staatszentrischen Konzept schlicht nicht hinreichend vorgesehen, auch weil sie in seiner Entstehungsphase keine so große Rolle gespielt haben, wie sie ihnen in der heutigen Weltordnung attestiert wird.

Ein klassisches Beispiel realistischer Machtpolitik ist die Reaktion auf den Feldzug von Napoleon, gegen den sich andere Staaten ungeachtet ihrer Ideologie zusammengeschlossen haben. Napoleon hätte den Status Quo herausgefordert, das internationale System darauf reagiert, indem es sich zusammengeschlossen hat. Henry Kissinger beschreibt das als eine realistische Koalition gegen die Herausforderung eines nicht-rationalen Akteurs.¹⁰¹

Kissinger sieht auch heute noch Herausforderungen für dieses rationale, “westfälische” Staatensystem, etwa in islamistischen Staaten (wie dem Iran) und Bewegungen (wie der Terrororganisation Islamischer Staat), deren expansionistische Ideologie eine dauerhafte Akzeptanz des Status Quo nicht zulassen würde.

Aus dem realistischen Verzicht auf wertegeleitete Außenpolitik ergibt sich ein völlig anderes Konzept von Souveränität als bei IdealistInnen und mit ihr eine unterschiedliche Einstellung zu Interventionen in fremdem Staatsgebiet. Menschenrechtsverbrechen sind als Beispiel keine ausreichende Begründung für den Eingriff in die Souveränität eines anderen Staates. Eine Intervention wird erst dann zum nationalen Interesse, wenn es die Sicherheit des eigenen Staates bzw. der Stabilität des internationalen Staatensystems gefährdet.

101 Kissinger 2014, Par. 2.131ff

Andere Dinge werden gleich gar nicht erst als Begründung vorgeschoben: “Realists aren’t always right, but at least we’re not hypocrites.”¹⁰² Das ohne Beleg von mehreren Präsidenten überlieferte Zitat “He may be a bastard, but he’s our bastard” über irgendwelche zeitgenössischen Diktatoren veranschaulicht diese realistische Ratio sehr schön. Wie ein fremder Staat geführt wird, ist für die Außenpolitik nicht relevant, solange dieser Staat im Sinne der eigenen nationalen Interessen handelt bzw. diese zumindest nicht gefährdet.

2.2.2.1 Neorealismus

Der klassische Realismus wurde seit den 1970er und 80er Jahren vor allem von Kenneth Waltz in den sogenannten “Neorealismus” oder auch “strukturellen Realismus” in neue Richtungen entwickelt und ist heute nicht mehr besonders verbreitet.

“[In] contemporary international relations theory classical realism is a minority perspective. The mainstream of the discipline is dominated by a more modern style of realism that focuses almost exclusively on the balance of power and by a “scientific” turn to the study of world politics emphasizing ahistorical abstractions and universal laws.”¹⁰³

Letzterer Begriff (“struktureller Realismus”) ist sperriger, deutet aber auf den bedeutenden Unterschied hin: Nicht nur ein natürlicher, intrinsischer Machthunger, sondern die Struktur des internationalen Staatensystems bedinge das Verhalten von Staaten: “The expectation is not that a balance, once achieved, will be maintained, but that a balance, once disrupted, will be restored in one way or another. Balances of power recurrently form.”¹⁰⁴

Diese Struktur kennt zwei Zustände, demnach gibt es zwei Systeme: Anarchie und Hierarchie. Hierarchie existiert, wenn ein Verhältnis von Autorität und Unterordnung und eine funktionale Ausdifferenzierung zwischen AkteurInnen besteht. Diese würden in hierarchischen Systemen eher “Bandwaggoning” betreiben, also sich mächtigeren Kräften anschließen. “Bandwagoners’ attempt to increase their gains (or reduce their losses) by siding with the stronger party.”¹⁰⁵

102 Walt 2012

103 Kirshner 2016

104 Waltz 1979, S. 128

105 Donnelly 2005, S. 35

Anarchie beschreibt die Abwesenheit eines solchen Verhältnisses, also im Prinzip die Beziehung wesensgleicher AkteurInnen, von dem jeder grundsätzlich für sich selbst sorgen muss. In einem anarchischen System würden Staaten eher nach “Balance” - also einem Mächtegleichgewicht - trachten. ““In anarchy [...] bandwagoning courts disaster by strengthening someone who later my turn on you. [...] ‘Balancers attempt to reduce their risk by opposing the stronger party.’”¹⁰⁶

Unterschiede zwischen Staaten wären laut Waltz “of capability, not function”. “States are alike in the tasks that they face, though not in their abilities to perform them. [...] States perform or try to perform tasks, most of which are common to all of them; the ends they aspire to are similar.”¹⁰⁷ Das Staatensystem sei demnach anarchisch, nicht hierarchisch.

Waltz will bei der Definition der internationalen Struktur der internen Struktur eines Staates keine Bedeutung zumessen. “We do not ask whether states are revolutionary or legitimate, authoritarian or democratic, ideological or pragmatic”¹⁰⁸ Was für die Analyse und Erklärungen zähle sei die internationale Rangordnung gemessen an Macht und Fähigkeiten, sagt Waltz. Diese sind demnach auch relativ zu sehen und Staaten würden nach “relative gains” trachten. Handlungen müssten dazu führen, dass man am Ende dadurch besser dasteht als andere. Das kann auch die Form annehmen, in einem Konflikt weniger zu verlieren.

Ähnliches unterstreicht auch Mearsheimer: “The theory pays little attention to individuals or domestic political considerations such as ideology. It tends to treat states like black boxes or billiard balls.”¹⁰⁹ Er anerkennt aber die Rolle, die diese Einflüsse zumindest gelegentlich spielen: “These omitted factors, however, occasionally dominate a state’s decision-making process.” Dies nicht erklären zu können sei der Preis für die notwendige Vereinfachung der Theorie.

Bedeutend für die Struktur ist im Neorealismus auch die Frage der Polarisierung des Systems. Unipolarität (eine unantastbare Macht im System), Bipolarität (zwei große Mächte) und Multipolarität (drei oder mehr Mächte) würden den Charakter des Systems ändern. Unipolarität wäre beispielsweise höchst instabil, Bipolarität ganz im Gegenteil würde große Kriege unwahrscheinlich machen.

106 Donnelly 2005, S. 36

107 Waltz 1979, S. 96.

108 Waltz 1979, S. 99

109 Mearsheimer 2001, Par. 11.36

“Multipolar systems are more war-prone than are bipolar systems, and that multipolar systems that contain especially powerful states—potential hegemonies—are the most dangerous systems of all”¹¹⁰

Hier unterscheidet sich der Neorealismus von Morgenthau's klassischem Realismus, der Multipolarität für stabiler als Bipolarität gehalten hatte. Waltz' Neorealismus wurde in der Folge noch weiter ausdifferenziert, die Unterschiede darin sind aber nicht allzu groß, das werde ich darauf in der Folge in gebotener Kürze eingehen.

2.2.2.1.1 Defensiver Realismus

Waltz selbst ist ein Vertreter des Defensiven Realismus. Diese interpretieren das Verhalten von Staaten als ein auf das Bewahren des Status Quo ausgerichtetes. Anstatt nach immer mehr Macht zu streben und ihr Heil in der Hegemonie zu suchen, wollen sie einfach immer nur stark genug sein, um ihre Sicherheit gewährleisten zu können. “The first concern of states is not to maximize power, but to maintain their position”¹¹¹

Staaten würden außerdem Balancing betreiben, sich also stets mit anderen Schwachen zusammenschließen, denn es ginge ihnen immer darum, größere Bedrohungen zu neutralisieren. Wer sich an dieses System nicht sozialisiere (also die von Waltz postulierten Regeln des internationalen Systems befolgt), habe zu viele Nachteile. Deshalb würden sich fast staatlichen Akteure schnell an diese Spiel angleichen.

Zurückhaltung sei ratsam, weil grandiose Vorhaben im Normalfall scheiterten:

“In a world with no central authority and many independent if unequal centers of power, the realm of foreign policy remains one where competition is endemic and where even the strongest of actors find it hard to impose their will at little or no cost. It remains a realm where chance and contingency loom large and where grandiose schemes and ambitious crusades usually fail.”¹¹²

2.2.2.1.2 Offensiver Realismus

Mearsheimer grenzt seine Theorie des “Offensiven Realismus” von Waltz ab. Deutlich ausformuliert hat er diese Abweichung im Jahr 2001, der “Offensive Realismus” ist also die jüngste

110 Mearsheimer 2001, Par. 11.13

111 Waltz 1979, S. 126

112 Walt 2014c

der hier besprochenen Strömungen. Auch bei ihm ergibt sich das Verhalten von Staaten signifikant aus der Struktur des internationalen Systems. Staaten würden aber nicht den Status Quo bewahren wollen, sondern stets um mehr Macht mit dem Ziel der Hegemonie ritteln. Dies sei langfristig gedacht die einzige verlässliche Sicherheitsgarantie.

Dies beruht auf fünf Grundannahmen: (1) Das internationale System sei anarchisch. Jeder starke Staat sei (2) ein rationaler Akteur und (3) habe offensive Fähigkeiten. (4) Kein Staat könne sich sicher über die Absichten der anderen sein und (5) das eigene Überleben sei das wichtigste Ziel für jeden. Diese Faktoren zusammengenommen “create powerful incentives for great powers to think and act offensively with regard to each other”. Deshalb müsse “any state bent on survival must be at least suspicious of other states and reluctant to trust them”. Die Abwesenheit einer zentralen Autorität, die im Notfall gegen Aggressoren helfen könnte, würde dieses Misstrauen noch verstärken. “In international politics, God helps those who help themselves.”¹¹³ Hegemonie sei der wahrscheinlichste Weg zu einer gesicherten Existenz:

“Given the difficulty of determining how much power is enough for today and tomorrow, great powers recognize that the best way to ensure their security is to achieve hegemony now, thus eliminating any possibility of a challenge by another great power. Only a misguided state would pass up an opportunity to be the hegemon in the system because it thought it already had sufficient power to survive.”¹¹⁴

Mearsheimer versteht seinen Offensiven Realismus explizit auch als Handlungsanleitung für Staatsleute. “States should behave according to the dictates of offensive realism, because it outlines the best way to survive in a dangerous world”. Staaten würden gelegentlich von dessen Prinzipien abweichen, das seien aber “törichte Akte”, die stets “negative Konsequenzen” hervorbrächten.

Für die USA sieht er die Strategie des “Offshore Balancing” als optimal vor: “offshore balancers believe there are three critical areas that no other hegemon should be allowed to dominate: Europe, the Persian Gulf, and Northeast Asia. Thus, it was important to fight Nazi Germany and Japan in World War II. American history suits us to be offshore balancers—not isolationists, not the world’s sheriff.”¹¹⁵

113 vgl. Mearsheimer 2001, Kapitel 1

114 Mearsheimer 2001, Par. 12.23

115 Mearsheimer bei Kaplan 2012

2.3 Unterschiede der Denkschulen bezüglich Interventionen

Obwohl in der Praxis kein Befolgen einer reinen Lehre möglich ist (und sich auch die Denkschulen wie gezeigt ohnehin immer wieder gegenseitig befruchten), kann man die beiden vorgestellten Traditionen also modellartig wie folgt trennen.

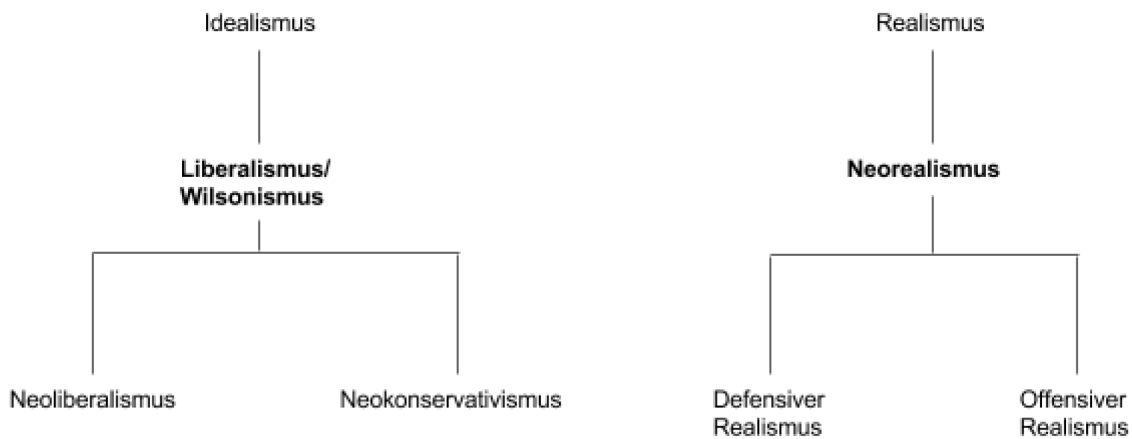


Abbildung 3: Modellartige Trennung der Denkschulen.

In der Folge stelle ich nun einige konkrete Auffassungs-Unterschiede im Verhalten der beiden Traditionen und ihrer Ausprägungen für die im Rahmen dieser Arbeit wichtigen Punkte gegenüber.

Es ist bedeutend, an dieser Stelle festzuhalten, dass unterschiedliche Denkschulen nicht zwangsläufig andere Handlungen in konkreten Situationen empfehlen müssen. Wie u.a. Mearsheimer festhält, fallen realpolitische Interessen gelegentlich mit liberalen Werten zusammen. So hätten beispielsweise die USA im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland und im Kalten Krieg mit der Sowjetunion nicht nur einen realistischen Herausforderer bekämpft, sondern auch einen ideologischen Gegner. Zudem kann man immer auch mit unterschiedlichen Denkweisen zum selben Ergebnis kommen.¹¹⁶

2.3.1 Internationale Institutionen

Internationale Institutionen existieren natürlich auch im Bezug auf die später in dieser Arbeit besprochenen Konflikte. Deshalb lohnt sich ein kurzer Blick auf den von Denkschulen erklärten Effekt, den diese auf das Verhalten von Staaten haben. Grob formuliert: “Realists and

116 Mearsheimer 2001, Par. 11.59

institutionalists particularly disagree about whether institutions markedly affect the prospects for international stability. Realists say no; institutionalists say yes”¹¹⁷.

Wilsonians wollen über internationale Institutionen, Frieden herstellen ihre Werte sichern und verbreiten. Insbesondere Neoliberale bestehen auch darauf, dass Institutionen diese Aufgabe erfüllen können und “Kooperation” erleichtern. Durch das Framen von akzeptablen Verhaltensweisen für Staaten oder auch Bereitstellung von Informationen, würden sie das tatsächliche Verhalten verändern - “institutions have their own rationale of existence and independently support international order”¹¹⁸. Neoliberale sind Universalisten, für die alle Staaten - also auch die Weltmacht USA - sich an gewisse Regeln halten sollten (die USA prägen diese Regeln aber als Hegemon).

“Building a liberal world order does not mean erecting a world government and usurping state sovereignty; rather, it is an agenda for strengthening the fabric of the international system, infusing it with rules, institutions, and other tools with which governments can manage their economies and societies. [...] this project is heavily dependent on the stable and well-functioning Westphalian system of states.”¹¹⁹

Neokonservative nehmen sich auch Ausnahmen heraus - das Recht unilateral zu handeln. Der American Exceptionalism legitimiert diese Verhaltensweise für sie, da die USA der Hegemon und gleichzeitig der Garant für eine liberale Weltordnung sind. Für sie ergeben Institutionen nur Sinn, wenn sie anderen die Regeln aufzwingen. Da ihr eigenes System ja universelle Werte ausdrückt, ergibt es für sie keinen Sinn, es zu beschränken.¹²⁰ “What is exceptional about American messianism is that it is the last imperial ideology left standing in the world, the sole survivor of imperial claims to universal significance.”¹²¹

NeorealistInnen betrachten Institutionen anders und haben manchmal gewisse Probleme sie als Phänomen der internationalen Politik zu erklären. Da sie die Welt für anarchisch halten und internationale Institutionen nicht die Form einer effektiven Weltregierung einnehmen könnten (also diese Struktur nicht in eine Hierarchie verwandeln), wurde lange und auch heute noch oft geleugnet,

117 Mearsheimer 1995, S. 7

118 Ben-Yehuda/Sandler 2002, S. 5

119 Ikenberry 2011b

120 vgl. Ignatieff 2005, S. 13f.

121 Ignatieff 2005, S. 16

dass Institutionen überhaupt irgendeinen Effekt auf das Verhalten von Staaten haben. Sie seien lediglich ein Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse. “[Institutions] cannot force powerful states to act against their own interests and they usually reflect the underlying balance of power in important ways.”¹²²

Der (defensive) Neorealist Josep Grieco hat “voice opportunities” als Erklärung angeboten, warum zumindest schwächere Mächte nach Institutionen streben¹²³. In solchen würden sie ein besseres Gehör für ihre Anliegen finden, als im rauschen der internationalen Anarchie. Das erklärt allerdings nicht wirklich, warum stärkere Staaten dieses “binding” zulassen. Es ist im Prinzip die gegenteilige These zu den Wilsonians, die in der Prägung globaler Institutionen eine Möglichkeit der Durchsetzung der Interessen mächtiger Staaten sehen.

	Neoliberalismus	Neokonservatismus	Defensiver Realismus	Offensiver Realismus
Wirkung	Universelle Regeln prägen Verhalten aller Staaten	American Exceptionalism ermöglicht Unilateralismus	Geringe Vorteile für schwächere Staaten	Bloße Manifestation tatsächlicher Machtverhältnisse

Tabelle 1: Wirkung von Internationalen Institutionen laut unterschiedlichen Denkschulen

2.3.2 Sicherheitskonzept

Ein System von Kollektiver Sicherheit ist für Wilsonians der Modus über den nicht nur Frieden in der Welt hergestellt wird, sondern über den auch Demokratie und Freiheit ihren Siegeszug auf der Welt antreten.

Das entspricht Wilsons Verständnis, wonach eine Ordnung unter einem autorisierten Regelwerk eine Vorbedingung für diese beiden Dinge sei.

Während Neoliberale universelle Institutionen verantwortlich machen wollen, genügt für Neokonservative oft auch selektiver Multilateralismus bzw. schlichter Unilateralismus.

Eine autorisierte Ordnung fehlt ihm anarchischen Staatensystem, das RealistInnen erkennen wollen. Ihnen ist insbesondere aus US-Sicht das Befolgen eines Systems von Kollektiver Sicherheit ein Dorn im Auge, weil es die nationale Souveränität und damit das Verfolgen von Eigeninteressen

¹²² Walt 2012

¹²³ Grieco (1996), zitiert bei Choi/Caporaso in Carlsnaes et.al. (2002), S. 487

beschränkt bzw. die USA in Konflikte verwickeln könnte, die nicht in ihrem Interesse liegen. Für sie schafft das Eigentinteresse Sicherheit, die eigene Macht zu erhalten oder auszuweiten.

Neoliberalismus	Neokonservativismus	Defensiver Realismus	Offensiver Realismus
Kollektive Sicherheit	Koalition der Willigen	Balance of Power	Balance of Fear

Tabelle 2: Was Sicherheit schafft

2.3.3 Souveränität von Staaten, Interventionen und Regime Change

Für Wilsonians endet die Souveränität einzelner Staaten bei der Verletzung übergeordneter Prinzipien, etwa den Menschenrechten.

“Several leading Western progressives have sought to legitimize armed humanitarian intervention, under the rubric of ‘the responsibility to protect.’ Others have gone even further, seeking to legitimize interference in the internal affairs of other countries if they develop nuclear arms, invoking ‘the duty to prevent.’ Both concepts explicitly make sovereignty conditional on states’ conducting themselves in line with new norms that directly conflict with the Westphalian one.”¹²⁴

In solchen Fällen optieren sie für internationale Maßnahmen, etwa militärische Interventionen oder wirtschaftliche Sanktionen. Hierbei unterscheiden sich Wilsonians in der Praxis nicht immer trennscharf, auf theoretischer Ebene lässt sich zwischen Neoliberalismus und Neokonservativismus aber eine Linie ziehen, nämlich bei der Frage “who should decide when violations of national responsibilities have reached the level that justifies an armed intervention and on what criteria the decision will be made.”¹²⁵

Neoliberale halten Völkerrecht und internationale Organisationen für die Orte, an denen Interventionen ausverhandelt werden und Normen geschaffen werden können, die Staaten zum uneigennütigen Intervenieren motivieren können. Sie verfolgen ein Projekt “of building an open and rule-based system organized around free trade, collective security, democratic solidarity, and

124 Etzioni 2011

125 Etzioni 2011

institutionalized cooperation [...] culminating in the recent emergence of the responsibility-to-protect norm.”¹²⁶

Neokonservative haben eine viel niedrigere Hemmschwelle, militärische Macht zur Verbreitung oder Sicherstellung dieser Prinzipien auch unilateral einzusetzen. Die Frage ist eher, ob eine Aktion legitim (also moralisch rechtfertigbar) als legal (also völkerrechtlich gedeckt) ist.

RealistInnen betrachten die Interna von Staaten in viel stärkerem Ausmaß als eine Frage souveräner Entscheidungen. Erst bei Aggressionen gegenüber bzw. Gefahr für andere Staaten wird das von ihnen bevorzugte Balance of Power-System schlagend, das im Regelfall zu einer Stabilisierung des Status Quo führen soll. Sie verfolgen eine striktere “Westfälische Norm” der Nichtintervention in fremde Angelegenheiten.

Die Einschätzungen über die Option militärischer Einsätze sowie ihre Wirkung und Erfolgsaussichten werden für die vorliegende Arbeit von besonderer Bedeutung sein. Militärische Konfrontation gibt es logischerweise in allen Denkschulen. Bei der Bewertung der Notwendigkeit und damit auch der Rechtfertigung von Interventionen lassen sich zwischen RealistInnen und IdealistInnen aber klare Unterschiede feststellen.

RealistInnen lassen das Militär ausrücken, wenn die Sicherheit bzw. das nationale Interesse des eigenen Staates gefährdet (defensiv) ist oder deutlich verbessert werden kann (offensiv). Eine Demokratisierung ist kein Primärziel für ihre Außenpolitik.

“I think that the United States almost always acts in its own interest. We rarely ever act for noble reasons. The United States does not sacrifice blood and iron for the purposes of human rights or for higher moral causes. We act in basically a realpolitik fashion. And I don't think you can argue that we were successful in cases where we acted for purposes of protecting the local population and we failed when we were pursuing our own interests.”¹²⁷

Moral ist höchstens insofern relevant, als dass sie das Leben eigener BürgerInnen höher bewerten als die Schutzansprüche anderer Menschen, was zusätzlich gegen humanitäre Interventionen sprechen kann. Wer über grenzüberschreitende moralische Verpflichtungen wie die R2P spreche,

126 Ikenberry 2011b

127 Mearsheimer im Interview mit NPR (25.9.2002)

argumentiere immer “im Rahmen des ‘liberalen’ Paradigmas internationaler Politik. Denn aus ‘realistischer’ Sicht besteht Verantwortung zuallererst in der Durchsetzung nationaler Interessen. Eigene Staatsbürger zur Rettung anderer in den Krieg zu schicken, ohne dass grundlegende nationale Interessen auf dem Spiel stehen, ist aus Sicht der realistischen Denkschule moralisch verantwortungslos.”¹²⁸

Ein Regime Change hin zu einer Demokratie kann für RealistInnen kaum erfolgreich verlaufen, wenn er nur durch externe Mächte aufgezwungen wird:

“The idea that the United States could march in, depose the despot-in-chief and his henchmen, write a new constitution, hold a few elections, and produce a stable democracy — presto! — was always delusional, but an awful lot of smart people bought this idea despite the abundant evidence against it.”¹²⁹

Die erfolgreichen Fälle, etwa in Deutschland oder Japan nach dem Zweiten Weltkrieg, wären laut Walt möglich gewesen dank institutioneller Vorbedingungen, langem Nationbuilding und die Tatsache, dass nicht die USA diese Länder angegriffen hätte, sondern umgekehrt. Ein Regime Change sei danach unumgänglich geworden.

Damit ist er nicht notwendigerweise weit von allen Wilsonians entfernt. Auch Neoliberale sind bezüglich der Möglichkeit einer extern aufgezwungenen Demokratisierung sehr skeptisch.

In der Beschreibung ihrer wilsonistischen Tradition schreibt Anne-Marie Slaughter:

“The League [of Nations] was intended to be a high wall behind which nations could exercise their right of self-determination, an exercise Wilson did indeed hope would produce liberal democracies, but which he did not propose to direct or even shape.”¹³⁰

Wilson (und mit ihm die Neoliberalen, die Slaughter als seine einzigen legitimen Erben darstellt) habe aus eigener Erfahrung in den USA gewusst, dass die Bedingungen für eine Demokratie zu komplex sein, um von außen aufgezwungen zu werden. Neoliberale propagieren also humanitäre Interventionen auf Basis von Multilateralismus und institutionellen Entscheidungen einer

128 vgl. Rudolf 2013

129 Walt 2016a

130 Slaughter 2009, S. 96

Schutzverantwortung folgend und finden Regime Change denkbar, aber keine militärischen Demokratisierungen.

Neokonservative hingegen rechtfertigen eine Intervention, sobald sie bestimmte Werte und Prinzipien gefährdet sehen. Sie sehen es als eine moralische Verpflichtung, diese notfalls militärisch zu schützen oder per Regime Change zu verbessern, auch wenn vorher keine Gefahr für die internationale Staatengemeinschaft besteht. Darüber hinaus gehört das für sie zur Arbeit an einer hegemonialen Weltordnung.

	Neoliberalismus	Neokonservatismus	Defensiver Realismus	Offensiver Realismus
Sind Staaten souverän?	Völkerrechtlich bedingt	Moralisch bedingt	Ja	Ja
Humanitäre Interventionen	Ja	Ja	Nein	Nein
Externer Regime Change	Denkbar	Ja	Nein	Nein
Militärische Demokratisierung	Nein	Ja	Nein	Nein

Tabelle 3: Vereinfachte Darstellung von Einstellungen zu Interventionen und ihren Zielen

2.4 Aktuelle Relevanz der Denkschulen in den USA

2.4.1 Die Stimmung in der Bevölkerung

Die Einstellungen der AmerikanerInnen zur Rolle ihres Landes in der Weltpolitik ist seit den 1990er-Jahren recht konstant.

In einer seit Jahrzehnten wiederholten Studie des Pew Research Centers¹³¹ wollten Ende 2013 56 Prozent, dass die USA die einzige militärisches Supermacht bleiben, während 32 Prozent eine bi- oder multipolare Welt akzeptabel fanden.

12 Prozent wollten, dass die USA die Welt aber nicht nur anführen können, sondern das auch tun, wohingegen ebenso 12 Prozent der Bevölkerung nichts mit der Führungsrolle zu tun haben. 72 Prozent wollten die Führungsrolle teilen, wobei 20 Prozent dabei die aktivste Rolle in der Weltgemeinschaft einnehmen wollten, während 51 Prozent die USA einfach nur als “so aktiv wie andere” sehen wollen.

Für 51 Prozent taten die USA zu diesem Zeitpunkt “zu viel”, um die Weltprobleme zu lösen. 28 Prozent waren mit dem Einsatz einverstanden. Für 17 Prozent war es “zu wenig”. Es gab dabei nur geringe Unterschiede zwischen selbst-identifizierten DemokratInnen, RepublikanerInnen und Unabhängigen. Die Forderung nach einem teilweisen Rückzug aus dem internationalen Geschäft wird aber immer populärer und erreichte 2013 ihren Höhepunkt.

In sinkender Anzahl aber immer noch mehrheitlich wollen die AmerikannerInnen, dass ihre Regierung mit der UNO kooperiert (2013: 56 Prozent Zustimmung vs. 34 Prozent Ablehnung) und seine Hauptverbündeten einbezieht (77 vs. 15 Prozent). Aber auch die Zustimmung zu unilateralem Vorgehen wächst stetig (38 vs 56 Prozent). Letzteres ist besonders populär unter RepublikanerInnen, die gleichzeitig weniger von der UNO halten.

Wie populär sind konkret wilsonistische Ideen? Als Ziel der Außenpolitik stimmten 18 Prozent zu, man solle “Demokratie in anderen Nationen verbreiten”. 33 Prozent sagten dasselbe über die “Verbreitung und Verteidigung der Menschenrechte”, 37 Prozent wollen “die UN stärken”. Auch

131 vgl. PEW Research 2013

diese Daten sind gegenüber ähnlichen Befragungen seit den 90ern einigermaßen konstant, wenn auch UNO und die demokratische Mission interessanterweise in einer Befragung unmittelbar vor den Anschlägen von dem 9. September 2001 aber etwas populärer waren.

Deutlich wichtigere Ziele für die Außenpolitik sind für viele konkretere Sicherheits-Themen wie der Schutz vor Terrorismus (80 Prozent) oder der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (73 Prozent). Außerdem befanden 63 Prozent, dass Stabilität im Mittleren Osten Stabilität wichtiger als Demokratie (28 Prozent) sei.

Aus diesen Daten lässt sich ablesen, dass auch die US-Bevölkerung im Zwiespalt zwischen wilsonistischer Mission (Multilateralismus, UNO-Engagement, Demokratieverbreitung, Menschenrechtsschutz) und realistischem Sicherheitsdenken (Unilateralismus, ein stabiles Staatensystem, Non-Interventionismus) ist.

Sowohl wilsonistische Ideale als auch realistische Ziele genießen populären Rückhalt, wiewohl ein Mehr an wilsonistischer Mission offenbar eher ein Minderheitenwunsch und ein Beharren auf realistischem Eigeninteresse eher bevorzugt wird. Das muss freilich nicht bedeuten, dass diese Ansichten deshalb die Formulierung und Ausführung US-Außenpolitik dominieren.

2.4.2 Aktuelle Vertreter der Denkschulen

Für die folgende Klassifizierung der US-Außenpolitik im empirischen Teil dieser Arbeit ist es notwendig, publizierende VertreterInnen der jeweiligen Denkschulen zu finden, anhand deren Positionen in der Folge die konkrete Politik eingeordnet wird. Da nicht alle VertreterInnen immer zu jeder aufkommenden Frage publiziert haben, erstelle ich für jede Denkschule einen kleinen repräsentativen Pool an AutorInnen, auf deren Äußerungen ich in der folgenden Untersuchung zurückgreifen werde.

Was die Gegenüberstellung aus Kapitel 2.3 gezeigt hat, ist dass sich defensiver und offensiver Realismus zwar prinzipiell, aber in den konkreten Fragen dieser Arbeit nur marginal unterscheiden. Deshalb werde ich ihre Vertreter in einen gemeinsamen Pool fassen.

2.4.2.1 Neoliberale

Prominente Autoren der neoliberalen Tradition sind Anne Marie-Slaughter (“neoliberalism, authored by people like John Ikenberry and me [who] indeed favor multilateralism over unilateralism, as stated. Our commitment, however, is not to cooperation and collective action but rather to an entire liberal international order—an integrated set of rules, institutions, and practices that allow nations to achieve positive-sum outcomes. We support liberal democracy, but reject the possibility of democratizing peoples. The better path, the only successful path, is to liberalize democratic processes and institutions where they already exist.”¹³²) und der von ihr angesprochene G. John Ikenberry (ein Befürworter der US-Strategie von “deep engagement”, also der Schaffung, Erhaltung und des Ausbaus der liberalen Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, der sich leider selten zu aktuellen Themen äußert).

Zu dieser Tradition zählen unterdessen auch Joseph Nye (“If it wishes to prolong the American century, the United States must shape the international environment and create incentives for others through trade, finance, culture, and institutions, and forming networks and institutions for action.”¹³³) und Robert Keohane, die unter anderem zusammen wesentliche Beiträge zur Theorien über Interdependenz und Institutionen geliefert haben.

132 Slaughter 2009, S. 90f

133 Nye 2015, Par. 45.12

Vor allem Nye¹³⁴ und Slaughter¹³⁵ publizieren mit größerer Regelmäßigkeit zu aktuellen Themen - etwa beim "Project Syndicate"-Magazin und werden hier als maßgebliche VertreterInnen dieser Schule dinen.

Slaughter gilt als Vertraute von Hillary Clinton (unter der sie auch im Department of State als Beraterin tätig war), und wie Clinton als etwas interventionistischer veranlagt, wenn internationale Normen verletzt werden, was sich erwartungsgemäß auch in der späteren Analyse zeigen wird. Sie ist als "liberal interventionist" hier auch als eine etwas näher an den Neokonservativen verortbare Neoliberale im Pool vertreten, während die anderen drei Vertreter eher dem "liberal internationalism" zuzuordnen sind.

2.4.2.2 Neokonservative

Robert Kagan war neben William Kristol einer der Gründer des neokonservativen Thinktanks "Project for a New American Century" und des Nachfolgeprojekts "Foreign Policy Initiative". Beide publizieren regelmäßig zu aktuellen und auch internationalen Themen, Kagan (der auch Mitglied des Thinktanks "Brookings Institution" ist) etwa in der Washington Post¹³⁶, Kristol im neokonservativen Weekly Standard¹³⁷.

Charles Krauthammer ist ein weiterer prominenter Neokonservativer, der mit einer regelmäßigen Kolumne auch zu internationalen Themen publiziert.¹³⁸ Krauthammer selbst nennt Neokonservatismus lieber "Democratic Globalism" ("long elaborated by such thinkers as Robert Kagan and Bill Kristol"¹³⁹) und befürchtet darunter eine Denkschule, die die USA in einen "overstretch" führt. Er hat deshalb seine These des selbstbenannten "Democratic Realism" formuliert, eine Art Neokonservatismus, der seinen Interventionismus aber nicht mehr universell auslegt, sondern auf strategisch bedeutsame Regionen beschränkt,¹⁴⁰ "where it counts. [...] [Today

134 Das Project Syndicate-Archiv von Nyes Kolumnen <https://www.project-syndicate.org/columnist/joseph-s--nye>

135 Das Project Syndicate-Archiv von Slaughters Kolumnen <https://www.project-syndicate.org/columnist/anne-marie-slaughter>

136 Das WaPo-Archiv von Kagans Kolumnen <https://www.washingtonpost.com/people/robert-kagan>

137 Das TWS-Archiv von Kristols Kolumnen <http://www.weeklystandard.com/author/william-kristol>

138 Das WaPo-Archiv von Krauthammers Kolumnen <https://www.washingtonpost.com/people/charles-krauthammer>

139 Krauthammer 2004, S. 19

140 vgl. Krauthammer 2004

that is against the] Arab-Islamic totalitarianism that has threatened us in both its secular and religious forms for the quarter-century since the Khomeini revolution of 1979.”¹⁴¹

Ein ähnlicher Fall ist Kori Schake, die sich als eine Art softe Neokonservative gibt. Schake, eine Beraterin von John McCain im Wahlkampf 2008 und Forscherin am tendenziell konservativen Hoover Institution-Think Tank spricht sich etwa durchaus für militärische Interventionen und demokratisches Nation Building aus (“Our failures are not the result of intervening in the wrong places. [...] we can choose whether and how to intervene.”), kritisiert aber die aus hegemonialer Selbstzufriedenheit resultierenden, mangelhaften Fähigkeiten und fehlenden Strategien der USA in diesem Bereich (“Our failures are the result of growing lazy at the practice of strategy. [...] The United States has such a wide margin of error that our political leaders are able to get by without developing proficiency in the prudential use of our national strengths [...] a costly way to do a nation’s business, both financially and morally..”) und plädiert zumindest abstrakt anders als viele ihrer in Allmachtsfantasien schwebenden neokonservativen Zeitgenossen für Zurückhaltung dort, wo man nicht die nötigen Ressourcen für einen solchen Aufbau investieren möchte¹⁴². Schake publiziert immer wieder in verschiedenen Medien zu aktuellen Themen, darunter fällt auch eine regelmäßige Web-Kolumne in Foreign Policy.¹⁴³

2.4.2.3 Neorealisten

John Mearsheimer ist der Begründer des Offensiven Realismus. Mearsheimer hat diese Abgrenzung entwickelt und publiziert zu aktuellen Themen nicht mit einem vergleichbaren Output wie andere hier genannte Autoren, wenn doch dann in Magazinen wie The National Interest, als Interviewpartner oder in rein wissenschaftlichen Publikationen¹⁴⁴.

Bemerkenswerterweise publiziert Mearsheimer häufig gemeinsam mit Stephen Walt, dem aktuell wichtigste und eifrigste Autor auf dem Gebiet des defensiven Realismus. Walt publiziert regelmäßige Kolumnen zu internationalen Themen im US-Magazin Foreign Policy und wird in der Analyse aufgrund der hohen Frequenz eine wichtige Rolle für diese Analyse spielen.¹⁴⁵

141 vgl. Krauthammer in einer Rede am American Enterprise Institute (10.2.2014)

142 vgl. Schake 2016b

143 Das FP-Archiv von Schakes Kolumnen <http://foreignpolicy.com/author/kori-schake/>

144 Liste von Mearsheimer-Publikationen auf seiner Webseite <http://mearsheimer.uchicago.edu/all-pubs.html>

145 Das FP-Archiv von Walts Kolumnen <http://foreignpolicy.com/author/stephen-m-walt/>

Ein anderer prominenter defensiver Neorealist mit gelegentlichen Publikationen¹⁴⁶ und Statements in Medien zu aktuellen Krisen ist Barry R. Posen, ein Professor für Internationale Beziehungen am MIT. Er appelliert unter dem Schlagwort “Restraint” für eine sehr anti-interventionistische Grand Strategy, deren Zweck sei folgendermaßen zu definieren: “[P]rotecting U.S. territorial integrity, sovereignty and safety and the power position needed to secure them in an uncertain world.”¹⁴⁷

Eher in der Schule der offensiven Realisten ist Robert Kaplan¹⁴⁸, wenn auch mit einigen Einflüssen aus der Geopolitik (des Einflusses der Geographie auf die internationale Politik) und dem klassischen Realismus - etwa die größere Betonung der Rolle interner Strukturen in Staaten oder der Persönlichkeit von Staatsleuten: “Die Geschichte geht rein technisch betrachtet voran, aber die menschliche Natur bleibt Herrscherin. Und diese Natur, hat Thukydides gesagt, wird bestimmt von Angst, Eigeninteresse und Ehre. Deshalb wird es auf alle Zeit Konflikte geben.”¹⁴⁹ Kaplan publiziert in größeren Abständen und unterschiedlichen Medien.

Neoliberale	Neokonservative	Neorealisten
G. John Ikenberry Joseph Nye Robert O. Keohane Anne-Marie Slaughter	Robert Kagan Charles Krauthammer William Kristol Kori Schake	Robert Kaplan John J. Mearsheimer Barry Posen Stephen Walt

Tabelle 4: Pools ausgewählter Vertreter der behandelten Denkschulen

146 Liste von ausgewählten Posen-Publikationen auf seiner MIT-Webseite
http://web.mit.edu/ssp/people/posen/faculty_posen.html

147 Posen 2014

148 siehe Kaplan 2012 für eine vehemente Verteidigung von Mearhsheimers Theorie

149 Kaplan im Interview mit Die Welt (7.2.2016)

3 Empirische Untersuchung zu Syrien und Libyen

3.1 Zu Methode und Prozess

In dieser Arbeit wird es nun darum gehen, die Debatten zwischen den in Kapitel 2.4.2 ausgewählten VertreterInnen der erörterten Denkschulen rund um die in der Folge vorgestellten Konflikte zu analysieren.

Methodisch ist das eine qualitative Inhaltsanalyse von Expertenliteratur. Die Interpretationen, Handlungsanleitungen und das Framing der ExpertInnen zum Verhalten der Vereinigten Staaten in den jeweiligen Konflikten werden erhoben, ihren jeweiligen Denkschulen zugeordnet und diese im Anschluss analytisch zusammengefasst.

Dazu wurde eine möglichst vollständige Sammlung an veröffentlichter Literatur, öffentlichen Vorträgen und Äußerungen durch diese ExpertInnen in Medien zwischen den Beginn der Konflikte und April 2016 erhoben (insgesamt rund 200 Quellen) und diese dann auf ihren Bezug zu den Konflikten untersucht unter besonderer Berücksichtigung der grundlegenden in Kapitel 2.3 erarbeiteten Unterschiede zwischen den Denkschulen.

In einem finalen Schritt wurden sie mit Stellungnahmen und Handlungen der Regierung Obamas abgeglichen, um eine Verortung dieser im erarbeiteten Spektrum zu ermöglichen. Dieser zusätzliche Schritt hat sich im Laufe der Arbeit als glückliche Fügung ergeben, da der US-Journalist Jeffrey Goldberg im April 2016 in *The Atlantic* einen Artikel¹⁵⁰ veröffentlicht hat, der dafür optimales Material hervorgebracht hat. Goldberg hat Obama und Vertreter seiner Regierung in unzähligen Interviews über Jahre hinweg praktisch alle Fragen gestellt, die zu einem Vergleich mit meinen Untersuchungen taugen. Es stimmt: “Goldberg does future historians a valuable service by setting out in detail the president’s reasoning.”¹⁵¹ Aber er hat auch für mich eine Tür geöffnet. Wo nötig und möglich, habe ich diese um andere Quellen (etwa offizielle Reden oder Interviews) ergänzt.

150 vgl. Goldberg 2016

151 Ferguson 2016

3.2 Die Konflikte in Syrien und Libyen

Diese Arbeit liefert und versucht keine vollständige Beschreibung und Erklärung der Konflikte in Syrien und Libyen. Sie werden nur zum besseren Verständnis kurz umrissen. Sofern genauere Erörterungen darüber hinaus für die Untersuchung bedeutsam werden, werden sie an Ort und Stelle hinzugefügt. Der Beobachtungszeitraum endet auch hier im April 2016, also jeweils etwa fünf Jahre nach dem Beginn der Konflikte.

3.2.1 Libyen

Anfang 2011 schwappte der sogenannte “Arabische Frühling”, eine Welle von Volkserhebungen in Nordafrika und dem Nahen bis Mittleren Osten, auch auf Libyen über. “Gewiss war die Zusammensetzung der Aufständischen und die strukturellen Voraussetzungen für einen Umsturz in Libyen anders als in den restlichen nordafrikanischen Staaten, der Oberst aus Tripolis antwortete jedoch mit schwerem Gerät und versuchte die Rebellion im Keim zu ersticken.”¹⁵²

“Soziale Forderungen der städtischen Unterschicht, Proteste gegen Willkür und Korruption und Forderungen nach Demokratisierung und Einhaltung elementarer Menschenrechte wurden lauter.” Die Demonstrationen im Februar eskalierten sehr bald und es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den vor allem in der ostlybischen Hafenstadt Benghazi verwurzelten RebellInnen und dem Staatsapparat von Langzeit-Diktator Muammar al-Gaddafi.

Gaddafi setzte dabei schwere Waffen ein, die zumindest auch die Zivilbevölkerung betrafen, und wurde im Verlauf des Konflikts mehrmals Kriegsverbrechen verdächtigt. Beim Vormarsch seiner Truppen auf Benghazi stieß Gaddafi Drohungen gegen die RebellInnen aus, die als Ankündigung zum Völkermord gewertet werden konnten.¹⁵³

Ende Februar verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1970, die Gaddafi unter Berufung auf Kapitel 7 der UN-Charta (Zwangsmaßnahmen zur Konfliktbeendigung) an seine “Responsibility to Protect” erinnerte. Da die libyschen Truppen allerdings weiter gegen die Zivilbevölkerung und RebellInnen voringen, griff die internationale Staatengemeinschaft im März nach der von Frankreich, Libanon und Großbritannien vorangetriebenen Verabschiedung von UN-

152 vgl. Edler 2015, S. 73ff

153 vgl. Edler 2015, S. 57ff

Resolutionen 1973 (17. März) mit Luftschlägen (19. März) und der Etablierung einer No-Fly-Zone unter Protest der libyschen Regierung in den Konflikt ein. Mit breitem internationalen Mandat (die Resolution wurde mit zehn Pro-Stimmen und fünf Enthaltungen - darunter China, Russland und Deutschland - im Sicherheitsrat angenommen) aber unter signifikanter Führung von NATO-Staaten drängte sie die staatlichen Truppen zurück.

Ein Regime Change war nicht expliziter Teil der Resolutionen, Gadaffi wurde aber unter anderem von den Staatschefs der USA, Frankreich und Großbritanniens zum Rücktritt aufgefordert, die sich keine Konfliktlösung mit ihm als Akteur vorstellen konnten.

“But it is impossible to imagine a future for Libya with Qaddafi in power [...] There is a pathway to peace that promises new hope for the people of Libya — a future without Qaddafi that preserves Libya’s integrity and sovereignty, and restores her economy and the prosperity and security of her people”¹⁵⁴.

Gadaffi gab diesen Aufforderungen aber nicht statt.

Bis Juli hatten viele Staaten, darunter die USA, die Opposition als legitime Regierung anerkannt, im August galt der Bürgerkrieg für Gadaffi als verloren, im Oktober wurde er nach oder bei seiner Ergreifung getötet. Die internationale Gemeinschaft entsandte allerdings keine Truppen zum Nationbuilding nach Libyen (lediglich die UNSMIL-Mission zur politischen Unterstützung bei der demokratischen Transition wurde vom UN-Sicherheitsrat genehmigt), sondern beendete ihre Intervention offiziell mit Ende Oktober.

Die von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Nachfolgeregierung konnte keine Stabilität im Nachkriegs-Libyen herstellen, sondern sah sich mit einem fortgesetzten Bürgerkrieg konfrontiert. “Nearly three and a half years after Libyan rebels and a NATO air campaign overthrew Muammar al-Qaddafi, the cohesive political entity known as Libya doesn’t exist”¹⁵⁵.

Die neue Regierung (die 2012 und 2014 durch Wahlen bestätigt wurde) kontrolliert den Süden und Osten des Landes, eine konkurrierende islamistisch unterstützte Regierung wesentliche Teile des Nordwestens. Internationale Bemühungen zielen auf eine Einigung dieser beiden Gruppierungen ab

154 Obama, Cameron & Sarkozy 2011

155 Wehrey 2015

und konnten immer wieder Waffenstillstände und Friedensgespräche bewirken, aber auch die Terrororganisation Islamischer Staat hat in Libyen an der Nordküste Fuß gefasst, ihre Stärke wächst laut Berichten.¹⁵⁶ Ab 2014 bekannten sich libyschen Konfliktparteien zum IS.

Nachdem es Ende 2015 es zu einer bröckeligen Waffenruhe zwischen einigen Parteien kam, wurden laut Medienberichten in den USA und auch innerhalb der US-Regierung Stimmen zu einer erneuten Intervention in Libyen laut, um auch dort den schnell wachsenden IS zu bekämpfen. Bis zum Ende der Beobachtungsphase kam es aber nicht dazu. Medien berichteten, Obama sei nicht dazu bereit und wolle stattdessen mehr Ressourcen in die Unterstützung der libyschen Regierung investieren.¹⁵⁷

3.3.1.1 Libyen laut den Neoliberalen

Slaughter befürwortete von Beginn weg eine Intervention per “no-flight-zone”: “Any use of force must be carefully and fully debated, but that debate has now been had. [...] It is time to act.”¹⁵⁸

Sie sah eine Chance auf einen Neuanfang mit mehr Glaubwürdigkeit für die USA als Freund der Menschen in der muslimischen Welt: “It’s hard to imagine something more in our strategic interest.” Zudem gelte es falsche Anreize für andere Despoten zu vermeiden, denn “if Colonel Qaddafi wins, regimes across the region will conclude that force is the way to answer protests.” Ihr war aber klar: “We should not expect a rosy, Jeffersonian Libya.”¹⁵⁹ Der Illusion einer schnellen Demokratisierung gab sich Slaughter also nicht hin, ihr ging es in erster Linie um humanitären Schutz.

Mit ihrem Zweifel sollte sie Recht behalten, offenbar konnten diverse Schwierigkeiten nach der Intervention nicht beseitigt werden “The instability and violence in Libya is due to many factors, but one of them is the difficulty of reestablishing order after months of conflict in a country awash with guns.”¹⁶⁰

Nye verglich die multilaterale Intervention mit dem unilateralen Einsatz gegen Osama bin Laden und urteilt, dass in Libyen “the national interests were not as clear”.¹⁶¹ Dennoch war er ein

156 vgl. The Atlantic (9.2.2016)

157 vgl. New York Times (4.2.2016) und Guardian (27.1.2016)

158 vgl. Slaughter 2011

159 ebd.

160 vgl. Slaughter 2012b

161 vgl. Nye 2012a

Fürsprecher der Intervention und unterstütze darüber hinaus auch einen Regime Change in Libyen. “I am on record supporting [Gadaffi’s] overthrow” - ohne aber explizit zu sagen, dass die USA diesen aktiv herbeiführen sollten.¹⁶² Später bezeichnete er es als negative Auswirkung dieses Mission Creep (also das tatsächliche Übertreten des humanitären UN-Mandats in Libyen durch den Regime Change), dass eine Einigung der internationalen Gemeinschaft auf eine Intervention in Syrien deutlich erschwert wurde.¹⁶³ Er feierte die Libyen-Intervention als gelungenen Einsatz der Responsibility to Protect: “Until last year, many observers regarded R2P as at best a pious hope or a noble failure“, eine Wahrnehmung, die er offenbar für verfehlt hielt. “But Russia, China, and other countries felt that NATO exploited the resolution to engineer regime change, rather merely protecting citizens in Libya.“¹⁶⁴

Für Keohane waren die Bedingungen einer gerechtfertigten Intervention erfüllt “although I recognize that there is a lot of risk here, especially the risk of anarchy and division among the revolutionaries”. Es habe ein klares Ziel (Ghaddafi absetzen) gegeben und eine UN-Sicherheitsrats-Resolution (wenn diese beiden Elemente auch nicht übereingestimmt haben), die Kriterien der Responsibility to Protect wären erfüllt gewesen und eine Opposition im Land sei vorhanden gewesen (wenn deren Fähigkeit zu einer Nachfolgeregierung auch fragwürdig gewesen seien).¹⁶⁵

Slaughter plädierte vor der Intervention für eine Anerkennung des Libyan National Council, also der politischen Opposition Ghaddafis, als legitime Regierung des Landes (mehr oder weniger ein diplomatischer Regime Change) und das Streben nach einer Resolution des UN-Sicherheitsrats. Blicke diese aus, müsse man jedoch nicht untätig bleiben. Für diesen Fall schlug sie eine enge Kooperation mit der libyschen Opposition (“give any assistance it requests”) und Arabischen Liga vor.¹⁶⁶ Nachträglich bewertete sie diese Forderungen offenbar als erfüllt, denn als sie über das erwünschte Vorgehen in Syrien sprach, zog sie den Libyen-Einsatz als positives Beispiel heran: “As in Libya, the international community should not act without the approval and the invitation of the countries in the region that are most directly affected [...]”¹⁶⁷

162 vgl. Nye 2011a

163 vgl. Nye 2014a

164 vgl. Nye 2012

165 vgl. Keohane 2011

166 Slaughter 2011

167 vgl. Slaughter 2012

Nye lobt Obama für den Aufwand um die multilaterale Tragfähigkeit der Mission: “When President Barack Obama delayed intervening in Libya for weeks, he was criticized for failing to lead. [...] Instead, Obama demonstrated what smart leadership means in today’s world.”¹⁶⁸ Er bezeichnet es als “as an example of a smart combination of hard and soft power.”¹⁶⁹ Erst Jahre später bezeichnet Nye den Eingriff als Debakel, weil der IS in Libyen Fuß fasste.¹⁷⁰

Ikenberry empfindet das Burden Sharing als positiv, insbesondere im Vergleich mit dem außergewöhnlich teuren, Quasi-Alleingang im Irak-Krieg: “In [...] Libya, U.S. allies bore more of the burden, controlling for the size of their economies and populations [than Iraq].”¹⁷¹

3.2.1.1 Libyen laut den Neokonservativen

Im allgemeinen Jubel seiner neokonservativen Sitte zu Beginn des Arabischen Frühlings plädierte Krauthammer (“Now [...] everyone is a convert to Georg W. Bush's freedom agenda”) für ein Engagement in Libyen: “In conditions of active civil war, taking command of Libyan airspace requires a sustained military engagement.”¹⁷²

Schake hielt es zu diesem Zeitpunkt für einen schweren Fehler, multilateralen Unterstützung zu suchen. Die Regierung könne diese realistischerweise nicht bekommen. Zudem wolle Obama offenbar gar nicht intervenieren, deshalb sei die Angelegenheit statt einer Intervention besser damit erledigt, Gadaffi mit “soft power” zum Abdanken zu bewegen, indem man ihm einen Ausweg schaffe.¹⁷³

Schake änderte ihren Zugang in den Tagen darauf: “If the Obama administration decides a no-fly zone needs doing, it ought not to jump from there to the United States establishing and enforcing it.” Man solle nur das beitragen, was andere realistisch nicht leisten könnten, und den Rest von Koalitionspartnern erledigen lassen.¹⁷⁴

168 vgl. Nye 2011a

169 Nye im Interview mit The Diplomat (26.7.2012)

170 Nye 2015a

171 Ikenberry 2012

172 vgl. Krauthammer 2011

173 vgl. Schake 2011

174 vgl. Schake 2011a

Als sich die USA in der Sitzung rund um die UN-Resolution 1973 (die am 17. März eine Intervention legitimierte) eher zurückhielt, urteilte Schake “Obama just isn’t willing to bear much freight for other peoples’ freedom.”¹⁷⁵ Tags darauf (19. März) begann der NATO-Einsatz. Krauthammer verspottete Obama dafür, internationale Legitimation und Unterstützung gesammelt zu haben.

“True, it took three weeks to put this together, during which time Moammar Gaddafi went from besieged, delusional [...] thug losing support by the hour — to resurgent tyrant who marshaled his forces, marched them to the gates of Benghazi. [...] But what is military initiative and opportunity compared with paper?”

Ganz ohne institutionelle Formalitäten will sich aber auch Krauthammer nicht aufhalten, denn er kritisierte Obama dafür, auf eine Autorisierung des Einsatzes durch den US-Kongress verzichtet zu haben.¹⁷⁶

Später nannte er das US-Verhalten “American buck-passing on Libya“ und schmähte “Leading from behind“ sei “not leading. It is abdicating“. ¹⁷⁷ Schake legte wortgewaltig nach: “a leader in the back of the formation is a coward.“¹⁷⁸

Zudem falle der internationale Support ohnehin schon wieder in sich zusammen. “[W]ho knows what American policy is. Administration officials insist we are not trying to bring down Gaddafi, even as the president insists that he must go.”¹⁷⁹ Schake meinte, die schwache Führung der USA würde verhindern, dass Verbündete die Mission angemessen schulterten.¹⁸⁰ Sie wisse immer noch nicht, ob die Regierung ein US-Interesse in Libyen festgestellt hätte.¹⁸¹

Die lobende Stimme unter den Neocons war Kagan: “This was a major triumph for the Atlantic alliance.“ Man habe viele Menschen gerettet und den Arabischen Frühling prolongiert. Obwohl die USA weniger taten als sie gekonnt hätten, “the destruction of Gaddafi’s regime is still a great accomplishment for the Obama administration“. Ohne Obamas national unpopuläre Entscheidung

175 Schake 2011b

176 vgl. Krauthammer 2011d

177 vgl. Krauthammer 2011c

178 Schake 2011e

179 vgl. Krauthammer 2011a

180 vgl. Schake 2011c

181 vgl. Schake 2011d

zur Intervention wäre es nicht passiert.¹⁸² “In Libya, France and Britain took the lead, but neither could have pulled together international support or used force effectively without the United States”.¹⁸³ Kagan fand in dieser Zeit kaum ein negatives Wort:

“The president also deserves credit for showing, once again, how bold and effective U.S. leadership can pave the way for multilateral efforts. He has been right to insist that others take their fair share of the burden, but he has also made clear that American leadership was essential, even indispensable“¹⁸⁴

Schake sah das anders: “We have been marginal players in Libya, and our efforts do not merit the accolades the Administration is giving itself.“¹⁸⁵ Schake ließ auch keinen Raum dafür, das von ihr attestierte Vorpreschen anderer Nationen als Folge der angeblichen “Leading from behind“-Strategie der US-Regierung anzuerkennen.¹⁸⁶

Drei Jahre später im Angesicht des (Nicht-)Vorgehens der USA gegen Syrien sah Schake die Libyen-Intervention übrigens wiederum viel positiver: “At least in Libya we built a coalition to share the risk and burden of our involvement. And at least in Libya the use of military force was connected to a means of ending the threat to civilians — regime change that displaced Muammar al-Qaddafi.“¹⁸⁷

Im Herbst 2011 wurde Gaddafi getötet. Krauthammer war zufrieden. Gaddafi habe sein Recht auf einen Prozess oder ungerechtes aber akzeptables Asyl mit seiner Entscheidung zum Krieg verwirkt, “that justifies his rotten death. [...] It’s not pretty. But it’s a precedent. And a salutary one.“¹⁸⁸

Kagan war schon vor dem Tod des libyschen Diktators zudem erfreut und optimistisch über die Wirkung dessen Falls. “Had Gaddafi conquered Benghazi, crushed the rebels and carried out his promise to kill every last opponent of the regime, it would have sent a terrible signal to others in the region. Instead, his fall encourages rulers and ruled alike to seek peaceful transitions.“ In Bezug auf Assad sollte er sich dabei allerdings irren.¹⁸⁹

182 vgl. Kagan 2011a

183 Kagan 2012, Par 9.32

184 Kagan 2011b

185 Schake 2011f

186 vgl. Schake 2011g

187 Schake 2014a

188 vgl. Krauthammer 2011e

189 Kagan 2011a

Nach dem Angriff auf das US-Konsulat in Benghazi 2012, bei der der Botschafter ermordet wurde, warf Krauthammer und Kristol der Obama-Regierung eine bewusste Verschleierung eines Terrorangriffs und ihrer Unfähigkeit vor.¹⁹⁰ Die USA zogen ihr Konsulat in der Folge aus Benghazi ab. Kristol schmähte:

“Yes, the Obama administration is afraid. Afraid to discuss to foreign policy issues here at home. Afraid to be candid about the threats we face. Afraid of the responsibilities of American world leadership. At one point the Obama administration pretended to lead—if only from behind. Now it's simply in retreat.”¹⁹¹

Auch Kagan schwenkte unterdessen in seiner Bewertung auf einen etwas negativeren Ton um: “lack of attention and follow-through has damaged even that once-bright spot.”¹⁹² Er suggerierte angesichts des Botschafts-Vorfalls, dass der “light footprint in Lybia“ nach Gaddafis Fall doch zu leicht war.¹⁹³ Schake kritisierte ebenfalls den fehlenden Nachdruck der Intervention beim Aufbau einer handlungsfähigen Regierung: “So we are now in favor of continued violent squalor for Libya? Because that is what our policy amounts to. It takes no responsibility for setting in motion the current violence by removing the government without ensuring that its successor had the ability to control its territory.”¹⁹⁴ Kagan hielt rückwirkend sogar Bodentruppen für richtig und vermutete, mit einem vergleichsweise kleinen Truppenkontingent hätte man die Konflikte unterdrücken können, “perhaps long enough to give a new, more inclusive government a chance.”¹⁹⁵

3.2.1.2 Libyen laut den Neorealisten

Die Neorealisten waren von Beginn weg - trotz aller immer wieder proklamierten Abscheu gegenüber dem Gaddafi-Regime - klar gegen eine Intervention in Libyen. “For starters, let’s acknowledge that the United States has no vital strategic interests at stake in the outcome of the Libyan struggle”¹⁹⁶, “Libya is not in fact a very important country [...] in the larger scheme of the world this revolt is a pretty minor event.”¹⁹⁷ “In terms of American interests and regional peace, there is plenty of peril in democracy“, meinte Kaplan sogar mit dem Hinweis auf die Möglichkeit,

190 vgl. Krauthammer 2013 und Krauthammer 2013a sowie Kristol 2013c

191 Kristol 2012b

192 Kagan 2012d

193 vgl. Kagan 2012c

194 Schake 2014b

195 vgl. Kagan 2015

196 Walt 2011a

197 Walt 2011n

dass ein autoritäres Libyen (bzw. andere Starten des Arabischen Frühlings) den US-Interessen besser untergeordnet werden könnte.¹⁹⁸

Keine Intervention, wohl aber Hilfe für Libyen, wollte Walt: "I'm wary of direct U.S. military intervention there, but U.S. spokesmen should be condemning his actions in the strongest possible terms and looking into both a Security Council resolution and the creation of an international peacekeeping force to keep order there in a post-Qaddafi environment."¹⁹⁹

Als Erschwernis für eine Zustimmung seien die US-Truppen "badly overstretched", neben der mangelnden internationalen Legitimation ein wichtiges Argument für Walt gegen Bodentruppen.²⁰⁰ Zudem stellt er die Frage nach "opportunity costs". Was, wenn ein Libyen-Einsatz US-Kräfte binde und dann etwas Ernsteres in wichtigeren Gebieten passiere?²⁰¹ Mearsheimer sieht das auch als eine Frage der Ressourcen des Präsidenten selbst:

"On top of all this, the US military is pinned down in messy wars in Afghanistan, Iraq and now Libya. Not surprisingly, Obama spends a great deal of time thinking about how to manage these conflicts, which leaves little time and room for bold new policy initiatives."²⁰²

Der Argumentation folgt auch Posen. Die USA hätten bereits zu viele militärische Verpflichtungen. Man solle die arabische Welt ihr Schicksal selbst bestimmen lassen und höchstens ohne darüber hinausgehende Intervention eine "safe zone" in Libyen schaffen. Er sei aber prinzipiell gegen einen Eingriff.²⁰³ Denn es sei auch immer schwer, eine Intervention zu begrenzen. Befürworter von Interventionen wissen "that once the power and credibility of the U.S. are engaged, you're going to be able to reach deeper into the wallet."²⁰⁴

„[T]he U.S. (and international) interest here is humanitarian, not strategic, which does not by itself mean that we should do nothing.“ Der Konflikt falle laut Walt unter die Responsibility to Protect, welche Realisten aber grundsätzlich skeptisch sehen.

198 Kaplan 2011

199 Walt 2011

200 Walt 2011a

201 Walt 2011b

202 Mearsheimer 2011

203 Posen bei einer Paneldiskussion, zitiert im Harvard Crimson (13.4.2011)

204 Posen bei NPR (4.4.2011)

“I’d use all nonmilitary means at my disposal to undermine Qaddafi’s hold on power, and I’d stand ready to help Libya reform and rebuild in the event that his government finally falls. If other states want to funnel military aid to the rebel forces, I wouldn’t object. [...] But based on what has occurred thus far, I wouldn’t be trying to organize a U.S.-led military intervention.”²⁰⁵

Walt befürchtet auch, dass “the United States does most of the work, and the other members are there mostly to provide diplomatic cover“.²⁰⁶ Auch Posen interpretiert die Intervention humanitär und ohne Bezug zu US-Sicherheitsinteressen.²⁰⁷

Weitere Argumente gegen eine Intervention von Realisten waren die Erfolgsaussichten einer solchen. Kaplan meinte: “Libya [has] neither the effective institutions nor the venerable tradition of statehood [...] Libya, should Muammar el-Qaddafi fall, would likely be much more of a mess.”²⁰⁸ Demokratische Interventionen könnten in manchen Fällen erfolgreich sein, aber die Bedingungen in Libyen würden dafür nicht gegeben scheinen. “We should all hope that Libya proves to be an exception to this tendency, but these various scholarly studies suggest that the probability that our intervention will yield a stable democracy is low, and that our decision to intervene has increased the likelihood of civil war“.²⁰⁹

Eine Frage hier wäre, wie weit Interessen von Verbündeten zu denen der USA werden. Die beobachteten Realisten beantworteten Fragen nach dieser verketteten Logik nicht. Nur Walt deutet es einmal kurz an: “The problem is that the United States has good reasons to refrain from using its hard power in this case, yet our longtime strategic partners are incapable of action on their own.”²¹⁰

Die Realisten spielen auch die tatsächliche humanitäre Bedrohung in Libyen gelegentlich herunter: Die Angst vor einem Massaker in Benghazi sei “possibly mistaken“²¹¹, “the threat of a bloodbath that would ‘stain the conscience of the world’ (as Obama put it) was slight“.²¹² Auch Mearsheimer

205 Walt 2011a

206 Walt 2011e

207 vgl. Posen 2013

208 Kaplan 2011

209 vgl. Walt 2011d

210 Walt 2011a

211 Walt 2015e

212 Walt 2011g

hatte da seine Zweifel: “If mass murder was truly in the offing, as it was in Rwanda, then I would have been willing to intervene in Libya. But it is unclear that was the case.”²¹³

Im Rückblick auf diese Gefahr wurde Walt noch gewisser: “advocates of humanitarian intervention both exaggerated the risk of 'genocide' and underestimated the disorder and violence that would follow the collapse of Qaddafi's thugocracy“.²¹⁴ Das Ganze sei deshalb ein “feel-good project“²¹⁵ und “clearly a war of choice“.²¹⁶

Er sah vor der Intervention auch die Gefahr, dass diese ein Patt erzeuge, “that will ultimately cost more Libyan lives than would have been lost in Benghazi.“²¹⁷ Der Einsatz sei entweder kostspielig oder in mehrerlei Hinsicht gefährlich, die bessere Option wäre deshalb gewesen, nicht zu intervenieren.²¹⁸

Walt warnte auch vor einer gezielten Tötung von Gaddafi durch die Interventionsparteien, derlei Willkür gegenüber dem Leben von Staatshäuptern könnte sonst auf Reziprozität stoßen.²¹⁹ Zudem werde es die USA noch in einen langen Konflikt ziehen, falls man am Tag nach seinem Fall keinen Plan für einen Übergang zu einer neuen Regierung bereit habe²²⁰. Er bezweifelte auch die Motivation dazu: “I worry that while we may have lost our appetite for 'state-building', we haven't lost our appetite for 'state-destroying' (otherwise known as regime change).“²²¹ Davon hält Walt aber ohnehin wenig, weil er es in einem Land wie Libyen für fast unmöglich hält. Selbst das Bewaffnen und Trainieren von lokalen Sicherheitskräften berge zahlreiche Gefahren und Probleme.²²²

Mangels effektiver Institutionen und potentieller gesellschaftlicher Konfliktlinien “it will be no small task to construct a workable government in Libya“. Nach Gaddafis Tod sah Walt zwar weiter,

213 Mearsheimer bei Kaplan 2012

214 Walt 2016

215 Walt 2011g

216 Walt 2011f

217 Walt 2011h

218 vgl. Walt 2011i

219 vgl. Walt 2011j

220 Walt 2011k

221 Walt 2012a

222 vgl. Walt 2012k

dass “the hard part is just beginning“²²³ aber auch die positive Seite, dass dies ein längeres Patt im Konflikt wohl verhindere. Zudem habe die Obama-Regierung mit guter Diplomatie die Konfliktlast gut auf die Schultern von eher betroffenen Staaten verteilt. Gleichzeitig sah er ein Problem für die “Responsibility to Protect“. Durch den Mission Creep könnte ihre erste größere Beweisprobe auch “a major blow against the doctrine“ sein.²²⁴ Russland und China würden sich diese Mandatsübertretung gut merken.²²⁵

Auch wenn sie Obama die diplomatischen Bemühungen vor der Intervention zugute hielten (“Let us also give some credit to Obama’s diplomacy: instead of making this yet another impulsive American crusade, he has insisted that the United States be part of a genuine, diverse international coalition.“²²⁶), kritisierten Realisten die Intervention in der Folge scharf: “The Obama administration [...] helped topple Muammar el-Qaddafi in Libya, which produced a failed state.“²²⁷ “Libya continues to unravel, belying the high-fives that liberal hawks gave themselves back when Qaddafi fell. [...] Libya doesn’t even have a government, let alone one the United States would want to be close to.“²²⁸ “Look at how the United States has performed in Iraq, Afghanistan and Lybia. We've taken situations that were bad and we've made them worse.“²²⁹.

Der Fall erinnere daran, dass „the only thing worse than a bad state is no effective state at all.“²³⁰ “We knocked over Ghaddafi and what followed was a bloody civil war and jihadis do well in those situations“²³¹, hätte man Libyen zusammenhalten wollen, hätte man Gaddafi an der Macht lassen oder ihm einen „eleganten“ Bieten müssen²³² Die Intervention habe eine Brutstätte für den IS produziert.²³³ Diese Interpretation unterstützt auch Posen: “The ISIS franchise in Libya seems to have arisen from the anarchy introduced in that country by NATO’s destruction of the Qaddafi regime and the utter failure to plan for its replacement.“²³⁴ Libyen sei “likely to be a source of

223 vgl. 2011m

224 vgl. Walt 2011f

225 Walt 2012

226 Walt 2011b

227 Mearsheimer 2015

228 Walt 2014

229 Mearsheimer in Chicago Tonight (3.9.2013)

230 Walt 2013e

231 Posen im Interview mit KCRW (10.8.2015)

232 Posen bei TRIBlive (9.12.2012)

233 vgl. Walt 2014b

234 Posen 2015

trouble for some time to come“²³⁵ und gliederte sich mitsamt “ill-fated regime change“²³⁶ in eine “lengthy series of costly screw-ups“ der USA.²³⁷ Sie habe auch Obamas spätere Zurückhaltung in Syrien bestärkt.²³⁸

Mearsheimer meint, Obama hätte sich mit seiner tatsächlichen Ansicht nicht durchgesetzt: “I don't think [had Obama had his way he] would have done Libya. [...] I think Obama understands that all these interventions have not been good for the United States. That's the basic realist view.“²³⁹ Doch aus realistischer Sicht ist das außenpolitische Establishment schwer interventionistisch geprägt und selbst für den Präsidenten zu dominant: “Most of the U.S. foreign policy establishment has become addicted to empire“²⁴⁰ “America's elites are addicted to using military force.“²⁴¹

Mearsheimer unterstellt der Intervention im Nachhinein auch einen Demokratisierungsgedanken: “The United States has intervened with force and overthrown regimes in [...] Libya. [...] American policy makers thought they could help create a stable democracy that would be friendly to the United States.” Und lässt diesen Gedanken auch gleich scheitern: “They failed [...]. Serious instability is the order of the day in each of those countries, and although the reigning [government in Tripoli is] not overtly hostile to the United States, they are hardly friendly and cooperative.”²⁴²

3.2.1.3 Libyen laut der US-Regierung von Barack Obama

Obama sagt, er habe darauf bestanden, dass die USA nicht unilateral in Libyen intervenieren. Ein sicherheitspolitisches Interesse identifiziert Obama durchaus mit der Libyen-Krise: “it would be our problem if, in fact, complete chaos and civil war broke out in Libya”. Auch Gaddafis Drohungen beim Vormarsch auf Benghazi spielten eine Rolle bei seinen Überlegungen. Zudem haben andere Vertreter seiner Regierung ihn überzeugt.²⁴³ Samantha Power, Susan Rice, Hillary Clinton und Ben Rhodes sollen die Intervention gepusht haben. Das Pentagon bzw. Verteidigungsminister Robert Gates und Vizepräsident Joe Biden sollen zu den prominentesten Gegnern gehört haben.²⁴⁴

235 Walt 2015a

236 Walt 2015d

237 Walt 2015

238 vgl. Walt 2015e

239 Mearsheimer im Interview mit The National Interest (29.1.2014)

240 Walt 2011c

241 Mearsheimer im Interview mit Theory Talks (24.6.2012)

242 Mearsheimer 2014, S. 22

243 vgl. Goldberg 2016

244 vgl. Dreyfuss 2011

In einem Brief an die Anführer des US-Kongresses zur Intervention erklärt Obama diese als einen Fall der “Responsibility to Protect”. Der libysche Fall sei eine Bedrohung der internationalen Sicherheit, insbesondere falls der Konflikt sich ausbreite. Demnach sind die Luftschläge “in the national security and foreign policy interests of the United States.”²⁴⁵ In einem zusammen mit dem britischen Premier David Cameron und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy verfassten offenen Brief, forderte Obama Gaddafi im April 2011 zum Rücktritt auf. Die NATO-Operation “zum Schutz der Zivilbevölkerung” würde weitergehen, um “den Druck auf das Regime zu erhöhen”.²⁴⁶

Allerdings meinte er auch, Libyen war “not so at the core of U.S. interests that it makes sense for us to unilaterally strike against the Qaddafi regime”. Er wollte deshalb ein UN-Mandat und eine aktive Involvierung regionaler Akteure (Europa, arabische Staaten). Die dortigen Verbündeten hatten nach einem Einsatz gerufen, aber Obama wollte sie ihre Interessen nicht primär durch die Macht der USA durchsetzen lassen (er nennt das “Free Riders”). “Sometimes we’re going to get what we want precisely because we are sharing in the agenda.” und “multilateralism regulates hubris”. Die USA würden ihre einzigartigen militärischen Fähigkeiten beitragen, “but we expect others to carry their weight.” Auf keinen Fall wollte Obama Bodentruppen einsetzen und langfristig in Libyen gebunden sein. “There is no way we should commit to governing the Middle East and North Africa. That would be a basic, fundamental mistake.”²⁴⁷

Obama war zufrieden, als Gaddafis Tod bekannt wurde: “So this is a momentous day in the history of Libya. The dark shadow of tyranny has been lifted.” Das sei ein Ergebnis des Kampfes der Libyer selbst gewesen, die USA und internationale Gemeinschaft stellt er rhetorisch immer nur als Beschützer der Zivilbevölkerung dar: “For nearly eight months, many Americans have provided extraordinary service in support of our efforts to protect the Libyan people, and to provide them with a chance to determine their own destiny”.²⁴⁸

Insgesamt beschreibt er die Intervention an sich als geglückt und “the right thing to do”, ist aber unzufrieden mit den Nachwirkungen.

245 vgl. White House (21.3.2011)

246 Obama, Cameron & Sarkozy 2011

247 vgl. Goldberg 2016

248 vgl. White House (20.10.2011)

“So we actually executed this plan as well as I could have expected: We got a UN mandate, we built a coalition, it cost us \$1 billion—which, when it comes to military operations, is very cheap. We averted large-scale civilian casualties, we prevented what almost surely would have been a prolonged and bloody civil conflict. And despite all that, Libya is a mess.”

Insbesondere weil auch der IS dort Fuß gefasst habe, gegen den die USA bereits Luftschläge durchgeführt haben.²⁴⁹ Keinen funktionalen Plan für das Nachkriegslibyen zu haben, beschreibt er als den schwersten Fehler seiner Präsidentschaft.²⁵⁰

Eines der Probleme sei gewesen, dass die USA die Konflikte innerhalb Libyens unterschätzt hätten: “Our ability to have any kind of structure there that we could interact with and start training and start providing resources broke down very quickly”. Auch eine andere Einschätzung bezeichnet er als kritisierbar. Die US-Verbündeten hätten schlussendlich weniger beigetragen, als er sich das vorgestellt hatte: “When I go back and I ask myself what went wrong,” Obama said, “there’s room for criticism, because I had more faith in the Europeans, given Libya’s proximity, being invested in the follow-up.”²⁵¹

Sein Berater Ben Rhodes, ein Fürsprecher der Intervention, erklärte: “We thought the Europeans would engage in training programs with the security forces. And that just never really got off the ground.” Rhodes meinte zudem: “The Libyans didn’t want a strong international presence, they were very focused on their sovereignty [and very hostile to the concept of foreign intervention].”²⁵²

3.2.1.4 Fazit zu Libyen

Neoliberale waren was eine Intervention belangt eher zurückhaltend und sprachen sich aus humanitären Gründen bzw. Normen wie der Responsibility to Protect für limitierte Eingriffe aus. Neokonservativen konnte der Eingriff nicht schnell genug gehen. Sie wollten angesichts der Bedrohung der Bevölkerung durch Gaddafi nicht auf die internationale Gemeinschaft warten, bezweifelten sogar, dass man darauf zählen könne. Sie befürworteten teilweise und vor allem später im Konflikt auch eine Invasion mit Bodentruppen. Neorealisten sahen keine wirklichen Interessen der USA betroffen, bezweifeln sogar die humanitäre Notwendigkeit teilweise und sprachen sich gegen jegliche Intervention aus. Interessanterweise hat Obama praktisch allen Denkschulen recht

249 vgl. Goldberg 2016

250 Obama im Interview Fox News (10.4.2016)

251 vgl. Goldberg 2016

252 vgl. Rhodes im Interview bei The Axe Files (2016, Episode 42)

gegeben. Er sah sowohl eine Gefahr für die internationale Sicherheit, einen Fall der Responsibility to Protect als auch keine unmittelbaren US-Interessen betroffen. Offensichtlich rechtfertigte dieses Argumentationsgemisch die limitierte Intervention.

Während Neoliberale das UN-Mandat und die multilaterale Vorgehensweise loben, wollten Neokonservative ein rascheres, unilaterales Vorgehen und waren sich dann nicht ganz einig, ob die USA den Angriff anführen sollten (teilweise Schake, Krauthammer, Kristol) oder 'leading from behind' positiv zu bewerten sei (wiederum Schake, Kagan). Neorealisten lobten angesichts ihrer Interventionsgegnerschaft zumindest das Burden-Sharing. Obama bestand sowohl auf UN-Mandat, multilateralen Support und darauf, andere Nationen mit mehr Interesse zu involvieren.

Neoliberale wollten Gaddafi diplomatisch zum Rücktritt bewegen und befürworteten auch seine Absetzung, ohne das jedoch zum Ziel der US-Politik zu ernennen, womit Neorealisten auch einverstanden gewesen wären, die seine weitere Regentschaft notfalls aber auch akzeptiert hätten. Neokonservative wollten ihn aus der Macht hebeln und bejubelten seinen Tod teilweise ziemlich offen. Obama bezeichnete Regime Change nicht unmittelbar als Ziel der Invasion, forderte Gaddafi aber immer wieder zum Rücktritt auf und begrüßte Gaddafis Ende sehr deutlich.

Neokonservative sind extrem unzufrieden mit der Regierung. Obwohl diese durchaus einige der Neocon-Ziele erfüllte, war sie ihnen zu zögerlich, in den Zielen zu unentschlossen und erhob zu wenig Führungsanspruch und setzte auch den Wiederaufbau des Landes in den Sand. Einzig Kagan hatte immer wieder lobende Worte übrig, die letzte Phase ließ aber auch seine Beurteilung ins Negative kippen.

Hauptsächlich negativ zeigen sich auch die Neorealisten, die alle ihre Befürchtungen vor der Intervention erfüllt sehen - einzig die Herangehensweise in einer breiten Koalition ringt ihnen lobende Worte ab.

Neoliberale bewerteten die Leistung der Regierung im Libyen Konflikt unterschiedlich. Der Aufbau der Intervention schien ihnen gut gehandhabt, sie kritisieren allerdings die negativen Auswirkungen auf die Responsibility to Protect durch die Mandatsübertretung und auch mit dem Nachkriegslibyen sind sie tendentiell unzufrieden (zu dieser Phase publizierten sie allerdings kaum noch).

Obama selbst klingt ähnlich. Er ist mit der Intervention und ihrem Zustandekommen sehr zufrieden, gesteht aber Fehler in der Post-Gaddafi-Ära ein.

Zusammenfassend stimmen Obama und die tatsächliche Politik seiner Regierung im Bezug auf die hier erörterten Teile der Libyen-Politik großteils mit den VertreterInnen des Neoliberalismus überein.

Auffällig ist, dass Libyen trotz fortwährendem Konflikt schon bald keine große Rolle mehr im Diskurs der VertreterInnen spielte, sondern von Syrien verdrängt wurde. Die Diskussion über eine mögliche neue Intervention 2016 erreichte die untersuchten Experten etwa durchwegs nicht.

Libyen-Krieg	Neoliberale	Neokonservative	Neorealisten	US-Regierung
Bedeutung des Konflikts für US	Internationale Normen, Humanitär	Gefahr für Weltordnung, Humanitär	Keine wichtigen Sicherheits-Interessen	Keine Gefahr für USA, aber int, Normen, Weltordnung, Humanitär
Intervention	Keine oder limitiert	Mit allen Mitteln	Keine	Limitiert
Wie vorgehen?	Multilateral, legal	Notfalls unilateral	Nicht, im Zweifel multilateral	Multilateral, legal
Gaddafis Schicksal	Rücktritt	Hauptsache Regime Change	Notfalls akzeptieren	Aufforderung zum Rücktritt
Zufriedenheit mit Regierung	Intervention gut, dannach schlecht	Katastrophal	Vor allem negativ	Intervention gut, dannach schlecht

Tabelle 5: Vergleich der Auswertung von wichtigen Einordnungen der Denkschulen

3.2.2 Syrien

In Syrien, gibt es eine lange Geschichte von (oft geheimen, von der CIA betriebenen) US-amerikanischer Intervention, deren Ergebnis von Robert F. Kennedy so beschrieben und als Vorbedingung für den aktuellen Konflikt gesehen wird:

“A parade of Iranian and Syrian dictators, including Bashar al-Assad and his father, have invoked the history of the CIA’s bloody coups as a pretext for their authoritarian rule, repressive tactics and their need for a strong Russian alliance.”²⁵³

Anfang 2011 kam es auch in Syrien zu einer Volkserhebung im Rahmen des “Arabischen Frühlings”. Es begann mit friedlichen, pro-demokratischen Protesten für Reformen und gegen das Langzeitregime des diktatorisch regierenden Präsidenten Baschar al-Assad, der wie sein Vorgänger und Vater Hafiz al-Assad der Einheitspartei “Baath” angehört. Nachdem die Regierung am 18. März in der südlichen Stadt Daraa das Feuer auf eine Demonstration eröffnen ließ²⁵⁴, entwickelten sich die Lage einen bewaffneten und unübersichtlich zersplitterten Konflikt.

Anfangs entwickelte sich der Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition mit der bewaffneten Gruppierung der im Juli 2011 gegründeten “Freien Syrischen Armee” (FSA), zu der auch viele Deserteure der Reigerungstruppen zählten. Zunehmend kamen aber auch islamistische Gruppen hinzu, ab 2011 etwa al-Qaeda-Gruppen, die später in die Gruppen Jabhat al-Nusra (ab Anfang 2012) und in den “Islamischen Staat” (ab Mitte 2013) übergingen (die einander 2014 zu bekämpfen begannen).²⁵⁵ Dass im Falle des Sturzes von Assad ein fundamental-islamistischer Nachfolgestaat entsteht ist mit diesen beiden Gruppen als Partei eine reale Gefahr.²⁵⁶

Die Unterstützung diverser Fraktionen aus dem Ausland erschwert die Konfliktlösung. Syrien ist ein Langzeitverbündeter Russlands (das Stützpunkte im Land hat und mehrere Syrien-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates unterband), die Rebellen wurden schon bald von den USA finanziell und geheimdienstlich unterstützt, jedoch vorerst nicht militärisch.

253 Kennedy 2016

254 vgl. CNN (1.3.2012)

255 Vox.com (2.10.2015)

256 vgl. Aleksashenko 2015

Der Konflikt gilt auch als Proxy-Krieg zwischen dem Iran und Saudi Arabien. Durch die Massenflucht der Bevölkerung betrifft der Krieg auch umliegende Regionen (Syrien grenzt an Libanon, Israel, Jordanien, Irak und die Türkei) bis hin nach Europa politisch (laut den jüngsten Schätzungen gibt es elf Mio. Flüchtlinge, davon verbleiben fast acht Mio. innerhalb des Landes, 2,4 Mio. Verletzte, und fast eine halbe Million Tote²⁵⁷). Zudem fürchtet die Türkei die Errichtung eines Kurdenstaats an ihrer Grenze und Israel ein verfeindetes Regime als Assad-Nachfolger.

Spätestens ab 2012 wurden vom Assad-Regime auch Fassbomben gegen zivile Areale eingesetzt. Nachdem die Regierung ihre Position mit Unterstützung der vom Iran unterstützten libanesischen Hezbollah 2013 stabilisierte, kam es im August 2013 zu einem Sarin-Giftgasangriff in der Stadt Ghouta mit hunderten zivilen Toten. Die USA schrieben diesen dem Regime zu (auch wenn diese Auffassung teilweise hinterfragt wurde²⁵⁸) und hatten zuvor den Einsatz chemischer Waffen als “Red Line” bezeichnet.

Ein militärischer Eingriff der USA gegen das Regime konnte in der Folge durch Russland unterbunden werden, welches die Regierung Assad als Verbündeter von der Aufgabe seiner chemischen Waffen überzeugte. “Syria's rebels felt betrayed, and came to believe that the US would never fulfill its promises to help them. That's one of several reasons why subsequent US efforts to work with rebels have failed so dramatically.”²⁵⁹

Die USA hielten sich aus dem Konflikt weitestgehend heraus (was übrigens von Menschen in angrenzenden Staaten mehrheitlich so gewünscht wurde²⁶⁰). Sie begannen lediglich in sehr kleinem Rahmen und ohne nennenswerte Erfolge lokale Kräfte für den Kampf gegen den IS auszubilden (jener gegen Assad war für die USA in diesem Zusammenhang keine Priorität, sondern eher ein Hemmschuh) und ab 2014 Luftschläge gegen die Terrororganisation zu fliegen,²⁶¹ die allerdings für ihre geringe Intensität kritisiert werden.²⁶²

257 vgl. Süddeutsche Zeitung (11.2.2016)

258 vgl. den viel und kritisch diskutierten Beitrag “Whose Sarin?” von Seymour Hersh (2013), der wiederum bei Kolb (2013) und Higgins (2013) kritisiert wird

259 vgl. Vox (2.10.2015)

260 vgl. Stokes 2014

261 Vgl. Yahoo (21.10.2015)

262 Ferguson 2016

Russland selbst begann im September 2015 mit Luftschlägen zugunsten der Regierung. Ende 2015 wurde von der internationalen Gemeinschaft die Errichtung einer Waffenruhe ausgerufen, die allerdings die großen islamistischen Gruppen nicht umfasste. Im Frühjahr 2016 häufte sich die Gewalt erneut, die Waffenruhe schien zu scheitern und kein Kriegsende in Sicht.

3.2.2.1 Syrien laut den Neoliberalen

Nye fand, dass “[some] type of intervention may be necessary”, blieb jedoch vage in der Ausformulierung dessen, was er damit meinte. Jedenfalls sollten die USA “stay out of the business of invasion and occupation.” Solche Einsätze würden nur Widerstand erzeugen.²⁶³ Konkrete Ideen zur Form der Intervention trug Nye erst über drei Jahre später bei: “A no-fly zone and a safe zone in northern Syria for the millions of displaced people could reinforce American diplomacy”. And providing massive humanitarian assistance to the refugees (at which the American military is very effective) would increase US soft power enormously.²⁶⁴

Keohane sprach sich gegen eine Militärintervention der USA in Syrien aus.²⁶⁵ Ein Grund dafür seien ebenfalls mangelnde Erfolgsaussichten:

“I think it will not end in Syrian democracy in my lifetime, because violent revolutions in places that have no history in democracy don't lead to democracy. [...] My guess is, it's gonna be a long period of violence and instability in Syria. There is no easy end to this conflict.”²⁶⁶

Auch Ikenberry hatte keinen Appetit auf eine Intervention. Er mahnte: “Obama’s restraint, including his decision not to intervene militarily in Syria, should not be mistaken for weakness.” Er und die amerikanische Öffentlichkeit seien zurecht skeptisch, dass man mit militärischer Macht die erwünschten politischen Ergebnisse im Mittleren Osten erzielen könnte.²⁶⁷ Zudem empfand er, dass es keine wirklichen Lösungen für den Mittleren Osten gebe und andere Weltregionen mehr Aufmerksamkeit verdienen würden.²⁶⁸

263 Nye 2015, Par. 45.8

264 Nye 2015a

265 vgl. Keohane in E-International Relations (26.2.2016)

266 Keohane in einem Vortrag auf an Brigham Young University am 20.9.2012 (im Video ab ca.1:00:00)

267 Ikenberry 2014

268 vgl. Ikenberry im Interview mit Yale School of Management (15.10.2014)

Slaughter positionierte sich deutlich klarer für militärischen Aktionismus: “Foreign military intervention in Syria offers the best hope for curtailing a long, bloody and destabilizing civil war.” Syrien (sie vergleicht die Zögerlichkeit in den Fall mehrmals mit jener gegenüber dem Völkermord in Ruanda 1994²⁶⁹) sei in jeder Hinsicht deutlich wichtiger als es Libyen gewesen sei. Sie plädierte für defensive “No-Kill Zonen”, in denen die Bevölkerung geschützt werden solle.²⁷⁰ Slaughter warnt vor einem langen Konflikt: “The longer the Syrian conflict goes on, the more weight and power extremist factions on both sides will gain. Even after Assad falls, the violence we are now witnessing in Libya will seem tame by comparison.”²⁷¹ Assad müsse zurücktreten.²⁷²

Während Nye die Abwesenheit von multilateraler, völkerrechtlicher Unterstützung (“there is no supportive resolution providing legitimacy”) für ein Interventions-Contra hielt²⁷³, interpretierte Slaughter den Konflikt als einen Fall für die Responsibility to Protect. Assad verwerke sein Recht auf Souveränität, weil er seine Bevölkerung nicht schütze. “The Syrian crisis is a major ‘threat to the peace’”, wies sie auf die Aufgabe des UN-Sicherheitsrates hin.²⁷⁴ Dieser verliere seine Legitimation und müsse wohl nicht beachtet werden, wenn er so klare Verstöße nicht ahnde und damit seine Rolle nicht erfülle.²⁷⁵ Für Slaughter war es kein Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern die offenbar geradezu völkerrechtliche Pflicht der USA (und den UN-Sicherheitsrat), zu intervenieren: “Great powers have an active responsibility to uphold global norms and solve global problems.”²⁷⁶

Nye interpretierte die R2P in diesem Fall anders. Diese benötige auch die Aussicht auf Erfolg, um Interventionen zu rechtfertigen und diese Aussicht sei fragwürdig. “There is not now a reasonable prospect of success.”²⁷⁷ Das sei ein moralisches Problem, das Verfechter von “Gerechten Kriegen” seit jeher belastet. “Foreign policy, like medicine, must be guided by the principle, ‘First, do no harm.’”²⁷⁸ Zudem wies er darauf hin, dass Pflichten über Grenzen des eigenen Staates hinaus auch eine Frage der Abstufung seien und eine Schutzpflicht auch nicht unbedingt gleich eine Pflicht zu

269 vgl. Slaughter 2013 oder im Interview mit Fortune (17.3.2015)

270 Slaughter 2012

271 Slaughter 2012b

272 Slaughter 2012a

273 Nye 2012

274 Slaughter 2015a

275 vgl. Slaughter 2014

276 Slaughter 2012c

277 vgl. Nye im Interview mit The Diplomat (26.7.2012).

278 Nye 2012

Militäraktionen bedeute: “[There] are also degrees of intervention that range from aid to refugees and arms to different degrees of the use of force.”²⁷⁹

Die Legitimation für die Intervention sollte für Slaughter statt aus dem UN-Sicherheitsrat eher aus breiter Multilateralität gezogen werden. 70 Staaten, die sie als “Friends of Syria”-Koalition bezeichnete, und vor allem regionale Akteure wie die Arabische Liga sollten die Intervention durchführen. Nur wenn durch eine Enthaltung von China und Russland möglich, solle man das auch durch den UN-Sicherheitsrat legitimieren.²⁸⁰

Obama treffe für die Region, Syrien und die USA selbst die falsche Entscheidung, weil er nicht eingreife.²⁸¹ “U.S. credibility is on the line. [...] Obama must realize the tremendous damage he will do to the United States and to his legacy if he fails to act.”²⁸² Slaughter kritisierte seine zu sehr auf moralischer Autorität aufbauende Vorgehensweise (“speak loudly and throw away your stick”).²⁸³ Er müsse die militärische Option wieder glaubwürdig ins Spiel bringen, nur dadurch habe sich Assad beispielsweise von seinen chemischen Waffen getrennt.²⁸⁴

Nye setzte unterdessen auf die internationale Gemeinschaft, plädiert etwa für “smart sanctions” gegen syrische Eliten und lobte Obama für ihre Anwendung. Sie seien keine Lösung aller Probleme, aber ein hilfreiches Werkzeug.²⁸⁵ “Tougher sanctions can continue to delegitimize the regime”. Andere Regierungen sollten Russland (das für Nye auch wegen des Ablaufs in Libyen in Syrien so hart blieb²⁸⁶) unterdessen überzeugen, “that its interests are better served by getting rid of the current regime than by permitting the continued radicalization of his opponents.”²⁸⁷ Auch die USA sollten sich dafür einsetzen: “The US diplomatic task is to persuade Assad’s supporters, Russia and Iran, to remove him without dismantling the remains of the Syrian state structure.”²⁸⁸

279 Nye 2014
280 Slaughter 2012
281 Slaughter 2012c
282 Slaughter 2013
283 Slaughter 2013a
284 Slaughter 2014
285 Nye 2011b
286 Nye 2014a
287 Nye 2012
288 Nye 2015a

Slaughter fand, man solle natürlich diplomatisch verhandeln, aber “if a ceasefire has not been achieved in the next three months, the US should work with regional organizations and all friends of the Syrian people to authorize a set of military strikes on Al Qaeda-linked forces and on the killing machine that Assad’s government has aimed at civilians.” Sie befürchtete Anfang 2014 einen Krieg im gesamten Mittleren Osten, wenn es nicht zu einer baldigen Lösung komme.²⁸⁹ Im späteren Verlauf des Konflikts, schlug sie eine Föderalisierung Syriens als Lösungsansatz vor²⁹⁰, denn: “We will never put Syria back together again the way it has been.”²⁹¹

Nach den Giftgas-Anschlägen Assads (und auch nach der Aufgabe dieser Waffen) argumentierte Nye abermals vorsichtiger als Slaughter:

“When we cannot be sure how to improve the world, prudence becomes an important virtue, and grandiose visions can pose a grave danger. [...] There is a difference between a limited punishment of Syria for breaking an international taboo on the use of chemical weapons and becoming involved in a civil war.”²⁹²

Für die längst interventionsbereite Slaughter wurde ein Einschreiten umso wichtiger:

„When a government begins to massacre its own citizens, with chemical weapons, barrel bombs and starvation, as Syria’s continues to do, it must be stopped. If it is not stopped, violence, displacement and fanaticism will flourish.“

Wer Assad für diese Überschreitung nicht bestrafe, würde dem IS in die Karten spielen, das sei kein rein humanitäres sondern auch strategisches Gebot. Die Reaktion “may well involve the use of force on a limited but immediate basis”. Und das notfalls unilateral.²⁹³

Assad sei für viele Syrer schlimmer als der IS, sein Austausch sei entscheidend für den Sieg über den IS, denn eine Generation, die im Flüchtlingslager aufwachsen müsste, sei viel anfälliger für

289 Slaughter 2014

290 Slaughter 2016

291 Slaughter im Interview mit Fortune (17.3.2015)

292 Nye 2013a

293 Slaughter 2014a

Extremismus. Es sei dringend Zeit für eine No-Fly-Zone, dass diese ausbleibe kreide sie Obama an.²⁹⁴

Gegen den IS sah sie die US-Politik ansonsten am richtigen Weg: “Building a coalition of countries, particularly local countries, training [...] Syrians to actually do battle with ISIS on the ground, supported by airpower, I think that is the right strategy.”

Auch Nye war mit diesem “Containment plus nudging”²⁹⁵ zufrieden:

“Using force, but with limits, is an answer, but, particularly in the Middle East where revolutions may last another generation, smart application of force will be essential. Seen in a longer perspective, a Kennan-like policy of containment may have more promise than efforts to occupy and control.”²⁹⁶

Nye riet gegen einen Einsatz von US-Bodentruppen auch im Bezug auf den IS: “Boots are needed. But the soldiers who wear them should be Sunni Arabs and Turks, not Americans.” Würden die USA sich zu stark engagieren, würde das die Soft Power des IS mit einem Anti-US-Narrativ stärken.²⁹⁷

3.2.2.2 Syrien laut den Neokonservativen

Mit dem Beginn des Arabischen Frühlings urteilten Neocons euphorisch: „Let us not fall into the trap of thinking that the apparently ‘pragmatic’ course is really the safest. It is time again to let our reason be guided by our ideals.“²⁹⁸ Dabei wäre das gar nicht nötig, sagten die Neocons: Eine Syrien-Intervention würde sowohl den strategischen als auch moralischen Interessen dienen.²⁹⁹

Kristol plädierte für den Einsatz von Luftkräften, die Unterstützung von Partnern am Boden und “prudent and effective efforts at nation-building”.³⁰⁰ Ab 2013 beklagte er, es drohe eine Niederlage für die eigenen Interessen: Wenn man noch etwas tun wolle, dann müsse es ein massiver Eingriff

294 vgl. Slaughter 2015 und im Interview mit PRI (3.2.106)

295 Nye 2015a

296 Nye 2015, Par. 45.8

297 Nye 2015a

298 Kagan 2011

299 vgl. u.a. Krauthammer 2011b, 2012, Schake 2013a

300 Kristol 2014a

sein und dazu gehöre auch zumindest eine limitierte Anzahl an Bodentruppen.³⁰¹ Das Ziel sei Regime Change.³⁰²

Krauthammer wollte gegen Assad vorerst keine Bodentruppen (“No one does”). Aber man solle Rebellen bewaffnen, eine Sicherheitszone in Nordsyrien einrichten, Assad’s Luftwaffe ausschalten und eine No-Fly-Zone durchsetzen. “A superpower’s role in a regional conflict is deterrence.” Er verwies darauf, dass die Schlacht um Syrien sehr wohl durch eine Intervention entschieden werden: Durch die vom Iran entsandte Hezbollah an der Seite Assads.³⁰³

Schake plädierte: “Syria does merit going to war.”³⁰⁴ Als eine Art von ihr bewusst an Obamas vermutete Denkweise angepassten Vorschlag forderte sie Sicherheitszonen, No-Fly-Zonen und eine Bewaffnung der Rebellen.³⁰⁵ Man solle die Intervention damit “beginnen”, Flüchtlinge zu schützen, das sei auch die legitimste Maßnahme.³⁰⁶ Sie sprach sich für eine diplomatische Offensive aus, um eine regional unterstützten, zu US-Interessen passenden Opposition zu erzeugen und mahnte: “provide Assad an exit he might actually take”.³⁰⁷ Später erhöhte sie, Assad solle vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht und seinen Kommandanten ähnliches angedroht werden. Sie forderte Vergeltungsschläge für zivile Opfer von Assads Angriffen und mehr Unterstützung für Rebellen, die sich von Extremisten abwenden.³⁰⁸ Schake berief sich auf die Powell-Doktrin, diese gebe laut ihrer Interpretation eine Handlungsanleitung, wie man sich auf eine Intervention vorbereite.³⁰⁹

Kagan fand 2012: “The growing international pressure on Basha al-Assad in Syria is encouraging -- but eventually the United States will have to do more.”³¹⁰ Er betonte die Bedeutung des Konflikts für das regionale Mächtespiel: “If Bashar al-Assad falls, Iran will become even more isolated and vulnerable”.³¹¹ Krauthammer spielte das Assad-Regime und seinen Verbleib oder Fall zur zentralen Frage der regionalen Hegemonie zwischen Russland und den USA: “The hinge of the entire

301 Kristol 2013a

302 Kristol 2013d

303 vgl. Krauthammer 2013c

304 Schake 2013b

305 Schake 2013

306 Schake 2013a

307 Schake 2012

308 vgl. Schake 2013f

309 vgl. Schake 2013c

310 Kagan 2012b

311 Kagan 2012a

Russian strategy is saving the Assad regime”³¹², und um nichts anderes ginge es auch bei der russischen Intervention an Assads Seite 2015³¹³. Aus geopolitischen und moralischen Gründen sollen die USA alles tun, “to bring down Assad“. Krauthammer forderte einen Totalboykott Syriens, eine massive Bewaffnung der Opposition und eine UNSC-Resolution zur Beseitigung des Assad-Regimes.³¹⁴

Dass Obama gehofft hatte, dass die USA sich aus dem Mittleren Osten raushalten könnten und die Konflikte dort begrenzt blieben ohne die Weltordnung zu erschüttern, hätte sich laut Kagan als falsch herausgestellt. Der Syrien-Konflikte würden mittlerweile bis tief nach Europa wirken und damit die Weltordnung gefährden.³¹⁵ Kristol sah das ähnlich: “Meanwhile, in the real world, things are falling apart.” Die amerikanische Schwäche ermutige seine Feinde.³¹⁶

Kagan attestierte in den USA eine Aversion gegen Hard Power, das führe die Welt an den Rand eines Desasters.³¹⁷ Er sah das als Beleg für das Bröckeln eben dieser Ordnung: Natürlich sei die US-Sicherheit nicht gefährdet. Aber man könne nicht immer nur eng definierte Interesse schützen. Eine Weltordnung könne nur bestehen, wenn man sich auch schwieriger und unvorhersehbarer Probleme annimmt.³¹⁸ “Keeping a lid on things is exactly what the U.S. has done these past 70 years. That is how the U.S. created this liberal world order.” Ab 2015 forderte Kagan eine Vollintervention mit Luft- und Bodentruppen. Daneben sei ein international ausgehandelter Friedensprozess mit einer Entmachtung von Assad, gefolgt von überwachten Wahlen und Peacekeeping-Truppen nötig.³¹⁹

Die USA hätten laut Kagan in der Vergangenheit Interventionen (in Nicaragua und im Afghanistan der 1980er) durchgeführt, deren Ausgang man in Syrien mittlerweile als Erfolg sehen würde. Gleichzeitig ächtete Kagan auch eine unterstellte Fixierung der Regierung auf Erfolgsgarantien: “To demand guaranteed and completely successful outcomes in foreign policy is to demand the impossible, and to refuse to act without such guarantees is never to act at all.”³²⁰

312 vgl. Krauthammer 2013d

313 vgl. Krauthammer 2015b

314 vgl. Krauthammer 2012

315 Kagan 2015

316 Kristol 2012a

317 Kagan 2014a

318 Kagan 2014

319 Kagan 2015

320 Kagan 2014b

Schake argumentierte Syrien nach der Responsibility to Protect und meinte, notfalls genüge auch ein Mandat der Arabischen Liga.³²¹ Neokonservative empfinden das Warten auf eine UN-Sicherheitsrat als Ausrede und Gefahr. Die moralische Legitimität der USA hänge nicht von der Zustimmung von “a thug like Vladimir Putin and the butchers of Tiananmen Square” ab.³²² Wenn Obama sich mit dem Argument heraushalten wolle, dass es für die USA keine Interessen in Syrien gebe und der Eingriff deshalb zu schwer sei, solle er das wenigstens ehrlich sagen, meinte Krauthammer.³²³ Kristol riet hingegen, Obama solle unter diesen Umständen besser schweigen.³²⁴

Als es nach dem Sarin-Einsatz in Ghouta nach einer US-Intervention aussah, befand Krauthammer, Obama sei zum Eingreifen beschämt worden: “A president doesn’t commit soldiers to a war for which he has zero enthusiasm.” Obama sollte nur eingreifen, wenn er es ernst meine und vor allem den Kongress um eine Autorisierung bitten. Da er das Volk aber nicht auf eine Intervention eingeschworen habe, sei diese unwahrscheinlich.³²⁵ Eine Woche später riet er dem Kongress, die Autorisierung nicht zu erteilen, weil Obama es eben nicht ernst genug meine: “Deterrence depends entirely on perception, and the perception in the Middle East is universal: Obama wants no part of Syria.”³²⁶ Obama würde die USA der Lächerlichkeit preisgeben.³²⁷

Schake plädierte im Gegensatz dazu dafür, die Autorisierung zu erteilen.³²⁸ Für sie war die geplante Kongress-Anrufung ein Zeichen, dass Obama nationale Unterstützung suche, weil ihm die internationale fehle (da er zu wenig getan hätte, um sie zu bekommen). “These latest turns of the Obama administration’s Syria policy do more than confirm the administration’s strategic illiteracy”³²⁹

Krauthammer jubelte noch Anfang 2011, es zeige sich, dass Araber doch nicht anders sind und nach Freiheit und Demokratie strebten, Mitte 2012 verlachte er derartige Gedanken dann als naiv: “This

321 Schake 2013a

322 vgl. Krauthammer 2013a, Kristol 2012, Schake 2011g, Schake 2012, Kagan et. al. 2013

323 vgl. Krauthammer 2013a

324 vgl. Kristol 2013

325 Krauthammer 2013e

326 Krauthammer 2013f

327 Krauthammer 2014

328 vgl. Schake 2013e

329 vgl. Schake 2013d

is an Islamist ascendancy.” Nach Assad kämen in Syrien sicher die Muslimbrüder an die Macht.³³⁰ Kagan meinte, “if Syria collapses, the chances are high that well-armed terrorist groups will gain a foothold in a nation with the world’s largest chemical weapons stockpiles.”³³¹

Nach dem Einsatz dieser chemischer Waffen und der ausbleibenden US-Intervention sahen die Neocons die US-Glaubwürdigkeit zerstört.³³² Obama müsse nun “etwas tun”. Auch wenns schlecht wäre, nur wegen der Glaubwürdigkeit in den Krieg zu ziehen, aber in Syrien rechtfertige sich die Intervention ohnehin.³³³

Syrien sei nicht wieder so zusammen zu setzen, wie es war, fanden Neokonservative. Schake empfand es schon 2013 als bedenkenswert, Assad als “distasteful bargain“ vorübergehend im Amt lassen, aber ihm Autorität über die Rebellengebiete nehmen und dort eine Selbstverwaltung aufzubauen, auch wenn sie zeitgleich etwas widersprüchlich meinte: “Our goal should be a unified Syria, not a stable one that kills its people or a lawless one that hosts terrorists.”³³⁴ Mitte 2015 schlug Krauthammer vor, die nationalen Grenzen Syriens neu zu überdenken: Ein geeintes Syrien werde nie wieder zusammengesetzt, “Balkanization is the only way to go”. Man solle noch stärker auf die zu diesem Zeitpunkt gegen den IS erfolgreichen Kurden und die Freie Syrische Armee setzen.³³⁵

Im Bezug auf den IS entwickelten Neokonservative zunehmenden Interventionshunger. Ende 2014 habe Obama eine wirksame Strategie gegen den IS gefunden, lobte Krauthammer: Den IS im Irak (wo es befreundete Bodentruppen gebe) zu zerstören, und ihn in Syrien (wo es solche Freunde kaum gebe) einzugrenzen. Dieses “Containment-plus” sei die beste vorhandene Option.³³⁶ Später beklagte er, dass die Bemühungen zu gering seien³³⁷ und Schake erklärte die Strategie Ende 2015 für gescheitert: “The strategy of containment that President Barack Obama so recently touted as a success has proved itself insufficient to the task of subduing the Islamic State.”³³⁸

330 Krauthammer 2012b

331 Kagan 2012d

332 vgl. Kristol 2013a, Kristol 2013e, Krauthammer 2014b, Schake 2013b

333 Schake 2013b

334 vgl. Schake 2013a

335 vgl. Krauthammer 2015a

336 Krauthammer 2014d

337 vgl. Krauthammer 2015d

338 Schake 2015b

Ab da forderten Neokonservative den Einsatz von Bodentruppen³³⁹. Kristol kritisierte heftig, dass die Regierung keine Invasion in Betracht zieht: “So it's apparently obvious, in the age of Obama, that we wouldn't dream of committing ‘troops of our own’, or ‘boots on the ground,’ against a brutal enemy which poses a strategic threat in a key region of the world, and which has American blood on its hands.”³⁴⁰

Schake fand, man könnte den IS und seine Brutalität nur stoppen “by beating IS into submission, building states capable of governance, and holding them steady for the years these practices require to take root”.³⁴¹ Dazu müsse man auch Verbündete in der Region rekrutieren und stärken.³⁴² 2015 sagte sie, der IS würde eine Art Nation Building betreiben. “ISIS are clearly already winning the war we are fighting [...] Because it has a moral clarity that we are unwilling to bring to this fight”³⁴³

Der IS würde versuchen, sich selbst zu legitimieren, indem er einen US-Angriff provoziere. Er würde darauf setzen, dass Obama sich wie in Irak und in Libyen irgendwann wieder zurückziehe: “when the enemy deliberately draws you into combat, it is all the more imperative to show the world that he made a big mistake.”³⁴⁴ “In his Islamic State speech, President Obama said many of the right things. Most importantly, he finally got the mission right: degrade and destroy the enemy.”³⁴⁵

Neokonservative waren höchst unzufrieden mit der Regierung Obamas: Kristol wartete schon 2014 auf die Ablöse des Präsidenten: “We may well have further setbacks over the next couple of years. But the world won't end. And Obama's whimper will not be America's last word.”³⁴⁶ Als Russland mit Luftschlägen auf Seiten Assads begann, interpretierte Krauthammer, es würde versuchen, die letzten 16 Monate von Obamas Amtszeit noch auszunutzen.³⁴⁷ Krauthammer warf Obama auch Appeasement gegenüber Syrien vor³⁴⁸ und ließ auch sonst kein gutes Haar an der Regierung: Die USA hätten die regionale Hegemonie verloren, einen lokalen Konflikt in einen regionalen Krieg

339 vgl. Kagan 2014a, Kagan 2015, Schake 2016a

340 Kristol 2014

341 vgl. Schake 2014

342 vgl. Schake 2014b

343 vgl. Schakes Expertenmeinung in Voice of America (25.6.2015)

344 vgl. Krauthammer 2014c

345 Krauthammer 2014b

346 Kristol 2014a

347 vgl. Krauthammer 2015b

348 Krauthammer 2011b und 2011c

ausarten lassen³⁴⁹ und das Unterstützen einer säkularen Revolution verpasst³⁵⁰. Obamas Agieren sei eine “foreign policy in epic collapse.” Seine Kairo-Vision eines Neuanfangs mit der muslimischen Welt sei fehlgeleitet und gescheitert. Islamisten, Iran und Russland hätten das Vakuum des amerikanischen Rückzugs gefüllt.³⁵¹ “It’s not war that’s receding. It’s America. Under Obama.”³⁵² Ende 2015 sei dieser Prozess quasi abgeschlossen gewesen:

“Which is why [...] we dare not impose a protective no-fly zone. It’s too dangerous. Russia has filled the Obama vacuum.”³⁵³ Kagan klagt: “[Obama] may be the first president since the end of World War II who simply doesn’t care what happens to Europe.”³⁵⁴

Schake kritisierte Obama, weil es seine Strategie sei, nur die einfachen Probleme zu lösen. Syrien sei ihm zu schwierig.³⁵⁵ “The Obama administration seems not to understand that violence has political causes, and that ‘preventing violence’ only reinforces the grip of those in power.”³⁵⁶ Er glaube offenbar nicht, dass man mit dem Militär bleibende Erfolge feiern könnte, dabei sei es nur seine Unsicherheit, die solche Erfolge verhindere.³⁵⁷ “President Obama’s patience is the Syrian peoples’ tragedy.”³⁵⁸ Sie zeigt sich überzeugt, dass eine Intervention viel Leid verhindert hätte.³⁵⁹ Und sie befand, seine katastrophale Politik erzeuge “two generations of resentment by our government’s callousness”.³⁶⁰ Selbst die Arabische Liga habe zu Obamas Schande eine bessere Syrien-Politik.³⁶¹

3.2.2.3 Syrien laut den Neorealisten

Realisten waren gegen eine Intervention in Syrien: Walt bemühte (wie Schake, aber unter völlig anderer Interpretation) zur Begründung die seiner Meinung nach realistische “Colin Powell-Doktrin“. Er sieht darin keine Handlungsanleitung, sondern eine Checkliste für die Sinnhaftigkeit von Militäreinsätzen, die er in Syrien fast durchwegs nicht erfüllt sieht: Es seien keine US-

349 vgl. Krauthammer 2013d

350 vgl. Krauthammer 2014a.

351 vgl. Krauthammer 2012c

352 Krauthammer 2013b

353 Krauthammer 2015e

354 Kagan 2015

355 Schake 2011f

356 Schake 2012a

357 vgl. Schake 2016

358 Schake 2015

359 vgl. Schake 2014

360 Schake 2015a

361 Schake 2011g

Interessen betroffen, es gebe kein klares Ziel einer Intervention, nichtmilitärische Optionen seien nicht ausgeschöpft, es gebe keine Exit Strategy für eine Intervention, die Konsequenzen seien unabsehbar und könnten einen Failed State oder feindlich geführten Staat beinhalten, die US-Bevölkerung sei dagegen und auch internationale Unterstützung für eine Intervention fehle.³⁶² Luftschläge hätten zudem eine begrenzte Wirksamkeit und ein Konflikteintritt wäre eine „slippery slope“.³⁶³ “[Syria] just doesn’t matter that much to the United States, and the outcome [...] won’t make Americans poorer or less safe unless Washington does something stupid (like intervening with military force).”³⁶⁴ Wollte man das menschliche Leid im Konflikt lindern, sollte man mehr Hilfe für Flüchtlinge leisten.³⁶⁵

Auch Posen stellte klar: “I don't support more forces or more equipment to involve the United States more deeply in the civil war in Syria.” Posen sah zwar nicht näher spezifizierte US-Interessen betroffen, aber keine wichtigen.³⁶⁶

“Syrian forces have modernized little since the end of the Cold War, though some advanced air defense, antiship, and antitank missiles have been acquired. Whether the present regime remains in power, or is replaced, either government would need to worry about internal security. Syria is already a much reduced conventional threat to Israel. Even if a future regime has an Islamist bent, it will not be very strong militarily.”³⁶⁷

Auch Mearsheimer sah in Syrien “little strategic importance to the United States, and it matters little who is in charge in [...] Damascus”. Selbst wenn das Schicksal Syriens Konsequenzen für die US-Sicherheit hätte, “it still would not matter much who governed [it]. The United States has a long history of working with political leaders of all kinds“.³⁶⁸

Mearsheimer betonte Souveränitätsfragen auch 2014 noch und empfahl “a hands-off policy toward [Syria]. American leaders would do well to honor the principle of self-determination when dealing with [...] Damascus”³⁶⁹

362 vgl. Walt 2013i

363 Walt 2015b

364 Walt 2013c

365 vgl. Walt 2013j

366 vgl. Posen im Interview mit KCRW (10.8.2015)

367 Posen 2014, S. 114

368 Mearsheimer 2014 S. 22

369 vgl. Mearsheimer 2014

“What makes America’s penchant for intervening in places like [...] Syria so disturbing is not just that it makes little strategic sense or that the United States invariably fails to achieve its goals. The costs are also enormous.”

Er sah zwar keine existentielle Sicherheits-Gefahr für die USA aus einem Engagement entstehen, wohl aber eine Wurzel für gegen die USA gerichteten Terrorismus, der die freie Demokratie im eigenen Land gefährde und zudem massive wirtschaftliche Kosten erzeuge.³⁷⁰

Etwas ambivalenter wirkte zuerst Kaplan. Noch 2014 verteidigte er das Prinzip von “Empires” mit dem Hinweis, diese würden Frieden und Stabilität bringen - die Abwesenheit einer Intervention in Syrien würde zeigen, was fehlender Imperialismus für Probleme erzeuge.³⁷¹ Allerdings war er dennoch kein Befürworter einer US-Intervention: “The Obama administration must recognize these limitations, and not allow, for example, the country to be drawn deeper into the conflict in Syria.”³⁷²

Walt bezweifelte, dass man eine limitierte Intervention zur Schaffung von Sicherheitszonen für Flüchtlinge aufrechterhalten könnte. So ein Zonenschutz könne Jahre dauern.

„And if Assad’s forces start shelling the rebel areas, then we will have to defend them or risk humiliation. But let’s be clear: ‘defending them’ means attacking Assad’s own forces. In other words: war. And once that happens, the United States and the other outside powers will face enormous pressures to complete the job. [...] In short, there is no way to conduct the sort of minimalist, purely defensive, and strictly humanitarian operation [...] without it eventually leading to forcible regime change.“³⁷³

Diplomatische und multilaterale Bemühungen zur Konfliktlösung seien zielführender: „For both strategic and moral reasons, the international community should concentrate on stopping what is now a slowly escalating civil war, instead of trying to escalate it. This may not be a morally heroic stance, but it is realistic.“³⁷⁴

370 vgl. Mearsheimer 2014

371 Kaplan 2014

372 Kaplan 2015

373 Walt 2012b

374 Walt 2012c

Kaplan meinte, „der einzig sichere Weg [...] besteht in einer sorgfältigst geplanten Machtübergabe mit der Hilfe Russlands und des Irans“.³⁷⁵ Die USA „should use proxies wherever it can find them, even among adversaries“ um ihren humanitären Verpflichtungen nachzukommen und Assad zu beseitigen.³⁷⁶

Walt schlägt als ähnliche Strategie vor, Russland beim Stolz zu packen und es die Führung beim Friedensprozess in Syrien übernehmen zu lassen (mit der Drohung in der Hinterhand „to convince Russia that outside intervention is going to happen sooner or later“ und Russland dann einen Verbündeten verliere und schlechter dastünde). „An overt attempt at Libya-style ‘regime change’ is bound to upset [Russia] and encourage them to dig in their heels“.³⁷⁷ Schon einen Monat später im Juni 2012 schätzte er die Aussicht eine Verhandlungslösung aber „increasingly bleak“ ein.³⁷⁸

Die Realisten halten es für möglich, dass die Staatsgrenzen der Region neu gezeichnet werden müssten³⁷⁹: „Syria, which has the potential to break up the way Yugoslavia did in the 1990s, given its regionally defined sectarian divisions.“³⁸⁰ „I don’t know if it will be possible to reconstitute a unified Syrian state; if not, then an organized and internationally supervised partition plan will have to be negotiated and implemented.“³⁸¹ Syrien in zehn Jahren werde kein Land mehr „sein, sondern ein geografischer Begriff.“³⁸²

Ein Grund warum es zu keiner Intervention komme, seien auch Lerneffekte auf verschiedenen Seiten aus der Vergangenheit. Auf internationaler Seite seien Russland und China gebrandmarkt „by our willingness to run roughshod over Resolution 1973, and that is a big reason they have blocked efforts to condemn the Assad regime in Syria.“³⁸³ „And that appears to be part of the tragic story that is unfolding in Syria.“³⁸⁴ „China and Russia regularly use the rules of liberal international

375 Kaplan im Interview mit Die Welt (7.2.2016)

376 Kaplan 2015

377 Walt 2012e

378 vgl. Walt 2012f

379 vgl. Walt 2012i

380 Kaplan 2011

381 Walt 2015b

382 Kaplan im Interview mit Die Welt (7.2.2016)

383 Walt 2011i

384 Walt 2012

institutions to delegitimize the United States' actions. In the UN Security Council [...] they have slowed the effort to isolate Syria.”³⁸⁵

Auch “President Barack Obama’s reluctance to jump into the Syrian quagmire was undoubtedly strengthened by the outcome of the earlier intervention in Libya.”³⁸⁶ Kaplan deutete wiederum Opportunity Costs an:

“Even top decision makers have only a limited amount of time in a day [...] President Obama knows that if he intervenes on a major scale in Syria, even if he is successful, the war will be what determines his daily schedule for the remainder of his second term.”³⁸⁷

Tatsächlich argumentierten die so auf kalte Interessen fixierten Realisten auch in hohem Ausmaß moralisch gegen eine Syrien-Intervention. Die Lage sei dort nämlich zwar schlimm, aber eine Intervention sei abzulehnen, weil sie damit noch schlimmer gemacht würde: “Regrettably, not every foreign policy challenge has a ready solution, and sometimes 'standing there' is still better than 'doing something.’”³⁸⁸ Walt mahnte, auch wohlgemeinte humanitäre Interventionen “can have the unintended consequence of putting more Syrian lives at risk.”³⁸⁹ Im Rückblick ist sich Walt dieser negativen Konsequenz sogar sicher: “the situation in Syria would not be better if the United States had intervened earlier”. Das hätte lediglich schneller zu Anarchie und mehr Waffen im Konflikt geführt.³⁹⁰ Walt wiederholt oft in leicht abgewandelter rhetorischer Form sein Mantra, dass “the only thing worse than a truly awful government is no government at all.”³⁹¹

Kaplan warnte vor dem Machtvakuum nach Assad: “Wenn Assad beseitigt wird, weitet sich entweder der Bürgerkrieg noch mehr aus und/oder ein Dschihadistenregime übernimmt in Damaskus das Steuer. Assads Sturz könnte zur Auslöschung auch der Alawiten führen.”³⁹²

Ähnliches befürchtet Walt: “The fall of the Assad regime might unleash an anarchy of competing factions and warlords.”³⁹³

385 Posen 2013

386 Walt 2015e

387 Kaplan 2013

388 vgl. Walt 2012f

389 Walt 2012c

390 vgl. Walt 2015a

391 vgl. Walt 2013e, 2015a, 2015b

392 Kaplan im Interview mit Die Welt (7.2.2016)

393 Walt 2013b

Natürlich bezweifelten die Realisten auch, dass die USA eine bessere Gesellschaft in Syrien kreieren könnten. Kaplan sah keine ausreichenden Vorbedingungen für eine Demokratie nach Assad: “the military regimes [...] did nothing to prepare their people for another bout of democracy”³⁹⁴. Walt befand: “Military force is useful for certain purposes, but the ability to blow things up and kill people does not translate into a workable set of governing institutions.”³⁹⁵ Libyen sei ein “cautionary tale for those who are now eager to do something similar in Syria.”³⁹⁶ Er erinnert auch an den Irak und meint: “getting rid of really awful leaders isn’t an improvement if the result is anarchy or a weak, corrupt, and highly divisive regime. [...] Creating effective governments in post-totalitarian societies turns out to be very, very hard, and especially after a violent overthrow.”³⁹⁷

Eine Gefahr für die USA wäre für Walt von einer Intervention offenbar nicht ausgegangen: “We wouldn’t be thinking about getting involved in Syria if we thought it might escalate to a great power war [...], or if we thought [...] that U.S. territory might actually be at risk as a result.”³⁹⁸ Aber auch von Assad nicht: “Assad is a thug and a war criminal, but he’s not genocidal or bent on world domination, and Syria is not a great power like Germany was.”³⁹⁹

Ein Post-Assad-Regime könne auch ein US-feindlicher Staat sein, denn “most of Bashar al-Assad’s opponents are no prize either”.⁴⁰⁰ “The opposition to Assad contained a number of extremist groups whose long-term agendas were worrisome.”⁴⁰¹ Die Schwierigkeit, verlässliche Partner zu finden, betonte auch Posen: Die drei stärksten Fraktionen wären allesamt US-feindlich, “we don’t have a force to back in this fight”.⁴⁰²

Die Bewaffnung der Opposition sehen Realisten ebenfalls skeptisch: Das könnte Assad zwar schneller aus dem Amt jagen, würden den USA aber keinen größeren Einfluss für die Zeit danach

394 Kaplan 2011

395 Walt 2015a

396 Walt 2012a

397 Walt 2014c

398 Walt 2012g

399 Walt 2013k

400 vgl. Walt 2012c, 2014

401 Walt 2013b

402 vgl. Posen im Interview mit KCRW (10.8.2015)

garantieren.⁴⁰³ Eine Bewaffnung von Rebellen hätte Situation schlimmer gemacht.⁴⁰⁴ Solche Maßnahmen würden kostenintensiv sein, lange dauern, die Gruppen wären nicht allzu gut bekannt und verlässlich und darüber hinaus würden sie die menschlichen Tragödien nicht schnell stoppen.⁴⁰⁵ “Pouring more weapons into a society in the midst of a brutal civil war would create another Afghanistan, Iraq, or 1970s-era Lebanon.”⁴⁰⁶

Die Haltung gegenüber einem Verbleib von Assad war bei Realisten nicht so ganz klar. Walt fand: “Working with the Assad regime in Syria is out of the question — for good reason”⁴⁰⁷ Aber: “If ending the fighting and stopping the refugee exodus requires preserving a visible role for Assad, so be it.”⁴⁰⁸ Und schließlich akzeptiert er: “For realists, the overriding task was to end the civil war quickly and with as little loss of life as possible, even if that required doing business with a brutal tyrant.”⁴⁰⁹

“Trying to exploit the Syrian crisis to shape the regional balance of power could backfire in all sorts of unpredictable ways.”⁴¹⁰ Aber Walt widmet in seiner Kolumne einer Analyse von Berger⁴¹¹ einen kompletten Artikel (und übernimmt dabei ihre Argumentation für sich), die durchaus vermeintlich positive gestalterische Elemente für die Region durch Nicht-Intervention hervorhebt. Darin sagt er: “Obama recognizes the dangers of deep U.S. involvement, but he also recognizes the potential gains from a long war run on the cheap.” Ein andauernder Syrien-Konflikt könne im Interesse der USA interpretiert werden: Er ziehe Ressourcen von Hezbollah und Iran ab, beschädige deren Image (wie auch jenes von China und Russland). “So why not let it continue to burn?”⁴¹² “The most we can do here is no harm and to keep all of our adversaries weak and afraid of all the other adversaries. This is admittedly cynical policy, but I don't see another way.”⁴¹³

Realisten wollten sich auch durch die Wahl von Assads Waffen nicht in den Konflikt verwickeln lassen. Walt hielt erst den berichteten Einsatz von “Scuds” (Bodenraketen) durch Assad nicht für

403 Walt 2013

404 Walt 2014a

405 Posen im Interview mit KCRW (10.8.2015)

406 Walt 2013b

407 Walt 2014

408 Walt 2015b

409 Walt 2016

410 Walt 2012c

411 vgl. Berger 2013

412 vgl. Walt 2013d

413 Posen im Interview mit KCRW (10.8.2015)

Grund genug, um eine Intervention zu rechtfertigen. Er schränkte ein: “unless he puts chemical warheads on top of them or starts attacking a new category of target”⁴¹⁴. Als sich der Einsatz chemischer Waffen dann tatsächlich anzudeuten begann, änderte Walt auch diese Bedingung: “chemical weapons [...] are not nuclear weapons, and one would still need to do a pretty careful cost-benefit analysis before plunging ahead”⁴¹⁵. Und als die Verwendung von Sarin-Gas schließlich als ziemlich gesichert galt: “The case against direct U.S. intervention never depended on believing that Assad was anything but a thug”, die Bedenken blieben deshalb bestehen. Wie derartig viele Menschen getötet würden, würde die grundlegende Gleichung nicht verändern. Wenn man vorher nicht eingegriffen hätte, müsste man das jetzt auch nicht: “The downsides to direct or indirect military involvement remain formidable.”⁴¹⁶ “The United States has little interest in getting bogged down in Syria[...] And intervention is still a bad idea.”⁴¹⁷

Die chemischen Waffen zu einer Red Line zu machen, ist für Realisten ein Fehler: “He foolishly drew a ‘red line’ a few months back, so now he’s getting taunted with the old canard about the need to ‘restore U.S. Credibility.’”⁴¹⁸ Aber man schreibt dieser Form der Glaubwürdigkeit keine Bedeutung zu: “The decision not to intervene in [...] Syria hardly implies the United States would not respond to a direct attack on the U.S. homeland, or to an attack on a long-standing ally in a vital geographic region.”⁴¹⁹

Zur Intervention nach den Giftgasangriffen hätte es innenpolitisch überraschend viel Widerstand gegeben. Obama hätte, mutmaßte Mearsheimer, wohl gerne in limitierter Weise eingegriffen und “es hinter sich gebracht”.⁴²⁰

In Bezug auf den IS fand Mearsheimer: “The Obama administration has [...] launched a war against the Islamic State that it cannot win”.⁴²¹ Posen sagt hingegen, die Probleme, die der IS aufwerfe „commend the more restrained strategy that the president has employed, which is essentially a containment strategy [...] no strategy bears a likelier chance of long-term success than containment [...] there’s evidence that containment is already working.“

414 Walt 2012l

415 Walt 2013a

416 Walt 2013b

417 Walt 2013l

418 Walt 2013g

419 Walt 2015d

420 Mearsheimer im Interview mit The National Interest (29.1.2014)

421 Mearsheimer 2015

Man müsse diese Strategie fortsetzen:

„[It] takes patience and resilience in the face of the occasional, but shocking, successes that ISIS may enjoy along the way. Democratic polities prefer quick and definitive solutions to security problems. ISIS’s bloody theatricals seem tailor-made to incite Western escalation. We should not oblige them. [...] ISIS’s bloody theatricals seem tailor-made to incite Western escalation. We should not oblige them.”⁴²²

Ähnlich sah das wohl Kaplan, wenn er auf die Zwecklosigkeit verwies, den IS von außen auszuradieren: “Sobald [der IS] geschlagen ist, stellt sich die Frage, wer das östliche Syrien und den westlichen Irak beherrschen wird. Ohne eine Antwort darauf – und ich bin nicht sicher, ob es eine gibt – kehren der IS oder eine ähnliche Gruppe zurück”.⁴²³ Nachdem Kaplan wohl kaum die Ausbreitung des IS befürwortet, war auch das ein Plädoyer für Containment.

Wie Posen in Bezug auf ISIS wirkten Realisten nicht immer unzufrieden mit Obama in Syrien. “Obama does have an underlying sense of realism and understands that U.S. interests in many places are limited.”⁴²⁴ “Obama has reacted slowly and in a measured way to most international events. He takes his time, remains calm, and prefers to pass the buck to others whose interests are more directly affected.”⁴²⁵ “[Obama] is not running an especially noble foreign policy, but from a purely selfish U.S. perspective, it may be more effective than I used to think.”⁴²⁶ Eine Intervention in Syrien wäre nur ein “act of philanthropy”, den die USA für ihre vermeintlichen Alliierten unternähmen. Obama habe das verstanden, aber, weil er leiste zu wenig Aufklärungsarbeit darüber.⁴²⁷ “[You] saw at this Summary he was not interested in doing Syria. I think Obama understands that all these interventions have not been good for the United States”⁴²⁸

Es gibt aber auch Kritik: “To be sure, the Obama administration has not handled Syria well at all.” Man habe versäumt, Assad einen Ausweg zu bieten und zu viele unrealistische Maximalpositionen formuliert (“Red Line”, “Assad must go”) auch wenn er Syriens chemische Waffen wegverhandelt

422 Posen 2015

423 Kaplan im Interview mit Die Welt (7.2.2016)

424 Walt 2015c

425 Walt 2013c

426 Walt 2014a

427 vgl. Walt 2013f

428 Mearsheimer im Interview mit The National Interest 29.1.2014

habe.⁴²⁹ Zudem habe man versucht, miteinander inkompatible Ziele zu vermengen⁴³⁰ “[Obama’s] policies have helped prolong Syria’s devastating civil war.”⁴³¹ “Obama has not done a good job of explaining the limited nature of U.S. interests there.”⁴³²

3.2.2.4 Syrien laut der Regierung Obamas

Obama wehrte sich fünf Jahre hartnäckig und gegen den Rat großer Teile seiner Regierung und von Beratern (etwa Samantha Power, Hillary Clinton und John Kerry) gegen eine Intervention jedweder Art gegen das syrische Regime von Assad. Er sah das Land und seinen Konflikt nicht als im höchsten nationalen Interesse der USA und jede Form der Intervention entweder als “slippery slope” zu einem ausgedehnten Engagement oder als nutzlos.⁴³³ Sein Berater Rhodes rechtfertigte die Non-Intervention etwa so:

“A no-fly zone in Syria would not solve the problem. People would still kill each other on the ground. ISIL doesn’t have planes. And we would have to devote a lot of resources to maintain this no-fly-zone.”⁴³⁴

Obama sprach sich auch lange gegen eine Bewaffnung syrischer Rebellen aus, weil das wenig erfolgsversprechend sei: “The notion that we could have—in a clean way that didn’t commit U.S. military forces—changed the equation on the ground there was never true.” Dennoch erlaubte er ein solches Programm schließlich, allerdings um lokale Kräfte mit Training und Waffen gegen den IS vorzubereiten, nicht Assad.⁴³⁵ Verteidigungsminister Ashton Carter erklärte: “Where competent ground forces exist, we are supporting them: the Kurds in both Iraq and Syria; [...] That is what our bombing campaign is in service of.”⁴³⁶

In vorherigen Kapiteln angesprochene Vergleiche seiner Politik mit jener gegenüber jener beim Genozid in Ruanda 1994 lehnte Obama ab: In Ruanda hätte möglicherweise eine kleine Intervention genügt, Syrien sei aber wesentlich schwieriger zu lösen und “requires a much larger commitment of forces.” Frühere Konflikte hätten aber durchaus Einfluss auf seine Zurückhaltung:

429 vgl. Walt 2015b

430 vgl. Walt 2015c

431 Mearsheimer 2015

432 Walt 2015d

433 vgl. Goldberg 2016

434 Rhodes im Interview mit The Axe Files (2016, Episode 42)

435 vgl. Goldberg 2016

436 vgl. Carter im Interview mit Foreign Affairs (2015)

“If there had been no Iraq, no Afghanistan, and no Libya, Obama told me, he might be more apt to take risks in Syria”. Ben Rhodes nennt auch “Overextension” als eine von Obamas Sorgen. Dieser selbst bringt Opportunity Costs ins Spiel, weil die USA nicht genug Ressourcen und Zeit auf wichtigeres verwenden könnten, wenn sie sich zu stark auf Syrien konzentrieren.⁴³⁷

Der Einstieg Russlands in den Konflikt habe ihn nicht näher zu einer Intervention gebracht, weil er es für einen teuren Fehler Russlands halte. Russland sei in einer Krise und weltpolitisch schwach, “the fact that [Putin] invades Crimea or is trying to prop up Assad doesn’t suddenly make him a player“.⁴³⁸

Den Einsatz von Giftgas durch Assad nannte Obama 2012 eine “Red Line”:

“We have been very clear to the Assad regime, but also to other players on the ground, that a red line for us is we start seeing a whole bunch of chemical weapons moving around or being utilized. That would change my calculus. That would change my equation.”⁴³⁹

Den Rückzieher nach dem Gasangriff auf Ghouta 2013 argumentiert Obama mit dem Mangel an nationaler und internationaler Unterstützung. Deutschland und Großbritannien hätten beispielsweise eine Nichtteilnahme signalisiert (im UK lehnte das Parlament einen Einsatz ab) und auch der Kongress hätte die Autorisierung nicht erteilen wollen. Laut Vizepräsident Joe Biden limitierte das die Möglichkeiten eines ernsthaften, langfristigen Eingriffs: Obama “didn’t go to Congress to get himself off the hook. He had his doubts at that point, but he knew that if he was going to do anything, he better damn well have the public with him, or it would be a very short ride.”⁴⁴⁰

Eine Rote Linie zu ziehen, auf der man dann nicht besteht, schade der Glaubwürdigkeit, sagen Kritiker. Glaubwürdigkeit sei laut Obama aber kein guter Grund, um in einen Krieg zu ziehen: “Dropping bombs on someone to prove that you’re willing to drop bombs on someone is just about the worst reason to use force.”

Ein weiteres Argument sei, dass man chemische Waffen nicht aus der Luft eliminieren könne. Man müsste also Bodentruppen einsetzen oder die Gefahr in Kauf nehmen, dass die Waffen teilweise

437 vgl. Goldberg 2016.

438 vgl. ebd

439 White House (20.9.2012)

440 vgl. Goldberg 2016

dem IS in die Hände fallen, wenn man die Defensive rund um sie eliminiert.⁴⁴¹ Diese Befürchtung war tatsächlich schon in seinem ursprünglichen Statement zu hören, das er zur Red Line machte. Bei dieser Pressekonferenz sagte er: “We cannot have a situation where chemical or biological weapons are falling into the hands of the wrong people.”⁴⁴²

Obama war stolz auf die Entscheidung, zu diesem Zeitpunkt nach dem Giftgas-Einsatz eine fast sicheren Intervention (seine Regierung hatte sie bereits vorbereitet) abgesagt zu haben. Er habe sich einem militaristisch-interventionistisch geprägten “playbook that comes out of the foreign-policy establishment” entzogen und stattdessen durchgedacht, “what was in America’s interest”. Das wäre “as tough a decision as I’ve made—and I believe ultimately it was the right decision to make.”. Stattdessen sagt Obama, er habe Russland dazu gebracht, Assad die Waffen auszureden und so die Notwendigkeit einer Intervention eliminiert.⁴⁴³

Obama rief Assad schon im Sommer 2011 zum Rücktritt auf, als er Sanktionen gegen die syrischen Eliten ankündigte: “The future of Syria must be determined by its people, but President Bashar al-Assad is standing in their way. [...] We have consistently said that President Assad must lead a democratic transition or get out of the way. He has not led. For the sake of the Syrian people, the time has come for President Assad to step aside.”⁴⁴⁴ Dass er dann nichts dafür tat, um diese Forderung wahr zu machen, wurde wiederum seiner Glaubwürdigkeit ebenfalls angelastet. Obama akzeptierte das nicht:

“That’s a weird argument to me, the notion that if we use our moral authority to say ‘This is a brutal regime, and this is not how a leader should treat his people,’ once you do that, you are obliged to invade the country and install a government you prefer.”

Obama habe anfangs wegen Berichten der Nachrichtendienste auch geglaubt, Assad würde von selbst stürzen, berichtet Goldberg.⁴⁴⁵ Während Obama keine Intervention gegen Assad vornahm, intervenierte er aber sehr wohl innerhalb Syriens gegen den IS. Einerseits über den Aufbau und die Bewaffnung moderaterer Rebellen, andererseits auch mit Luftschlägen. Der IS stelle zwar ebenfalls noch keine existenzielle Bedrohung für die USA dar, aber eine ernste, denn er habe “the capacity to

441 vgl. Goldberg 2016

442 White House (20.9.2012)

443 vgl. Goldberg 2016

444 White House (18.9.2011)

445 vgl. Goldberg 2016

set the whole region on fire. That's why we have to fight it". Kerry zog die Gefahr bis hin zu einer Destabilisierung Europas und damit als eine für die Weltordnung: "Of course we have an interest in this, a huge interest in this."⁴⁴⁶

3.2.2.5 Fazit zu Syrien

Die Diskussion über eine militärische Intervention in Syrien stellte Neoliberale vor schwierige Fragen. Das Leiden der Zivilbevölkerung und die Methoden von IS und Assad-Regime warfen ganz klare moralische Probleme auf, die eine Intervention erfordern würden. Die vertrackte Lage im Land mitsamt den schwierigen Erfolgsaussichten für eine Intervention und die Uneinigkeit in der internationalen Gemeinschaft erschwerten aber eine klare Fürsprecher-Haltung. Dementsprechend waren sich die hier identifizierten VertreterInnen auch nicht einig, was einen militärischen Eingriff oder dessen Ausmaß anbelangt - lediglich eine Invasion mit Bodentruppen wurde gar nicht befürwortet. Limitierte Eingriffe schienen Neoliberalen möglich und erstrebenswert. Das verdeutlicht, dass es ein gewisses Spektrum zwischen internationalistischeren und interventionistischeren Liberalen gibt.

Nach etwas zögerlichem Beginn (mit lediglich der Forderung nach Angriffen aus der Luft und der Bewaffnung lokaler Kämpfer) schwenkten alle Neocon-VertreterInnen im Verlauf des Syrien-Konflikts dazu um, eine Invasion mit Bodentruppen auch gegen Assad zu unterstützen. Dass die USA zumindest irgendwie eingreifen sollten, stand für Neocons nie außer Frage.

Neorealisten befürworteten diplomatische Friedensbemühungen und Flüchtlingshilfe für Syrien, waren aber vehement gegen jede militärische Verwicklung der USA in den Konflikt. Neorealisten hielten auch limitierte Interventionen lediglich einen schleichenden Weg in Richtung großangelegtem Eingriff. Die Mandatsübertretung im Libyen-Konflikt hätte das Vertrauen dazu auch für andere Mächte erschwert. Die Zurückhaltung kam einerseits aus dem berechnenden Grund, dass Realisten keine unmittelbaren US-Interessen betroffen sahen und die Kosten verschiedenster Art zu hoch dafür seien, andererseits wurde sie moralisch argumentiert, weil auch sie befürchten, dass die Lage dadurch nur verschlimmert würde. Es gebe auch keine wirklich unterstützenswerten und erfolgsversprechenden lokalen Player, die einen guten Ausgang für ein Syrien nach Assad (den sie zwar spürbar nicht mochten aber nur diplomatisch aus dem Amt befördern wollten) versprechen

446 vgl. ebd

würden. Und selbst im Falle einer Invasion - die sie natürlich absolut ablehnten - hätten sie das Nation Building-Potential skeptisch gesehen.

Obama verweigerte sich einer Intervention in Syrien. Die US-Interessen seien nicht groß genug, um die hohen Kosten zu rechtfertigen und Optionen auch nicht erfolgsversprechend genug. Für Obama galt das insbesondere, weil die internationale Gemeinschaft im Gegensatz zum Libyen-Fall gespalten war. Ein UN-Mandat fehlte ebenso wie die Unterstützung wichtiger Verbündeter (Großbritannien, Deutschland). Neoliberale legten im Syrien-Konflikt Wert auf multilaterale Lösungen, selbst dann, wenn sie den UN-Sicherheitsrat umgehen wollen, suchten sie dafür legalistische Begründungen. Darauf legten Neorealisten keinen Wert. Sie wollten aber noch viel mehr Burden-Sharing und mehr Verantwortung für Proxy-Mächte. Neokonservative empfanden ein Abhängigmachen einer Intervention vom UN-Sicherheitsrat als “nice to have” aber unrealistisch und unnötig, die Kooperation mit regionalen Playern würde genügen. Mehr noch, die UN sei ein Werkzeug, mit dem Gegner die USA einschränken.

Der Einsatz von chemischen Waffen durch Assad störte die Neorealisten persönlich, änderte aber ihre Kalkulation nicht. Neoliberale waren hier deutlich sensibler und schlugen zumindest Strafaktionen oder mehr vor. Für die Neokonservativen wären diese zwingend gewesen, die USA hätten ihnen zufolge sämtliche Glaubwürdigkeit verspielt, als sie nicht eingegriffen hätten. Glaubwürdigkeitsfragen waren für Obama und Neorealisten nicht genug, um zu intervenieren. Er habe zwar eine “Red Line” gezogen, davor aber zurückgeschreckt sie einzuhalten, da sich die Interessensgleichung für ihn nicht genug änderte. Die Waffen diplomatisch zu beseitigen war ein erfolgreicher Ausweg aus dem Problem.

Neorealisten hielten eine “Balkanisierung” Syriens für möglich. Auch Neoliberale dachten, dass das Land kaum so bestehen bleiben könne und zumindest föderalisiert werden müsse. Dieses Thema fand man so auch bei den Neokonservativen. Obama hat sich dazu nicht geäußert.

Gegen den IS in Syrien wollten Neoliberale eine Containment-Strategie mit dem Aufbau regionaler Gegenkräfte zu den radikalen Islamisten. Damit konnten sich auch Neorealisten sehr gut anfreunden. Kurz waren auch die Neokonservativen dafür zu gewinnen, schlussendlich schwenkten sie aber zu einer Vollintervention als Mittel ihrer Wahl um. Für Obama war der IS wesentlich wichtiger, da er die USA zwar nicht existenziell aber die regionale und internationale Ordnung bedrohe und das rechtfertigte die Bewaffnung lokaler Gruppierungen und Luftschläge.

Allgemein fanden die Neorealisten an der Obama-Regierung gute Elemente im Bezug auf Syrien, die meist mit Burden-Sharing und Zurückhaltung identifiziert werden. Sie warfen ihm jedoch vor, einem interventionistischen, außenpolitischen Establishment im Endeffekt zu wenig Contra zu geben und sich rhetorisch zu wenig zurückzuhalten - insbesondere durch die Formulierung von Maximalbedingungen, die diplomatisch schwer erreichbar wären, wie der Assad-Rücktrittsaufforderung oder der “Red Line” gegen chemische Waffen.) Neoliberale waren sich nicht einig. Nye und Ikenberry scheinen in Anbetracht der schwierigen Lage einigermaßen zufrieden mit Obama, Slaughter warf ihm die Nichtintervention schwer vor. Neocons waren extrem unzufrieden mit Obamas Syrien-Politik. Sie kritisieren ihn dafür, die USA lächerlich und völlig unglaubwürdig zu machen, zu wenig für eine Intervention zu lobbyieren, die regionale Hegemonie herzuschenken und die liberale Weltordnung zu gefährden. Obama war überzeugt davon, das Richtige zu tun, indem er die USA aus dem Konflikt heraushält, hatte aber ansonsten noch keine tatsächliche Bilanz darüber gezogen.

In der Verortung zwischen den Denkschulen lag Obama mit seinen Positionen im Bezug auf Syrien zwischen den internationalistischeren Neoliberalen und Neorealisten. Mit Neokonservativen einte ihn wenig bis gar nichts.

Syrian-Krieg	Neoliberale	Neokonservative	Neorealisten	US-Regierung
Bedeutung des Konflikts für US	Internationale Normen, Humanitär	Gefahr für Weltordnung, Humanitär	Keine wichtigen Sicherheits-Interessen	Keine ausreichend wichtigen Interessen
Intervention	Keine oder limitiert	Mit allen Mitteln	Keine	Keine
Wie vorgehen?	Multilateral, legal	Notfalls unilateral	Diplomatisch, anderen Vortritt lassen	Multilateral, legal oder eben nur diplomatisch
Assads Schicksal	Diplomatisch beseitigen	Hauptsache Regime Change	Notfalls akzeptieren	Rücktrittsforderung, Diplomatie
Giftgas-Einsatz	Eingriffsgrund	Eingriffsgrund	Ändert Lage nicht	Ändert Lage nicht
Strategie gegen IS	Containment	Invasion, Nationbuilding	Containment	Verbündete bewaffnen, Luftschläge
Syriens Zukunft	Neue Grenzen	Neue Grenzen	Neue Grenzen	-
Zufriedenheit mit Regierung	Unterschiedlich	Katastrophal	Teils positiv, teils negativ	-

Tabelle 6: Vergleich der Auswertung von wichtigen Einordnungen der Denkschulen zu Syrien

4 Fazit

Die vorliegende Arbeit hat ihre Forschungsfragen erfolgreich beantwortet. Sie stellt im ersten Teil fest, dass die heute prägenden Denkschulen der US-Außenpolitik in den Traditionen des Liberalismus/Wilsonismus bzw. des Realismus zu finden sind. Diese haben sich ausdifferenziert.

Liberaler IdealistInnen und Wilsonians finden sich heutzutage vor allem in einem Spektrum zwischen Neoliberalismus oder Neokonservatismus wieder. RealistInnen sind einander insgesamt ähnlicher, lassen sich aber in einen Offensiven und Defensiven Neorealismus einteilen. Diese Strömungen dominieren die Debatte über die US-Außenpolitik. Wie sich zeigte, analysieren diese das Geschehen mitunter sehr unterschiedlich und sehen auch sehr unterschiedliche Handlungsmuster für die internationalen Beziehungen der USA vor, die im öffentlichen Diskurs den Spielraum für die Politik framen.

Im Bezug auf die Konflikte in Syrien und Libyen proklamieren Neoliberale sehr stark für die Einhaltung internationaler Normen (z.B.: R2P) durch die internationale Gemeinschaft, um humanitären Schutz zu leisten, zumindest wo dies ohne zusätzliches Leid zu schaffen möglich sei. Neokonservative kritisierten die Untätigkeit der für sie teils feindlich gesinnten, internationalen Gemeinschaft und sahen vor allem die USA in der Pflicht, Menschenrechte und liberale Weltordnung zu verteidigen, und das mit aller militärischen Macht. Von derartigen Überlegungen hielten Neorealisten überhaupt nichts. In Ermangelung von für sie identifizierbaren, harten Interessen wollten sie sich aus beiden Konflikten heraushalten. Die Positionen der VertreterInnen stimmen im Allgemeinen mit den aus der Literatur zu erwartenden Positionen überein.

Obamas Positionen, Aussagen und Handlungen haben in Libyen am ehesten mit jenen der VertreterInnen des Neoliberalismus übereingestimmt, wo er einer legalen, multilateralen und limitierten Intervention zugestimmt hat. In Syrien war er den Neoliberalen ebenfalls relativ nahe, zeigte hier aber auch mehr Übereinstimmung mit den Neorealisten, weil er viel politisches Kapital darauf verwendete, sich aus dem Konflikt heraus zu halten und sich militärisch auf den Kampf gegen den IS konzentrierte.

Ob diese Verortung auch in anderen außenpolitischen Feldern hält, ist eine Frage für zukünftige Untersuchungen.

5 Literaturverzeichnis

5.1 Bücher, e-Books, universitäre Arbeiten

- Ambrosius, Lloyd E. (1991): *Wilsonian Statecraft. Theory and Practice of Liberal Interventionism during World War I.* Wilmington: Scholarly Resources
- Anderson Perry (2013): *American Foreign Policy and Its Thinkers.* London & New York: Verso [e-Book]
- Ben-Yehuda, Hemda; Sandler, Shmuel (2002): *The Arab-Israeli Conflict Transformed.* New York: SUNY Press
- Burchill, Scott; Donelly, Jack; et.al. (2005): *Theories of International Relations (Third Edition).* Basingstoke & New York: Palgrave Macmillan
- Carlsnaes, Walter; Risse-Kappen, Thomas; Simmons, Beth A. (2002): *Handbook of International Relations.* London u.a. : Sage
- Edler, Andreas (2015): *Relativierung des Interventionsverbots durch die Responsibility to Protect (R2P) - Das Fallbeispiel Libyen.* Masterarbeit. Wien: Universität Wien.
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man.* New York: Free Press.
- Gärtner, Heinz (2005): *Internationale Sicherheit. Definitionen von A-Z.* Wien: Nomos.
- Gärtner, Heinz (2014): *Die USA und die Neue Welt.* Berlin: Hopf
- Ikenberry, J. John; Slaughter, Anne-Marie Smith, Tony, et. al (2009): *The Crisis of American Foreign Policy - Wilsonianism in the Twenty-first Century.*
- Ignatieff, Michael (2005): *American Exceptionalism and Human Rights.* Princeton: Princeton University Press
- Kagan, Robert (2012): *The World America Made.* New York, Knopf.[e-Book]
- Keohane, Robert O. (1984): *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy.* Princeton: Princeton University Press
- Keohane, Robert O.; et.al. (1986): *Neorealism and Its Critics.* New York: Columbia University Press.
- Keohane, Robert O., Holzgrefe, J.L. (2003): *Humanitarian Intervention: Ethical, Legal, and Political Dilemmas.* Cambridge u.a.: Cambridge University Press. Princeton: Princeton University Press
- Keohane, Robert O.; Nye, Joseph S. (2012): *Power & Interdependence.* Harvard, Princeton u.A.: Longman. (4. Ausgabe, Originalausgabe 1977 bei Little Brown and Company)

- Kissinger, Henry (2014): World Order. New York: Penguin [e-Book]
- Krasner, Stephen D. (1999): Sovereignty - Organized Hypocrisy. New Jersey: Princeton University Press
- Mann, James (2012): The Obamians - The Struggle Inside the White House to Redefine American Power. New York: Penguin.[e-Book]
- Mead, Walter Russell (2001): Special Providence. American Foreign Policy and How it Changed the World. New York: Knopf.
- Mearsheimer, John (2001): The Tragedy of Great Power Politics. New York: Norton [e-Book]
- Morgenthau, Hans J. (1948): Politics Among Nations. The Struggle For Power And Peace. New York: Knopf.
- Morgenthau, Hans J. (1985): Politics Among Nations. The Struggle For Power And Peace (6th Edition, revised by Kenneth W. Thompson) New York: Knopf.
- Nye, Joseph S. (2013): Presidential Leadership and the Creation of the American Era. Princeton: Princeton University Press
- Nye, Joseph S. (2015): Is the American Century over? Cambridge: Polity Press [e-Book]
- Posen, Barry R. (2014): Restraint - A New Foundation for U.S. Grand Strategy. Ithaca, London: Cornell University Press
- Sestanovich, Stephen (2014): Maximalist - America in the World from Truman to Obama. New York: Knopf
- Steff, Joseph (2011): The Discrepancies of U.S. Foreign Policy - Realism versus Liberalism and Policy versus Rhetoric during the Presidencies of Richard Nixon and Jimmy Carter. Masterarbeit. Wien: Universität Wien.
- Waltz, Kenneth (1979): Theory of International Politics. Berkeley: Addison-Wesley
- Williams, Michael C. (2008): Realism Reconsidered. Oxford, New York u.a.: Oxford University Press

Anmerkung: Bei e-Books werden Verweise auf Paragraphen angegeben, die sich mit jedem e-Reader bzw. der passenden Software (z.B: das kostenlose Programm Calibre) anzeigen lassen. Zudem können Zitate in e-Books auch einfach über die Suchfunktion gefunden werden.

5.2 Essays, Kolumnen, Journale, Magazinbeiträge

- Abrams, Elliott (2012): A Forward Strategy of Freedom. In: Foreign Policy (23.1.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/01/23/a-forward-strategy-of-freedom/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Aleksashenko, Sergey (2015): A three-sided disaster: The American, Russian, and Iranian strategic triangle in Syria. In: Brookings (16.10.2015). Unter: <http://www.brookings.edu/blogs/order-from-chaos/posts/2015/10/16-us-russia-iran-syrian-interests-aleksashenko> (17.5.2016)
- Berger, Alan (2013): The 'let-it-burn' strategy in Syria. In: Boston Globe (22.6.2013). Unter: <http://www.bostonglobe.com/opinion/2013/06/21/the-let-burn-strategy-syria/1oFemcOqyICsNs1jdJpiGL/story.html> (Abgerufen: 15.6.2016)
- Boot, Max (2002): What the Heck Is a 'Neocon'?. In: Council of Foreign Relations. Unter: <http://www.cfr.org/world/heck-neocon/p5343> (Abgerufen: 25.4.2016)
- Dreyfuss, Bob (2011): Obama's Women Advisers Pushed War Against Libya. Unter: <http://www.thenation.com/article/obamas-women-advisers-pushed-war-against-libya/> (Abgerufen: 14.5.2016)
- Etzioni, Amitai (2011): Changing the Rules in: Foreign Affairs. Unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2011-10-17/point-order> (Abgerufen 4.5.2016)
- Ferguson, Niall (2016): Barack Obama's Revolution in Foreign Policy. In The Atlantic (13.3.2016). Unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2016/03/obama-doctrine-revolution/473481/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Freeman jr., Chas W. (2016): The End Of The American Empire. In: War On The Rocks (11.4.2016). Unter: <http://warontherocks.com/2016/04/the-end-of-the-american-empire/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Golberg, Jeffrey (2016): The Obama Doctrine. In: The Atlantic (4/2016). Unter: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- Goldsmith, Benjamin (2014): A Liberal Defense of Barack Obama's Foreign Policy. In E-International Relations. Unter: <http://www.e-ir.info/2014/10/06/a-liberal-defense-of-barack-obamas-foreign-policy/> (Abgerufen: 20.4.2016)
- Heilbrunn, Jacob (2014): The Next Act of the Neocons. In New York Times (5.7.2016). Unter: http://www.nytimes.com/2014/07/06/opinion/sunday/are-neocons-getting-ready-to-ally-with-hillary-clinton.html?_r=2 (Abgerufen: 16.5.2016)
- Hersh, Seymour M. (2013): Whose sarin?. In: London Review of Books (19. Dezember 2013). Unter: <http://www.lrb.co.uk/v35/n24/seymour-m-hersh/whose-sarin> (Abgerufen: 14.5.2016)
- Higgins, Eliot (2013): Sy Hersh's Chemical Misfire. In: Foreign Policy (9.12.2013) Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/12/09/sy-hershs-chemical-misfire/> (Abgerufen: 14.5.2016)
- Ikenberry, G. John:
 - 2011: Ikenberry Replies, In: Foreign Affairs. Unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2011-10-17/point-order> (Abgerufen 4.5.2016)
 - 2011b: Ikenberry's turn. In: Foreign Policy (16.10.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/10/16/ikenberrys-turn/> (Abgerufen: 16.5.2016)
 - et. al., 2012: Lean Forward. In Foreign Affairs (20.11.2012). Unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2012-11-30/lean-forward> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2014: Obama's Pragmatic Internationalism. In: The American Interest (8.4.2014, Vol. 9, No. 6). Unter: <http://www.the-american-interest.com/2014/04/08/obamas-pragmatic-internationalism/> (Abgerufen: 12.5.2016)

- Kagan, Robert:
 - 2011: A foreign policy that needs realism and pragmatism. In: Washington Post (28.4.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/a-foreign-policy-that-needs-realism-and-pragmatism/2011/04/28/AFu8uy8E_story.html (Abgerufen 12.5.2016)
 - 2011a: An imperfect triumph in Libya. In Washington Post (26.8.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/an-imperfect-triumph-in-libya/2011/08/26/gIOA5gC9gJ_story.html (Abgerufen 12.5.2016)
 - 2011b: In Obama's speech, echoes of Kennedy. In: Washington Post (28.3.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/blogs/post-partisan/post/in-obamas-speech-echoes-of-jfk/2011/03/28/AF1WXHrB_blog.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012a: New year, old problems. In Washington Post (6.1.2012). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/new-year-old-problems/2012/01/05/gIOA4f5pfP_story.html (Abgerufen 12.5.2016)
 - et.al. 2012b: Grading Obama's Foreign Policy. In: Foreign Policy. Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/01/24/grading-obamas-foreign-policy/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012c: Scapegoating Susan Rice Does U.S. No Good. In Washington Post (16.11.2012). Unter: <http://www.brookings.edu/research/opinions/2012/11/16-susan-rice-us-kagan> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012d: US can't ignore the Middle East. In Washington Post (20.11.2012). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/robert-kagan-us-cant-ignore-the-middle-east/2012/11/20/a2b4ede0-3331-11e2-bfd5-e202b6d7b501_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - et. al. 2013: A "Plastic Juncture" in World Affairs. In: New York Times (21.1.2013). Unter: <http://www.brookings.edu/research/opinions/2013/01/21-obama-foreign-policy-indyk-kagan> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2014: Superpowers Don't Get To Retire. In: New Republic (27.5.2014). Unter: <https://newrepublic.com/article/117859/superpowers-dont-get-retire> (Abgerufen 12.5.2016)
 - 2014a: America's Dangerous Aversion to Conflict. In: Wall Street Journal (5.9.2014) Unter: <http://www.wsj.com/articles/robert-kagan-why-the-u-s-wants-to-avoid-conflict-1409942201> (Abgerufen: 14.5.2016)
 - 2014b: Obama should take another look at some U.S. foreign policy 'failures'. In: Washington Post (31.10.2014). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/robert-kagan-obama-should-take-another-look-at-some-us-foreign-policy-failures/2014/10/31/ebecd42c-611b-11e4-91f7-5d89b5e8c251_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2015: The Crisis of World Order. In: Wall Street Journal (20.11.2015). Unter: <http://www.wsj.com/articles/the-crisis-of-world-order-1448052095?cb=logged0.750114589768444> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2016: Trump is the GOP's Frankenstein monster. Now he's strong enough to destroy the party. In: Washington Post (25.2.106). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/trump-is-the-gops-frankenstein-monster-now-hes-strong-enough-to-destroy-the-party/2016/02/25/3e443f28-dbc1-11e5-925f-1d10062cc82d_story.html (Abgerufen: 16.5.2016)
- Kaplan, Robert D:
 - 2011: One Small Revolution. In: NYTimes.com (22.1.2011) Unter: <http://www.nytimes.com/2011/01/23/opinion/23kaplan.html> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2012: Why John J. Mearsheimer Is Right (About Some Things). In The Atlantic (Ed. Jan/Feb 2012). Unter: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2012/01/why-john-j-mearsheimer-is-right-about-some-things/308839/> (Abgerufen 11.5.2016)
 - 2013: Rise and Fall - Book Review: 'Balance', by Glenn Hubbard and Tim Kane. In. NYTimes.com (4.8.2013). Unter <http://www.nytimes.com/2013/08/04/books/review/balance-by-glenn-hubbard-and-tim-kane.html> (Abgerufen 11.5.2016)
 - 2014: In Defense of Empire. In The Atlantic (Ed. April 2014). Unter <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2014/04/in-defense-of-empire/358645/> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2015: The Art of Avoiding War. In: The Atlantic (Ed. Juni 2015). Unter: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2015/06/the-art-of-avoiding-war/392060/> (Abgerufen: 11.5.2016)
- Kennedy, Robert F. (2015): Why the Arabs Don't Want Us in Syria. In: Politico: (22.2.2016). Unter: <http://www.politico.com/magazine/story/2016/02/rfk-jr-why-arabs-dont-trust-america-213601?o=0> (Abgerufen: 17.5.2016)

- Keohane, Robert O.:
 - 2011: When Should the US Intervene? Criteria for Military Intervention in Weak Countries. In: Cornell International Affairs Review. (Vol. 5, No. 1) Unter: <http://www.studentpulse.com/articles/1217/when-should-the-us-intervene-criteria-for-military-intervention-in-weak-countries> (Abgerufen: 12.5.2016)
- Kirshner, Jonathan (2016): Machinations of Wicked Men. In: Boston Review (9.3.2016). Unter: <http://bostonreview.net/books-ideas/jonathan-kirshner-niall-ferguson-henry-kissinger> (Abgerufen 16.5.2016)
- Kolb, Matthias (2013): Was wusste Obama über das Giftgas? In: Süddeutsche Zeitung (11.12.2013). Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/sarin-einsatz-in-syrien-was-obama-ueber-giftgas-wusste-und-was-er-der-welt-sagte-1.1839310> (Abgerufen: 14.5.2016)
- Krauthammer, Charles:
 - 2004: In Defense of Democratic Realism. In: The National Interest (Edit Fall 2004). S. 15-25.
 - 2011: From Baghdad to Benghazi. In: Washington Post (3.3.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/from-baghdad-to-benghazi/2011/03/03/ABstsYN_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011a: Obama and Libya: The professor's war. In Washington Post (24.3.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/obama-and-libya-the-professors-war/2011/03/24/ABPjvmRB_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011b: Syria's "reformer". In: Washington Post (31.3.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/syrias-reformer/2011/03/31/AFy4JFCC_story.html (Abgerufen 12.5.2016)
 - 2011c: The Obama doctrine: Leading from behind. In Washington Post (28.4.2011) Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/the-obama-doctrine-leading-from-behind/2011/04/28/AFBCy18E_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011d: Who takes us to war?. In: Washington Post (23.6.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/who-takes-us-to-war/2011/06/23/AGwFS4hH_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011e: Libyan "crossfire". In: Washington Post (27.10.2011). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/libyan-crossfire/2011/10/27/g1QA1DXMNM_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012: Syria - It's not just about freedom. In Washington Post (2.2.2012). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-syria--its-not-just-about-freedom/2012/02/02/g1QAYVhVIQ_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012a: While Syria burns. In: Washington Post (26.4.2012). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/while-syria-burns/2012/04/26/g1QAQUC0jT_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012b: The Islamist ascendancy. In: Washington Post (12.7.2012). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-the-islamist-ascendancy/2012/07/12/gJQArj9PgW_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012c: Collapse of the Cairo Doctrine. In Washington Post (20.9.2012). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-collapse-of-the-cairo-doctrine/2012/09/20/72fb7f62-035f-11e2-91e7-2962c74e7738_story.html (Abgerufen: 12.5.2012)
 - 2013: The Language of Terror. In: Washington Post (18.4.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-the-language-of-terror/2013/04/18/0d6f7f26-a85b-11e2-a8e2-5b98cb59187f_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013a: Redacted truth, subjunctive outrage. In Washington Post (16.5.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-redacted-truth-subjunctive-outrage/2013/05/16/de28aee8-be64-11e2-97d4-a479289a31f9_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013b: Obama's Dorothy Doctrine. In Washington Post (30.5.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-obamas-dorothy-doctrine/2013/05/30/469fcffc-c954-11e2-8da7-d274bc611a47_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013c: Message from the ruins of Qusair. In: Washington Post (30.5.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-message-from-the-ruins-of-qusair/2013/06/06/32b64cc0-ced9-11e2-8f6b-67f40e176f03_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013d: America sidelined, barely relevant. In: Washington Post (20.6.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-america-sidelined-barely-relevant/2013/06/20/be08cdec-d9cf-11e2-a016-92547bf094cc_story.html (Abgerufen 12.5.2016)

- 2013e: Shamed into war. In: Washington Post (29.8.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-shamed-into-war/2013/08/29/b97a67a8-10cb-11e3-b4cb-fd7ce041d814_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2013f: Unless he's serious, vote no. In: Washington Post (5.9.2013). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-unless-hes-serious-vote-no/2013/09/05/18fb85be-165c-11e3-804b-d3a1a3a18f2c_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014: Obama's foreign policy of denial. In: Washington Post (1.5.2014). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-obamas-foreign-policy-of-self-delusion/2014/05/01/3e17ad48-d16c-11e3-937f-d3026234b51c_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014a: Abdication has a price. In: Washington Post (19.6.2014). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-abdication-has-a-price/2014/06/19/6214d4fe-f7e6-11e3-8aa9-dad2ec039789_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014b: On Obama's foreign policy, Clinton got it right. In: Washington Post (14.8.2014). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-on-obamas-foreign-policy-clinton-got-it-right/2014/08/14/e67278b4-23e3-11e4-958c-268a320a60ce_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014c: Interpreting the Islamic State's jihadi logic. In: Washington Post (18.9.2014). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-the-islamic-states-jihadi-logic/2014/09/18/9b76154a-3f64-11e4-9587-5dafd96295f0_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014d: Our real Syria strategy - containment plus. In: Washington Post (25.9.2014). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/charles-krauthammer-our-real-syria-strategy--containment-plus/2014/09/25/dd8828b2-44e9-11e4-9a15-137aa0153527_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015: Obama's Nixon doctrine: anointing Iran. In: Washington Post (23.4.2015). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/obamas-nixon-doctrine-anointing-iran/2015/04/23/c5e42846-e9e9-11e4-aae1-d642717d8afa_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015a: A new strategy for Iraq and Syria. In: Washington Post (18.6.2015). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/a-strategy-for-iraq-and-syria/2015/06/18/20a52e28-15f1-11e5-9518-f9e0a8959f32_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015b: Obama's Syria debacle. In: Washington Post (1.10.2015). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/obamas-world-falls-apart/2015/10/01/50c2a7d6-686f-11e5-8325-a42b5a459b1e_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015c: Putin marches, Obama watches. In: Washington Post (22.10.2015). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/putin-marches-obama-watches/2015/10/22/82643b98-78e5-11e5-bc80-9091021aeb69_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015d: Obama's phony war. In: Washington Post (19.11.2015). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/obamas-phony-war/2015/11/19/cacea0dc-8eeb-11e5-ae1f-af46b7df8483_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015e: The Syrian immigration cul-de-sac. In: Washington Post (26.11.2015). Unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/the-syrian-immigration-cul-de-sac/2015/11/26/787f3fbc-93a0-11e5-b5e4-279b4501e8a6_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
- Kristol, William:
 - 2012: The U.N. Excuse. In: The Weekly Standard (1.6.2012). Unter: <http://www.weeklystandard.com/the-u.n.-excuse/article/646370> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2012a: All the World Wonders. In: The Weekly Standard (1.10.2012). Unter: <http://www.weeklystandard.com/all-the-world-wonders/article/652883> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2012b: When Leading (Even from Behind) Gets Tough, Obama Gets Going. In: The Weekly Standard (2.10.2012). Unter: <http://www.weeklystandard.com/when-leading-even-from-behind-gets-tough-obama-gets-going/article/653375> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2013: Pathetic. In: The Weekly Standard (18.3.2013). Unter: <http://www.weeklystandard.com/pathetic/article/720710> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2013a: Losing the Game. In: The Weekly Standard (13.5.2013). Unter: <http://www.weeklystandard.com/losing-the-game/article/720547> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2013b: Inaction and Deception. In: The Weekly Standard (20.5.2013). Unter: <http://www.weeklystandard.com/inaction-and-deception/article/722021> (11.5.2016)
 - 2013c: The Real Scandal. In: The Weekly Standard (27.5.2013). Unter: <http://www.weeklystandard.com/the-real-scandal/article/724715> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2013d: In: Regime Change. In: The Weekly Standard (30.8.2013). Unter: <http://www.weeklystandard.com/regime-change/article/751465> (Abgerufen: 11.5.2016)
 - 2013e: From Bad to Worse. In: The Weekly Standard (30.9.2013). Unter: <http://www.weeklystandard.com/from-bad-to-worse/article/756463> (Abgerufen: 11.5.2016)

- 2014: Kerry's Red Line. In: The Weekly Standard (7.9.2014). Unter: <http://www.weeklystandard.com/kerrys-red-line/article/804471> (Abgerufen: 11.5.2016)
- 2014a: American Leadership at Its Best. In: The Weekly Standard (22.9.2014). Unter: <http://www.weeklystandard.com/american-leadership-at-its-best/article/804829> (Abgerufen: 11.5.2016)
- Leonard, Mark (2016): The New Interventionists. In: Project Syndicate (7.3.2016). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/interventionism-effect-on-global-order-by-mark-leonard-2016-03> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Mearsheimer, John:
 - 1995: The False Promise of International Institutions. In: International Security (Ed. Winter 1994/95). S. 5-49
 - 2005: Hans Morgenthau and the Iraq war: realism versus neo-conservatism. In: openDemocracy.net. Unter: https://www.opendemocracy.net/democracy-americanpower/morgenthau_2522.jsp (Abgerufen 5.5.2016)
 - 2011: Obama and the Iron Cage. In: Counterpunch (23.5.2011). Unter: <http://www.counterpunch.org/2011/05/23/obama-and-the-iron-cage-2/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2014: America Unhinged. In: The National Interest (Ed. 129, Jan/Feb 2014). Unter: <http://mearsheimer.uchicago.edu/pdfs/America%20Unhinged.pdf> (Abgerufen: 5.5.2016)
 - 2015: What Is America's Purpose?. In The National Interest (Ed. 139, Sep/Oct. 2015).
- Nye, Joseph:
 - 2011: From Lone Ranger to smart arranger. In: Politico (7.4.2011). Unter: <http://www.politico.com/story/2011/04/from-lone-ranger-to-smart-arranger-052660> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011a: A Trip to Libya. In: Boston Globe (12.4.2011). Unter http://www.boston.com/bostonglobe/editorial_opinion/letters/articles/2011/04/12/a_2007_trip_to_libya/ (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011b: Syria Can Prove that Sanctions Do Work. In Financial Times (9.6.2011). Unter: http://belfercenter.ksg.harvard.edu/publication/21112/syria_can_prove_that_sanctions_do_work.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012: The Intervention Dilemma. In: Project Syndicate (8.6.2012). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/the-intervention-dilemma> (Abgerufen 12.5.2016)
 - 2012a: The Obama Doctrine's First Term (8.8.2012). Unter <https://www.project-syndicate.org/commentary/the-obama-doctrine-s-first-term-by-joseph-s-nye> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013a: The Foreign Policy Behind The Arab Revolution. In: Washington Post (30.8.2013). Unter: http://www.washingtonpost.com/opinions/the-foreign-policy-risk-behind-the-arab-revolutions/2013/08/30/a033837c-1005-11e3-8cdd-bcdc09410972_story.html (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013b: Do Presidents Really Steer Foreign Policy? In: The Atlantic (Ed. June 2013). Unter: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2013/06/do-presidents-matter/309307/> (Abgerufen: 16.5.2016)
 - 2014: Duties Without Borders. In Project Syndicate (10.3.2014). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-considers-the-limits-of-political-leaders--transnational-moral-obligations> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2014a: Putin's Calculus. In: Project Syndicate (10.4.2014). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-asks-whether-russia-s-short-term-gains-in-ukraine-will-be-worth-the-long-term-loss-of-soft-power> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2015a: How to Fight the Islamic State. In Project Syndicate (8.9.2015) <https://www.project-syndicate.org/commentary/how-to-fight-the-islamic-state-by-joseph-s-nye-2015-09> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2015b: Which Way for US Foreign Policy. In: Project Syndicate (12.10.2015) <https://www.project-syndicate.org/commentary/three-questions-for-us-foreign-policy-by-joseph-s-nye-2015-10> (Abgerufen: 12.5.2016)
- Obama, Barack; Cameron, David; Sarkozy, Nicolas (2011): Libya's Pathway to Peace. In: New York Times (14.4.2011). Unter: http://www.nytimes.com/2011/04/15/opinion/15iht-edlibya15.html?_r=1 (Abgerufen am 16.5.2016)
- Pillar, Paul R. (2014): Breaking Down the Freedom Agenda. In: National Interest (5.1.2014). Unter: <http://nationalinterest.org/blog/paul-pillar/backhanded-democratization-the-middle-east-9669> (Abgerufen: 16.5.2016)

- Posen, Barry:
 - 2013: Pull Back. In: Foreign Affairs (Jan/Feb 2013). Unter: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2013-01-01/pull-back> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2014: The Case for Doing Nothing in Iraq. In Politico (16.6.2014). Unter: <http://www.politico.com/magazine/story/2014/06/the-case-for-doing-nothing-in-iraq-107913> (Abgerufen: 16.5.2016)
 - 2015: Contain ISIS. In: The Atlantic (20.11.2015). Unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2015/11/isis-syria-iraq-containment/416799/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- Rudolf, Peter (2013): Schutzverantwortung und humanitäre Intervention. In: APuZ (1.9.2013). Unter: <http://www.bpb.de/apuz/168165/schutzverantwortung-und-humanitaere-intervention?p=all> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Russett, Bruce; Oneal, John R.; Davis, David R. (1998): The Third Leg of the Kantian Tripod for Peace: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-85. In: International Organization, Vol. 52, No. 3 (Summer, 1998), pp. 441-467. Unter: <http://www.jstor.org/stable/2601398> (Abgerufen: 17.5.2016)
- Schake, Kori:
 - 2011: How to get rid of Qaddafi. In: Foreign Policy (7.3.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/07/how-to-get-rid-of-qaddafi/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011a: Time to act: How to implelent no-fly zone. In Foreign Policy /10.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/10/time-to-act-how-to-implement-no-fly-zone/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011b: The U.S. sits one out. In: Foreign Policy (18.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/18/the-u-s-sits-one-out/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011c: Multilateralism Obama style. In: Foreign Policy (22.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/22/multilateralism-obama-style/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011d: Unsatisfying explanation. In: Foreign Policy (29.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/29/unsatisfying-explanation/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011e: Leading from behind. In: Foreign Policy. Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/04/27/leading-from-behind/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011f: Obama on regime change: Better than Bush? In: Foreign Policy (25.8.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/08/25/obama-on-regime-change-better-than-bush/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2011g: The cheers for the Arab League. In: Foreign Policy (14.11.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/11/14/three-cheers-for-the-arab-league/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012: Slow Waltz On Syria. In Foreign Policy (4.4.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/04/04/slow-waltz-on-syria/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012a: Mistaking symptoms for causes. Foreign Policy (9.8.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/08/09/mistaking-symptoms-for-causes/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013: A Syria policy even Obama could love. In: Foreign Policy (13.5.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/05/13/a-syria-policy-even-obama-could-love/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013a: A strategy for intervention in Syria: help the refugees. In: The Guardian (31.5.2013). Unter: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/may/31/intervention-strategy-syria-help-refugees> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013b: Suffice to say. In Foreign Policy (14.6.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/06/14/suffice-it-to-say/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013c: The Responsibilities of Civilian and Military Leaders. In Foreign Policy (22.7.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/07/22/the-responsibilities-of-civilian-and-military-leaders/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013d: On Syria, Obama Administration Disproves Obama Doctrine. In: Foreign Policy (31.8.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/08/31/on-syria-obama-administration-disproves-obama-doctrine/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013e: In Support of Congressional Authorization on Syria. In Foreign Policy (5.9.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/09/05/in-support-of-congressional-authorization-on-syria/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2013f: 14 Things Obama Should Have Said in His Syria Speech. In: Foreign Policy (11.9.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/09/11/14-things-obama-should-have-said-in-his-syria-speech/> (Abgerufen: 12.5.2016)

- 2014: Obama's Baseball Metaphor Makes No Sense. In: Foreign Policy (29.4.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/04/29/obamas-baseball-metaphor-makes-no-sense/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014a: Treating the Symptoms, Letting the Sickness Mutate. In: Foreign Policy (8.8.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/08/08/treating-the-symptoms-letting-the-sickness-mutate/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2014b: Step Away, So Nothing, Pat Self on Back. In: Foreign Policy (26.8.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/08/26/step-away-do-nothing-pat-self-on-back/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015: Patience Isn't Always a Virtue. In: Foreign Policy (9.2.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/02/09/patience-isnt-always-a-virtue-obama-national-security-strategy/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015a: Make America Great Again - And Open Our Doors to Syrian Refugees. In: Foreign Policy (11.9.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/09/11/how-can-america-be-great-if-we-dont-open-our-doors-syria-refugees-republican-party/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015b: The Right Time for America to Lead From Behind. In: Foreign Policy (15.11.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/11/15/the-right-time-for-america-to-lead-from-behind-paris-france-nato/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2016: Obama: Fighting Wars He Believes Unwinnable. In: The Atlantic (14.3.2016). Unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2016/03/obama-doctrine-wars-military/473550/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2016a: The Inherent Fallacy of Believing We Can Beat the Islamic State Without U.S. Ground Troops. In: Foreign Policy (20.4.2016). Unter: <http://foreignpolicy.com/2016/04/20/the-u-s-cant-beat-the-islamic-state-without-ground-troops-and-no-one-will-admit-it/> (Abgerufen 12.5.2016)
- 2016b: A Winning Strategy: Combine Military Force With Good Governance. In: Hoover Institute (24.3.2016). Unter: <http://www.hoover.org/research/winning-strategy-combine-military-force-good-governance> (Abgerufen 16.5.2016)
- Sestanoivch, Stephen (2016): The Long History of Leading From Behind. In: The Atlantic (Ed. Jan/Feb 2016). Unter: <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/01/the-long-history-of-leading-from-behind/419097/> (Abgerufen 16.5.2016)
- Slaughter, Anne-Marie:
 - 2011: Fiddling While Libya Burns. In: New York Times (13.3.2011). Unter: <http://www.nytimes.com/2011/03/14/opinion/14slaughter.html> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012: How to Halt the Butchery in Syria. In New York Times (23.2.2012). Unter: http://www.nytimes.com/2012/02/24/opinion/how-to-halt-the-butchery-in-syria.html?_r=0 (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012a: An Iron Grip Shows Signs of Weakening. In: New York Times (5.2.2012, Aktualisiert: 12.9.2012). Unter: <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2012/02/06/is-assads-time-running-out/an-iron-grip-shows-signs-of-weakening> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012b: The Violence In Libya Provides More Reason To Stop The Conflict In Syria In: New York Times (11.9.2012, Aktualisiert: 8.5.2015). Unter: <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2012/09/12/does-mideast-democracy-complicate-diplomacy/the-violence-in-libya-provides-more-reason-to-stop-the-conflict-in-syria> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2012c: Overcautious Obama. Unter Project Syndicate (16.10.2012). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/the-costs-of-us-non-intervention-in-syria-by-anne-marie-slaughter> (Abgreufen 12.5.2016)
 - 2013: Obama should remember Rwanda as he weighs action in Syria. In: Washington Post (26.4.2013). Unter : https://www.washingtonpost.com/opinions/obama-should-remember-rwanda-as-he-weighs-action-in-syria/2013/04/26/08f77c20-ae8a-11e2-8bf6-e70cb6ae066e_story.html (Abgerufen: 15.5.2016)
 - 2013a: The Syria Lessons. In: Project Syndicate (18.5.2013). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/the-consequences-of-ruling-out-military-intervention-in-syria-by-anne-marie-slaughter> (Abgerufen 12.5.2016)
 - 2014: Stopping the Syria Contagion. In Project Syndicate (18.1.2014). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/anne-marie-slaughter-proposes-three-steps-to-maximize-the-chances-of-success-at-next-week-s-geneva-ii-peace-conference> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - 2014a: Don't Fight In Iraq And Ignore Syria. In: New York Times (17.6.2014). Unter: <http://www.nytimes.com/2014/06/18/opinion/dont-fight-in-iraq-and-ignore-syria.html> (Abgerufen: 12.5.2016)

- 2014b: How to Fix America's Foreign Policy. In: New Republic (19.11.2014). Unter: <https://newrepublic.com/article/120030/world-order-review-what-obama-should-learn-kissingers-book> (Abgerufen: 16.5.2016)
- 2015: A No-Fly-Zone For Syria. In: Project Syndicate (25.8.2015). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/no-fly-zone-syria-by-anne-marie-slaughter-2015-08> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2015a: Engaging The World In Syria. In Project Syndicate (30.10.2015). Unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/syria-peace-agreement-global-cooperation-by-anne-marie-slaughter-2015-10> (Abgerufen: 12.5.2016)
- 2016: A Settlement For Syria. In: New America (7.1.2016). Unter: <https://www.newamerica.org/new-america/a-settlement-for-syria/> (Abgerufen 12.5.2016)
- Stokes, Bruce (2014): Between Assad and a Hard Place. In: Foreign Policy (18.6.2014). Unter <http://foreignpolicy.com/2014/06/18/between-assad-and-a-hard-place/> (Abgerufen: 17.5.2016)
- Sykes, David (2012): An Evaluation of Neoconservative Foreign Policy. In: E-International Relations. Unter: <http://www.e-ir.info/2012/04/01/an-evaluation-of-neoconservative-foreign-policy/> (Abgerufen: 20.4.2016)
- Walt, Stephen M.:
 - 1998: One World, Many Theories. In Foreign Policy (No. 110, Spring 1998). S. 29-46. Unter URL: <http://www.jstor.org/stable/1149275> (Abgerufen 30.4.2016)
 - 2011: A Brief Note on Libya. In: Foreign Policy (22.2.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/02/22/a-brief-note-on-libya/> (Abgerufen 10.5.2016)
 - 2011a: What should we do about Libya? In Foreign Policy (8.3.2011). Unter <http://foreignpolicy.com/2011/03/08/what-should-we-do-about-libya-updated/> . (Abgerufen: 11.4.2016)
 - 2011b: What does the U.N.'s decision mean for Libya? For the rest of the world? (UPDATED), Foreign Policy 18.3.2011. Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/18/what-does-the-u-n-s-decision-mean-for-libya-for-the-rest-of-the-world-updated/> (Abgerufen 10.5.2016)
 - 2011c: What intervention in Libya tells us about the neocon-liberal alliance. In Foreign Policy (21.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/21/what-intervention-in-libya-tells-us-about-the-neocon-liberal-alliance/> (Abgerufen: 10.5.2016)
 - 2011d: Social science and the Libyan adventure. In: Foreign Policy (24.3.2011). Unter <http://foreignpolicy.com/2011/03/24/social-science-and-the-libyan-adventure/> (Abgerufen: 10.5.2016)
 - 2011e: What do we know so far about the Libya-Intervention? In: Foreign Policy (28.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/28/what-do-we-know-so-far-about-the-libya-intervention/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011f: Why Obama's Libya-Speech didn't matter. In: Foreign Policy (29.3.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/03/28/what-do-we-know-so-far-about-the-libya-intervention/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011g: Top 5 reasons we keep fighting all these wars. In: Foreign Policy (4.4.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/04/04/top-5-reasons-we-keep-fighting-all-these-wars/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011h: That 'massacre' in Benghazi: A response to David Bosco In: Foreign Policy (8.4.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/04/08/that-massacre-in-benghazi-a-response-to-david-bosco/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011i: The Intervention Paradox. In: Foreign Policy (20.4.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/04/20/the-intervention-paradox/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011j: Taking Qaddafi out (and not for dinner). In: Foreign Policy (25.4.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/04/25/taking-qaddafi-out-and-not-for-dinner/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011k: Twilight for Qaddafi. In: Foreign Policy (13.5.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/05/13/twilight-for-qaddafi/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011l: On Qaddafi. In Foreign Policy (21.10.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/10/21/on-qaddafi/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011m: Avoiding a mission accomplished moment in Libya. In: Foreign Policy (22.8.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/08/22/avoiding-a-mission-accomplished-moment-in-libya/> (Abgerufen: 13.5.2016)
 - 2011n: Why the Libyan Revolution may not matter very much. In: Foreign Policy (24.8.2011). Unter: <http://foreignpolicy.com/2011/08/24/why-the-libyan-revolution-may-not-matter-very-much/> (Abgerufen: 13.5.2016)

- 2012: Do I Believe In International Law?. In: Foreign Policy (9.2.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/02/09/do-i-believe-in-international-law/> (Abgerufen: 9.5.2016)
- 2012a: Drive-by interventionism: Does Libya's fate hold lessons for Syria? In: Foreign Policy (21.2.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/02/21/drive-by-interventionism-does-libyas-fate-hold-lessons-for-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012b: Bait and switch in Syria. In: Foreign Policy (27.2.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/02/27/bait-and-switch-in-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012c: What to do about Syria. In: Foreign Policy (11.4.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/04/11/what-to-do-about-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012d: What if Realists were in charge of U.S.-Foreign Policy? In: Foreign Policy (30.4.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/04/30/what-if-realists-were-in-charge-of-u-s-foreign-policy/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012e: Hail Mary time: A far-fetched plan to solve the Syrian mess In: Foreign Policy (9.5.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/05/09/hail-mary-time-a-far-fetched-plan-to-solve-the-syrian-mess/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012f: Catching up on the news. In: Foreign Policy (18.6.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/06/18/catching-up-on-the-news/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012g: What the election means for American foreign policy In: Foreign Policy (9.8.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/08/09/what-the-election-means-for-american-foreign-policy/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012h: Why are U.S. leaders so obsessed with credibility? In: Foreign Policy (11.9.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/09/11/why-are-u-s-leaders-so-obsessed-with-credibility/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012i: What if there's real change in the Middle East? In: Foreign Policy (9.10.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/10/09/what-if-theres-real-change-in-the-middle-east> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012j: How do you sustain public support for wars of choice? In: Foreign Policy (11.10.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/10/11/how-do-you-sustain-public-support-for-wars-of-choice/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012k: Arm, train, fail (repeat as necessary). In: Foreign Policy (16.10.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/10/16/arm-train-fail-repeat-as-necessary/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2012l: Scuds over Syria: Is Assad escalating the war? In: Foreign Policy (). Unter: <http://foreignpolicy.com/2012/12/12/scuds-over-syria-is-assad-escalating-the-war/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013: Arms and influence. In: Foreign Policy (19.2.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/02/19/arms-and-influence/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013a: The dearth of strategy on Syria. In: Foreign Policy (21.3.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/03/21/the-dearth-of-strategy-on-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013b: Does it matter if Assad used Sarin? In: Foreign Policy (26.4.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/04/26/does-it-matter-if-assad-used-sarin/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013c: Barack the buck-passer. In: Foreign Policy (8.5.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/05/08/barack-the-buck-passer/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013d: What is Obama REALLY doing in Syria? In: Foreign Policy (24.6.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/06/24/what-is-obama-really-doing-in-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013e: Short Takes on Recent Events. In: Foreign Policy (7.8.2012). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/08/07/short-takes-on-recent-events/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013f: Does Obama Lack 'Ambition' to Shape the World? In: Foreign Policy (16.8.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/08/16/does-obama-lack-ambition-to-shape-the-world/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013g: We're Going to War Because We Just Can't Stop Ourselves In: Foreign Policy (27.8.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/08/27/were-going-to-war-because-we-just-cant-stop-ourselves/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013h: An Imaginative, Creative Way to Deal with the Syrian Crisis. In: Foreign Policy (29.8.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/08/29/an-imaginative-creative-way-to-deal-with-the-syrian-crisis/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013i: Applying the 8 Questions of the Powell Doctrine to Syria. In: Foreign Policy (3.9.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/09/03/applying-the-8-questions-of-the-powell-doctrine-to-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)

- 2013j: An Open Letter to My Congressman About Syria. In: Foreign Policy (6.9.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/09/06/an-open-letter-to-my-congressman-about-syria/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013k: Syria matters less than everyone thinks. In: Foreign Policy (9.9.2013). Unter: <http://foreignpolicy.com/2013/09/09/syria-matters-less-than-everyone-thinks/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2013l: Type of Weapons Assad Uses Shouldn't Affect U.S. Policy. In: New York Times (26.8.2013). Unter: <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2013/08/26/is-an-attack-on-syria-justified/type-of-weapons-assad-uses-shouldnt-affect-us-policy> (Abgerufen: 15.5.2016)
- 2014: Do No (More) Harm. In: Foreign Policy (7.8.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/08/07/do-no-more-harm/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2014a: Is Barack Obama More of a Realist Than I Am? In: Foreign Policy (19.8.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/08/19/is-barack-obama-more-of-a-realist-than-i-am/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2014b: Much Ado About the Islamic State. In: Foreign Policy (13.10.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/10/13/much-ado-about-the-islamic-state/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2014c: The Top 5 Foreign Policy Lessons of the Past 20 Years In: Foreign Policy (18.11.2014). Unter: <http://foreignpolicy.com/2014/11/18/the-top-5-foreign-policy-lessons-of-the-past-20-years/> (Abgerufen: 15.5.2016)
- 2015: The Credibility Addiction. In: Foreign Policy (6.1.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/01/06/the-credibility-addiction-us-iraq-afghanistan-unwinnable-war/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2015a: Just Say No. In: Foreign Policy (31.3.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/03/31/just-say-no-us-war-on-terror-yemen-iraq/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2015b: Could We Have Stopped This Tragedy? In: Foreign Policy (21.9.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/09/21/could-we-have-stopped-this-tragedy-syria-intervention-realist/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2015c: Who Is a Better Strategist? Obama or Putin?. In: Foreign Policy (9.10.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/10/09/who-is-a-better-strategist-obama-or-putin/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- 2015d: Lax Americana. In: Foreign Policy (23.10.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/10/23/lax-americana-obama-foreign-policy-retreat-syria-putin-ukraine/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2015e: Whose Lives Matter? In: Foreign Policy (2.11.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/11/02/whose-lives-matter-refugees-humanitarian-crises-syria-sudan/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2015f: I changed my mind ... In: Foreign Policy (13.3.2015). Unter: <http://foreignpolicy.com/2015/03/13/i-changed-my-mind/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- 2016: What Would a Realist World Have Looked Like? In: Foreign Policy (8.1.2016). Unter: <http://foreignpolicy.com/2016/01/08/what-would-a-realist-world-have-looked-like-iraq-syria-iran-obama-bush-clinton/> (Abgerufen: 13.5.2016)
- 2016a: Why Is America So Bad at Promoting Democracy in Other Countries? In: Foreign Policy (25.4.2016). Unter: <http://foreignpolicy.com/2016/04/25/why-is-america-so-bad-at-promoting-democracy-in-other-countries/> (Abgerufen: 26.4.2016)
- Wehrey, Frederic (2015): The Battle for Libya's Oil. In: The Atlantic (9.2.2015). Unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2015/02/the-battle-for-libyas-oil/385285/> (Abgerufen: 16.5.2016)

5.3 Interviews, Vorträge, Medienbeiträge

- Carter, Ashton:
 - Interview mit Foreign Affairs (2015). Unter: <https://www.foreignaffairs.com/interviews/2015-08-05/scholar-secretary> (Abgerufen: 17.5.2016)
- Ikenberry, G. John:
 - Interview mit Yale School of Management (15.10.2014). Unter: <https://www.youtube.com/watch?v=h8iYM61-CKs> (Abgerufen: 12.5.2016)

- Kaplan, Robert D:
 - Interview mit Die Welt (7.2.2016). Unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151873900/Was-Putin-folgen-wuerde-waere-nur-noch-schlimmer.html> (Abgerufen: 13.5.2016)
- Keohane, Robert:
 - Interview mit E-International-Relations (26.2.2016). Unter: <http://www.e-ir.info/2016/02/26/interview-robert-o-keohane/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - Vortrag an Brigham Young University (20.9.2012). Unter: <https://www.youtube.com/watch?v=zBEvflaWM88> (Abgerufen: 12.5.2016)
- Krauthammer, Charles:
 - Rede am American Enterprise Institute (10.2.2014). Unter: <http://www.aei.org/publication/democratic-realism/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Nye, Joseph:
 - Interview mit The Diplomat (26.7.2012). Unter <http://thediplomat.com/2012/07/the-interview-joseph-s-nye/> (Abgerufen: 12.5.2016)
- Mearsheimer, John:
 - Interview mit NPR (25.9.2002). Unter: <http://www.npr.org/programs/totn/transcripts/2002/sep/020925.conan.html> (Abgerufen: 16.5.2016)
 - Interview mit Theory Talks (24.6.2012). Unter: <http://www.theory-talks.org/2012/06/theory-talk-49.html> (Abgerufen: 9.5.2016)
 - Interview mit Chicago Tonight (3.9.2013). Unter: <http://chicagotonight.wttw.com/2013/09/03/america-syria-brink> (Abgerufen: 9.5.2016)
 - Interview mit Chicago Tonight (10.9.2013). Unter: <http://chicagotonight.wttw.com/2013/09/10/president-obama-address-nation-syria> (Abgerufen: 9.5.2016)
 - Interview mit Chicago Tonight (12.9.2013). Unter: <http://chicagotonight.wttw.com/2013/09/12/russian-president-makes-plea-caution-syria> (Abgerufen: 9.5.2016)
 - Interview mit The National Interest (29.1.2014). Unter <http://nationalinterest.org/video/mearsheimer-neoconservatives-are-real-trouble-9785> oder <https://www.youtube.com/watch?v=pwqjjU0dTUM> (Abgerufen: 13.5.2016)
- Obama, Barack:
 - Interview mit Fox News (10.4.2016). Unter: <http://www.foxnews.com/transcript/2016/04/10/exclusive-president-barack-obama-on-fox-news-sunday/> (Abgerufen: 27.5.2016)
- Posen, Barry:
 - Expertenmeinung in NPR (4.4.2011). Unter: <http://www.npr.org/2011/04/04/135113364/can-limited-u-s-engagement-in-libya-stay-limited> (Abgerufen 10.5.2016)
 - Podiumsdiskussion, zitiert im Harvard Crimson (13.4.2011). Unter: <http://www.thecrimson.com/article/2011/4/13/libya-posen-intervention-owen/> (Abgerufen 10.5.2016)
 - Expertenmeinung in TRIBlive (9.12.2012). Unter: <http://triblive.com/news/3053265-74/libya-security-stevens> (Abgerufen 10.5.2016)
 - Interview mit KCRW (10.8.2015). Unter: <http://www.kcrw.com/news-culture/shows/to-the-point/finding-friends-to-fight-isis-in-syria> (Abgerufen: 10.5.2016)
- Rhodes, Ben:
 - Interview mit The Axe Files (2016., Episode 42). Unter: <http://politics.uchicago.edu/pages/axefiles> (Abgerufen: 17.5.2016)
- Schake, Kori:
 - Expertenmeinung in Voice of America (25.6.2015). Unter: <http://www.voanews.com/content/as-is-expands-should-us-deepend-its-military-involvement/2836831.html> (Abgerufen 11.5.2016)
- Slaughter, Anne-Marie:
 - Interview mit Fortune (17.3.2015). Unter <http://fortune.com/2015/03/17/anne-marie-slaughter-hillary-clinton-foreign-policy-strategy/> (Abgerufen: 12.5.2016)
 - Interview mit PRI (3.2.106). Unter: <http://www.pri.org/programs/america-abroad/fighting-isis-home-abroad> (Abgerufen: 12.5.2016)

5.4 Dokumente, Nachrichtenmeldungen, Transkripte. Umfragen

- Bloomberg (22.2.2015): “Wolfowitz, Jeb Bush Foreign Policy Adviser, Plays Up Reagan Influence”. Unter: <http://www.bloomberg.com/politics/articles/2015-02-22/wolfowitz-jeb-bush-foreign-policy-adviser-plays-up-reagan-influence> (Abgerufen: 16.5.2016)
- CNN (1.3.2012): “Daraa: The spark that lit the Syrian flame”. Unter: <http://edition.cnn.com/2012/03/01/world/meast/syria-crisis-beginnings/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- CNN (15.2.2008): “McCain defends '100 years in Iraq' statement”. Unter: <http://edition.cnn.com/2008/POLITICS/02/14/mccain.king/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Guardian (27.1.2016) “US considering fresh military action in Libya over Isis threat”. Unter: <http://www.theguardian.com/world/2016/jan/27/us-considering-fresh-military-action-in-libya-over-isis-threat> (Abgerufen: 16.5.2016)
- New York Times (4.2.2016): “Obama Is Pressed to Open Military Front Against ISIS in Libya”. Unter: http://www.nytimes.com/2016/02/05/world/africa/isis-libya-us-special-ops.html?_r=0 (Abgerufen: 17.5.2016)
- PEW Research (2013): “America’s Place in the World 2013”. Unter: <http://www.people-press.org/2013/12/03/public-sees-u-s-power-declining-as-support-for-global-engagement-slips/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Süddeutsche Zeitung (11.2.2016): “Studie: Doppelt so viele Tote in Syrien wie vermutet”. Unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/buergerkrieg-studie-doppelt-so-viele-tote-in-syrien-wie-vermutet-1.2860526> (Abgerufen: 17.5.2016)
- The Atlantic (9.2.2016): “Where ISIS Is Doubling”. Unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2016/02/isis-libya/470820/> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Transkript zu Harry Trumans Rede vor dem Kongress 1947: <http://www.americanrhetoric.com/speeches/harrystrumantrumandocctrine.html> (Abgerufen 16.5.2016)
- Transkript zu Woodrow Wilsons Rede vor dem Kongress 1917: <https://www.ourdocuments.gov/doc.php?flash=true&doc=61&page=transcript> (Abgerufen 16.5.2016)
- TRIP (2015): “Trip Faculty Survey in United States”. Unter: <https://trip.wm.edu/charts/#/questions/37> (Abgerufen: 16.5.2016)
- Vox (2.10.2015): “Syria's civil war: a brief history”. Unter: <http://www.vox.com/2015/9/14/9319293/syrian-refugees-civil-war> (Abgerufen: 17.5.2016)
- Washington Post (30.4.2007): “McCain Favors a 'League of Democracies’”. Unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/04/30/AR2007043001402.html> (Abgerufen: 16.5.2016)
- White House (21.3.2011): “Letter from the President regarding the commencement of operations in Libya”. Unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/21/letter-president-regarding-commencement-operations-libya> (Abgerufen: 17.5.2016)
- White House (18.9.2011): “President Obama: ‘The future of Syria must be determined by its people, but President Bashar al-Assad is standing in their way.’” Unter: <https://www.whitehouse.gov/blog/2011/08/18/president-obama-future-syria-must-be-determined-its-people-president-bashar-al-assad> (Abgerufen: 17.5.2016)
- White House (20.10.2011): “Remarks by the President on the Death of Muammar Qaddafi”. Unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/10/20/remarks-president-death-muammar-qaddafi> (Abgerufen: 17.5.2016)
- White House (20.9.2012): “Remarks by the President to the White House Press Corps”. Unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/08/20/remarks-president-white-house-press-corps> (Abgerufen: 17.5.2016)
- Yahoo (21.10.2015): “Obama crosses own red line with Syrian deployment”. Unter: <https://www.yahoo.com/news/analysis-syria-deployment-obama-crosses-own-red-line-071956227--politics.html?ref=gs> (Abgerufen: 14.5.2016)

Abstract

Diese Arbeit untersucht die Diskussion über die Außenpolitik der USA zwischen den prägenden und wesentlichen Denkschulen. Diese werden als Liberalismus bzw. Wilsonismus und Realismus identifiziert und ausführlich erklärt und definiert. Der Autor differenziert in der Folge die liberale Tradition in Neoliberalismus und Neokonservatismus aus und leitet aus dem Realismus die modereren Ausprägungen des Neorealismus (bzw. offensiven und defensiven Realismus) ab.

Die Arbeit nimmt dann im empirischen Teil einen Fokus auf das konkretere Gebiet der Außenpolitik der Regierung von Präsident Barack Obamas in den Konflikten in Syrien und Libyen in der Folge des Arabischen Frühlings zwischen 2011 und Frühjahr 2016. Dazu werden zu jeder dieser drei wesentlich unterscheidbaren Denkschulen (Neoliberalismus, Neokonservatismus, Neorealismus) vier einflussreiche VertreterInnen ausgewählt, die insgesamt fast 200 Publikationen (Artikel, Bücher, Reden, Interviews) zu diesen Themen publiziert haben.

Mit Hilfe der qualitativen Analyse dieser Publikationen werden die tatsächlichen Standpunkte der Denkschulen zu Fragen von Intervention, der Rolle der internationalen Organisationen, dem Interesse der USA in diesen Konflikten in Libyen und Syrien und der Zufriedenheit dieser PublizistInnen mit der US-Regierung erarbeitet.

Zudem werden diese Fragen anhand von Interviews und Reden von Barack Obama oder VertreterInnen seiner Regierung auch aus Sicht der Regierung beantwortet. Anhand dieser Standpunkte wird dann eine Einordnung seiner Argumentation zwischen den erörterten Denkschulen vorgenommen. Als Ergebnis wird Obama in diesen Fällen zwischen Neoliberalen und Neorealisten verordnet.

English Abstract

This thesis seeks to analyze the debate in the United States about US foreign policy. Therefor it identifies the major traditions in US foreign policy thinking (namely Liberalism/Wilsonism and Realism) and defines and explains those schools of thought. The author further distinguishes between the liberal traditions of Neoconservatism and Neoliberalism, and modern realist thought in the form of (defensive/offensive) Neorealism and explains major differences.

In the empirical part of the thesis the focus narrows on the debate about US foreign policy under president Barack Obama towards the conflicts in Libya and Syria following the Arab Spring between 2011 and the spring of 2016. For that purpose it identifies four experts each from the traditions of Neoconservatism, Neoliberalism, and Neorealism, who have publized to the topics in question. Almost 200 publications (articles, books, speeches, interviews) of those experts are qualitatively analyzed.

By doing so the thesis establishes the reasoning of those traditions when it comes to US foreign policy towards the conflicts in Libya and Syria – in particular concerning questions as the role of the international community and organizations, foreign intervention in those conflicts, the identified interests of the US in those conflicts by those traditions, as well as how satisfied those experts are with the behaviour of the Obama administration.

By examining interviews and speeches of Obama and some of his closest representatives the same questions are analyzed and compared to those of the experts. Thereby Obama's reasoning is classified. The results suggest that Obama's policy was conducted on the basis of a mix of neoliberal and neorealist reasoning.